

#KölnWahl 2025

# Gutes Morgen für Köln

Freie  
Demokraten

FDP Köln

Köln 2030 – unsere Vision  
für unsere Stadt

# Wahlprogramm der Freien Demokraten Köln zur Kommunalwahl 2025

## Inhalt:

|                                                            |     |
|------------------------------------------------------------|-----|
| 1. Die digitale, bürgernahe Stadt .....                    | 3   |
| 2. Die Stadt der besten Bildungschancen .....              | 11  |
| 3. Die innovative, wachsende Stadt .....                   | 28  |
| 4. Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung ..... | 49  |
| 5. Die weltoffene Heimatstadt .....                        | 97  |
| 6. Die Stadt, die rechnen kann .....                       | 111 |
| 7. Die nachhaltige, lebenswerte Stadt .....                | 118 |
| Fotonachweis / Impressum .....                             | 141 |

## Präambel

Köln ist unsere Heimatstadt. Köln hat Potenzial. Weil wir Köln lieben, wollen wir Chancen für unsere Stadt und die Menschen schaffen. Wir wollen Schluss machen mit Stillstand und “Et es wie et es”-Mentalität. Fehlende KiTa- und Schulplätze, marode Straßen, kein Fortschritt beim ÖPNV-Ausbau, fehlende Wohnungen, lange Bauzeiten – all das wollen wir nicht mehr hinnehmen.

Unsere Vision für Köln ist eine Stadt, die digital, wachsend, frei, weltoffen und nachhaltig ist. Daher machen wir in diesem Programm in sieben Kapiteln umfassende Vorschläge, wie wir Köln voranbringen wollen. Unsere Lösungen sind pragmatisch, unideologisch und ambitioniert.

Diese Stadt kann so viel mehr und die Kölnerinnen und Kölner wünschen sich genau das. Wir brauchen günstigen Wohnraum, sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, gute Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe, eine digitale und bürgernahe Verwaltung sowie zuverlässige Mobilitätsangebote.

Wir Liberale verwandeln Missstände in Motivation, die Dinge zu ändern. Zu lange wurde diese Stadt nur verwaltet. Wir wollen sie gestalten und laden Sie ein, mit uns zusammen an diesen Zielen zu arbeiten.

# 1. Die digitale, bürgernahe Stadt



## 1.1 Digitales Stadtleben

Wir lieben Köln und möchten die Stadt noch besser machen. Unser Ziel ist es, Köln auch in Zukunft als attraktive Großstadt zu positionieren, an der sich andere Städte orientieren. Besonders im Bereich der Digitalisierung sehen wir großes Potenzial, das wir noch stärker nutzen und ausbauen wollen. Als Millionenstadt ist Köln nicht nur das wirtschaftliche Zentrum der Region, sondern verfügt auch über eine umfangreiche Verwaltung, die mit der von manchen Bundesländern vergleichbar ist.

Um die Vielzahl an täglichen Verwaltungsaufgaben effizienter, schneller und smarter zu bewältigen, muss Köln im Bereich der Digitalisierung weiter voranschreiten. Obwohl bisherige Projekte sinnvoll erscheinen, ist die Digitalisierung der Stadt noch lange nicht abgeschlossen. In Zukunft werden digitale Prozesse eine noch größere Rolle spielen, weshalb wir bereits jetzt darauf vorbereitet sein müssen. Unser Ziel ist es, die Digitalisierung aktiv zu gestalten und Köln zu einer Vorreiter-Stadt zu machen, an der sich andere Städte orientieren. Dadurch steigern wir die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und verschaffen den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil. Unser Ziel ist es, dass Köln bis 2035 die führende deutsche Stadt in der Digitalisierung wird. Um dies zu erreichen, wollen wir neue Digitalisierungsprozesse anstoßen und bestehende Projekte konsequenter vorantreiben. Alle Zuständigkeiten in diesem Bereich sollen zentral gebündelt werden. Für uns sind die Digitalisierung sowie der schnelle und konsequente Ausbau digitaler Möglichkeiten zentrale Aspekte, um Köln fit für die Zukunft zu machen.

### 1.1.1 Home Office und digitale Verwaltung

Wir wollen bis 2030 die Papierakte zu einem Relikt der Vergangenheit machen und somit nicht nur die Datenhaltung vereinfachen, sondern jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter der Verwaltung - mit einem geeigneten Tätigkeitsbereich - die



Möglichkeit geben, von zuhause zu arbeiten. Zusätzlich wollen wir die digitalste Stadt Deutschlands werden und beispielsweise Anträge nicht nur so schnell wie möglich online verfügbar machen, sondern eine zentrale App schaffen, mit der die Bürgerinnen und Bürger all ihre wichtigen Verwaltungsvorgänge in einem One-Stop-Shop erledigen können: von der Beantragung eines Personalausweises über die Anmeldung einer Demonstration bis hin zur Anmeldung eines Fahrzeugs.

### **1.1.2 IT-Sicherheit**

Damit die Anforderungen und vor allem die Aspekte der IT-Sicherheit gewährleistet werden, wollen wir in Zusammenarbeit mit anderen Städten einen gemeinsamen IT-Dienstleister mit Nachbarstädten aufbauen. Hier bildet die Dataport in Norddeutschland ein Beispiel, wie Synergieeffekte die kommunale Kasse schonen und den IT-Betrieb stärken können. Gleichzeitig wollen wir, wo es praktikabel ist, unter der Prämisse “Public Money, Public Code” möglichst viele Open-Source-Projekte nutzen, um die eigene Souveränität zu steigern und die Kosten für Software zu senken.

### **1.1.3 Datenschutz**

In einer urbanen und weltoffenen Stadt wie Köln fallen viele verschiedene Daten an. Deren Gewinnung und Nutzung kann für die Stadtentwicklung entscheidend sein, sie sind der Rohstoff der Zukunft. Wir setzen uns allerdings für den Schutz aller per-

sönlichen Daten ein. Daten dürfen für diese Zwecke nur in gesichert anonymisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Das Ziel soll sein, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

### **1.1.4 Verkehrsleitsysteme**

Im Bereich der digitalen Infrastruktur wollen wir kosteneffizient vorgehen. So wollen wir die Verkehrsleitsysteme in das 21. Jahrhundert bringen und durch intelligente Ampelsteuerung nicht nur die Standzeiten für Autos verringern, sondern auch Fußgängern und Radfahrern eine bequemere



Verkehrsbeteiligung ermöglichen. Unsere Vision für Köln ist eine echte Smart City. Die KVB und andere Nahverkehrsunternehmen benötigen eine vollumfassende Digitalisierung mit intelligenter Vernetzung. Wir möchten den gesamten Verkehr mithilfe von intelligenten Sensoren verbessern, um die Luftverschmutzung zu minimieren und den Menschen sowie Unternehmen ihre wertvolle Zeit zurückzugeben. Unser Ziel ist, dass Navigationssysteme über alle Angebote für Mobilität in Echtzeit unter Berücksichtigung von Luftbelastung und Lärm den Menschen helfen, möglichst wenig Zeit unterwegs zu verbringen.

Die Stadt hat diesen Weg mit Hilfe des Bundesverkehrsministeriums (Projekt MoCKiii) begonnen und wir wollen diese Digitalisierung zum Umweltschutz vorantreiben. Der Ausbau Kölns zu einer Smart City hat für die FDP-Priorität – und zwar ohne Überwachung der Bürgerinnen und Bürger.



In Nippes war das ParkPilot-Projekt erfolgreich. Eine Neuauflage und Ausweitung auf den gesamten Stadtkern begrüßen wir. Doch nicht nur das Parken ist für die Kölner im öffentlichen Raum wichtig, sondern auch das Sicherheitsgefühl. Hier wollen wir mit smarten Laternen zum

einen die Energiekosten senken und zum anderen bei nächtlichen Spaziergängen die Laternen heller leuchten lassen. Dabei sollen vor allem einfache Sensoren zum Einsatz kommen. Eine Lösung über Kameras lehnen wir aufgrund des Einschnitts in die Privatsphäre als auch der hohen Kosten strikt ab.

### **1.1.5 Digitale öffentliche Mobilität**

Noch immer sind viele KVB-Tunnel Funklöcher. Gerade Pendler sind aber häufig auf stabile Verbindungen angewiesen. Auch so lässt sich die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel stei-

gern. Im Zuge künftiger Sanierungen soll die KVB das Internet und die Telefonqualität in den Bahntunneln der Stadt verbessern und mit Verstärkern ausbauen.

### **1.1.6 Künstliche Intelligenz (KI) in der Smart City Köln**

Programme mit „Künstlicher Intelligenz“ (KI) sind für Aufgaben in der Verwaltung das, was Roboter am Fließband sind: Sie können Menschen entlasten, die Effizienz und Produktivität steigern und so zu sozialem, ökologischem und ökonomischem Fortschritt beitragen, wenn auf die notwendige Sicherheit geachtet wird. In Köln verfügen wir bereits jetzt über eine beeindruckende KI-Kompetenz in unseren Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Es ist entscheidend, dass die Expertinnen und Experten sich vernetzen, um diese Stärke weiter auszubauen. Die Stadt Köln muss weiterhin die bestehenden Initiativen der Köln Business zum Ausbau Kölns als KI-Hub unterstützen. Denn die Vernetzung am Standort Köln ist nicht nur ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer lokalen Wirtschaft, sondern spielt auch eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Transformation. Künstliche Intelligenz bietet uns die Chance, sowohl wirtschaftliche als auch sozial nachhaltige Innovationen zu gestalten.

Die Schaffung einer Smart City ist ein weiterer Baustein, um ein innovatives und zukunftsorientiertes Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Durch die Implementierung intelligenter Infrastrukturo-

ren, wie zum Beispiel vernetzter Verkehrssysteme und digitaler Dienstleistungen, streben wir eine effiziente Nutzung von Ressourcen an und schaffen gleichzeitig attraktive Arbeitsplätze im Bereich der Informationstechnologie und des Ingenieurwesens. Unsere Vision einer Smart City ist geprägt von einer florierenden Wirtschaft, die auf Innovation und Nachhaltigkeit basiert und gleichzeitig die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger verbessert.

Wir wollen ein optimal geeignetes Netzwerk bereitstellen. Mit dieser Implementierung kann die Stadt proaktiver vorgehen, indem beispielsweise Füllstände in Altkleidercontainern erkannt und diese schneller geleert werden können. Oder das Grünflächenamt kann mit diesem Netzwerk Gießanzeiger in den städtischen Parks betreiben. Bürger können dann mit den zugänglichen Daten sehen, ob die Stadt schon reagiert hat.

#### **1.1.7 Glasfaserausbau**

Schnelles Internet stellt in Zeiten immer weiter steigender Datenvolumen und digitaler Anwendungen eine unverzichtbare Grundstruktur dar. Dies gilt besonders für die Arbeitssituationen im Homeoffice, aber auch für die gestiegenen Anforderungen im gewerblichen Bereich. Das Fehlen guter Internetverbindungen stellt heute einen wirtschaftlichen Standortnachteil dar. Neben den modernen Arbeitsformen und Anforderungen sind gute Datenverbindungen aber auch in Alltag und Frei-

zeit unverzichtbar. Während im Stadtkern und den angrenzenden Stadtteilen und Bezirken Glasfaser und 5G keine Seltenheit mehr sind, wollen wir bis 2030 insbesondere die vollflächige gesamtstädtische Anbindung herstellen. Dabei wollen wir uns auf die unterversorgten Bereiche der Stadt konzentrieren.

#### **1.1.8 Bürgerbeteiligung**

Eine weltoffene Stadt lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern und entwickelt sich durch deren unterschiedliche Lebensrealitäten und Perspektiven. Mit jungen Digital Natives, Technikfans und späten Ersteinsteigern leben in Köln Menschen mit den unterschiedlichsten Berührungspunkten zur Digitalisierung. Hier ist es unsere Verantwortung, alle von dort mitzunehmen, wo sie stehen. Daher wollen wir in den Bürgerämtern Geräte und Personal zur Verfügung stellen, damit jede Bürgerin und jeder Bürger Zugang zu den Onlinediensten hat. Ein indirekter Ausschluss von Menschen, die keine modernen Endgeräte haben, darf unter keinen Umständen passieren.



### 1.1.9 Digitale Bürgerbeteiligung

Wir wollen die Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung auf alle Ausschüsse ausweiten, und die Verwaltung soll bei jeder Vorlage einen Vermerk setzen, ob eine Jugendbeteiligung sinnvoll ist.

Eine stärkere digitale Öffentlichkeitsbeteiligung fordern wir insbesondere auch für kontroverse Themen. So sind einige der überstürzten Verkehrsversuche bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auf starke Ablehnung gestoßen und haben die wirtschaftliche Existenz von lokalem Gewerbe gefährdet. Wir wollen betroffene Vereine und Gemeinschaften vor Ort besser ein-

beziehen und die Öffentlichkeitsbeteiligung stärker bewerben, da viele das Beteiligungsportal der Stadt nicht kennen und noch weniger Menschen aktiv mitbekommen, wozu sie aktuell ihre Meinung kundtun können. Hierzu soll das Portal „Meinung für Köln“ ausgebaut werden.

Auch bei Themen, die stadtweit für Aufsehen sorgen, aber für die keine direkte Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, soll die Stadt mehr kommunizieren. Seien es die Uniwiese oder die Ost-West-Achse der KVB - das Social-Media-Team der Stadt kann hier einfach über bevorstehende Anhörungen, öffentliche Sitzungen und Ähnliches informieren.



### 1.1.10 Informationsfreiheit

Zum anderen wollen wir eine kommunale Informationsfreiheitsatzung erlassen. Dabei soll die Anzahl der verfügbaren öffentlichen Quellen erhöht werden. Von Akten und Vorgängen bis hin zum digitalen Bauarchiv. Dies dient der Stärkung des Vertrauens in die Verwaltung.

### 1.1.11 Korruptionsbekämpfung

Wir pochen auf strikte Compliance-Regelungen, die Korruption innerhalb der Stadtverwaltung verhindern sollen. Wir betonen dabei die Bedeutung des Public Corporate Governance Codex (PCGC) und fordern seine Einhaltung. Wo dieser noch nicht greift oder nicht ausreicht, muss er sinnvoll überarbeitet wer-



den. Wir fordern, dass bei Neubesetzungen von Vorstands- und Geschäftsführungspositionen in städtischen Unternehmen zwingend eine Ausschreibung unter Beteiligung einer unabhängigen Personalberatung erfolgen muss. Die Schaffung von Führungspositionen, die Ausschreibung dieser Positionen sowie die Auswahl der Personalberatung haben zwingend durch Beschluss des Aufsichtsrates zu erfolgen und können nicht delegiert werden. Bei Neubesetzungen von Positionen in Geschäftsleitungsorganen der Stadt soll die Muss-Bestimmung, dass die interne Ausschreibung der externen Ausschreibung vorgeht, in eine Kann-Bestimmung umgewandelt werden, um frischen Wind in die Verwaltung zu bringen.

#### **1.1.12 Kommunikation mit der Verwaltung**

Doch nicht nur die interne Verwaltung muss transparenter werden. So wollen wir das “Sag’s uns”-Portal ausbauen – zum Beispiel über QR-Codes, die es Eltern an Spielplätzen ermöglichen, schnell und bequem wilden Müll zu melden. Dabei hat die Stadt eigene Zielvorgaben zu setzen, in welcher Zeit die entsprechenden Missstände zu beheben und dem Melder als erledigt mitzuteilen sind. Das Ampelsystem von “Hey Nippes” bietet hier eine gute Grundlage, um eine einheitliche Kommunikation aufzubauen. Wir wollen die digitalen Auftritte der Kölner Verwaltung und des Kölner Rats ergonomischer und übersichtlicher gestalten. Nutzerinnen und Nutzer sollen intuitiv verstehen können, wie die Navigation auf den städtischen Seiten auf-

gebaut ist und sich leicht zurechtfinden können. Die Seite des Deutschen Bundestags kann als Vorlage dienen.

#### **1.1.13 Smarte Laternen für ein größeres Sicherheitsgefühl**

Durch smarte Laternen an geeigneten Stellen, die (mit einem Sensor ausgestattet) erst dann leuchten, wenn sich Personen in ihrer Nähe aufhalten, kann in Zukunft Lichtverschmutzung reduziert werden. Durch ein vernetztes System und unter Nutzung moderner Datenverarbeitung sind auch Algorithmus basierte Laternen denkbar, die dieses Verfahren noch weiter optimieren und bereits leuchten, bevor sich Personen nähern.

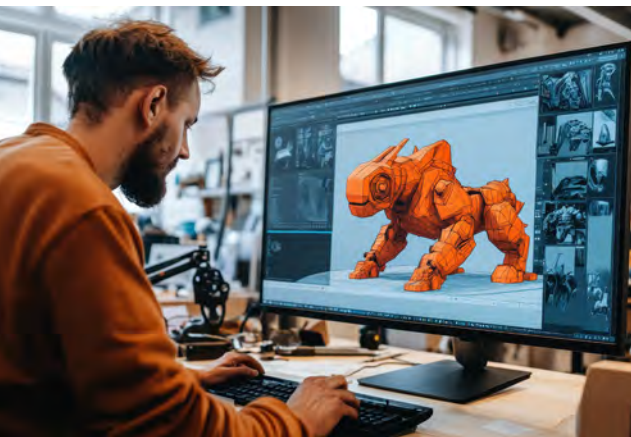


#### **1.1.14 Autonomes Fahren als Zukunftstechnologie**

Als mögliche Technologie der Zukunft betrachten wir das autonome Fahren und wollen mit einer Teststrecke und intensiver Zusammenarbeit mit Hochschulen auch hier führend in der Forschung und Anwendung werden. Auch ein ÖPNV, der durch autonome Busse auf festen Strecken unterstützt wird,



kann bei entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen eine wertvolle Ergänzung sein. Besonders nachts wäre so eine höhere Taktung möglich und viele Veedel ließen sich so besser an das Verkehrsnetz in der Nacht anbinden. Denkbar wären auch autonome Taxen. Durch eine Offenheit gegenüber dieser Technologie und der Förderung durch die Stadt können mittelfristig neue Unternehmen und Arbeitsplätze in Köln entstehen. In diesem Zuge sollte eine Kooperation mit Hochschulen in diesem Bereich eingegangen werden, damit Köln der Technologiestandort in unserer Region werden kann. Autonomes Fahren wird die Mobilität besonders in unseren Städten grundlegend verändern. Die Stadt sollte die Vertreterinnen und Vertreter der Verkehrsanbieter und -initiativen zu einem Bündnis zusammenschmieden, um in dieser Frage eine Vorreiterrolle einnehmen zu können.



### 1.2 Gaming und E-Sports

Als weltoffene Studentenstadt ist Köln nicht nur national beliebt, sondern auch international. Dank mehrerer Universitäten und dem Cologne Game Lab der TH Köln ist Köln das deutsche Zentrum für die Ausbildung junger Menschen im Bereich der

Spielproduktion. Zusammen mit unzähligen Veranstaltungen rund um die Branche gilt Köln als wichtiger Standort für die Games-Industrie. Leider bleibt davon nicht viel in Köln. Dank Bürokratie, mangelnder Unterstützung und schlechten kommunalen Perspektiven kehren viele internationale Studierende in ihre Heimat zurück und viele der deutschen Studenten wandern ins Ausland ab. Durch eine stärkere Vernetzung der Akteure sowie einer helfenden Hand wollen wir den jungen Menschen langfristig eine Perspektive schaffen und Köln nicht nur zu einer Heimat für neue Startups, sondern insbesondere zu einer langfristigen Heimat für die Branchen-Mitarbeiter machen.

Köln als Gastgeber der Gamescom, einer der größten Messen für Videospiele weltweit, hat bereits eine bedeutende Stellung in der globalen Gaming-Industrie. Um diese Position weiter zu stärken und den E-Sport in der Stadt zu fördern, setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.



# Initiativen zur Stärkung von E-Sports:

**1. E-Sport soll steuerrechtlich dem Sport und seinen Vereinen gleichgestellt werden.** Sportvereine, die auch E-Sports anbieten, dürfen vom Finanzamt nicht in ihrer Gemeinnützigkeit bedroht werden.

**2. Ausbau der Infrastruktur für E-Sports:** Wir wollen damit insbesondere den Breiten-E-Sport und den Aufbau von E-Sport Vereinen fördern. In Zusammenarbeit mit dem Landesverband für E-Sport NRW wollen wir möglichst in Köln ein Landes-E-Sport-Zentrum (LEZ) wie mit Kiel in Schleswig-Holstein etablieren.

**3. Veranstaltung und Unterstützung von E-Sport-Wettbewerben:** Als Heimatort der ESL, Heimat der Gamescom und Gamescom-LAN sowie weiterer kleiner und großer Sport Events sind wir Vorreiter in Deutschland. Durch eine weitere Unterstützung dieser Events wollen wir unsere Position als führende E-Sport-Stadt ausbauen.

**4. Förderprogramme für Talente:** Ähnlich wie in traditionellen Sportarten sollen auch im E-Sport Förderprogramme für junge Talente etabliert werden. Diese Programme werden

Training, Coaching und Unterstützung umfassen, um die Fähigkeiten der Spieler zu entwickeln und sie auf Wettbewerbe vorzubereiten. Aber auch die Trainerausbildung ist zu forcieren, indem weitere Schulungen für Trainerlizenzen für Kölner E-Sportvereine unterstützt werden.

**5. Partnerschaften mit Universitäten:** Wir wollen E-Sport als Teil der digitalen Bildung in das Curriculum der Hochschulen integrieren. Dadurch können junge Menschen nicht nur ihre spieltechnischen Fähigkeiten verbessern, sondern auch wichtige Kompetenzen wie strategisches Denken und Teamarbeit entwickeln. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit Vereinen wie E-Sports Cologne (ECO) und CGN E-Sports auszubauen, die gute Angebote haben und die richtigen Ansprechpartner dafür sind.

**6. Wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit:** Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich E-Sports und Gaming wird angestrebt. Mit der Deutschen Sporthochschule hat Köln dazu einen versierten Ansprechpartner, der in dem Bereich schon aktiv ist und forscht.

## 2. Die Stadt der besten Bildungschancen

Hervorragende Bildung befähigt Menschen zur Unabhängigkeit, und eine ausgezeichnete Ausbildung verleiht ihnen Eigenständigkeit. Sie ist der Schlüssel für individuelle Chancen und unsere gemeinsame Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Dazu benötigen wir Kindergärten, Schulen und Berufsschulen in einwandfreiem Zustand – zahlreich, für alle zugänglich und modern ausgestattet.

Wir bekennen uns zum Hochschulstandort Köln: Unsere erstklassigen Kölner Hochschulen möchten wir mit ebenso erstklassiger Infrastruktur im städtischen Umfeld stärken und attraktiver für Lehrende und Studierende gestalten. In einer sich wandelnden Welt denken wir weiter: Lebenslanges Lernen wird immer bedeutender. Daher soll es in unserer Stadt zahlreiche Lernorte und interessante Angebote für alle Lebensphasen geben.



**Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Köln zur Stadt der besten Bildungschancen zu machen!**



## 2.1 Schulwesen

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Bildung der Schlüssel zu sozialem Aufstieg ist. Deshalb setzen wir uns dafür ein, Köln zur Stadt der besten Bildungschancen zu machen. Nur dann, wenn wir ausreichend Chancen bieten, können wir das Versprechen einlösen, dass jeder Mensch aus eigener Kraft vorankommen kann. In einer Metropole wie Köln gibt es bereits zahlreiche Möglichkeiten, aber wir müssen diese weiter ausbauen und innovative Ansätze nutzen, um das Bildungsangebot in unserer Stadt noch weiter zu verbessern. Köln muss im Bereich Bildung überall aufholen. Leider mangelt es noch immer an Schulplätzen an allen Schulformen sowie an einer frühzeitigen, transparenten und fairen Schulplatzvergabe; weiterhin herrscht Sanierungsstau bei Gebäuden und technischer Ausstattung. Diese Missstände müssen wir dringend angehen – denn Bildung ist Freiheit. Die Schule ist der zentrale Ort, der unseren Bildungsweg maßgeblich beeinflusst. Hier werden die Grundlagen für das weitere Leben gelegt. Chancengleichheit und das Versprechen des sozialen Aufstiegs beginnen genau hier. Deshalb legen wir besonderen Wert auf das Angebot unterschiedlichster Schulformen in Köln. Bildung kann nur dann erfolgreich sein, wenn unsere Schulen gut ausgestattet sind und sich sowohl Schülerinnen und Schüler als auch das Lehrpersonal dort wohlfühlen. Außerdem sind nicht alle Schulkarrieren gleich. Kinder und Jugendliche müssen deshalb auch verschiedenste Wege gehen können und benötigen eine große Auswahl.

### 2.1.1 Schnellstmöglich neue und moderne Schulgebäude errichten, Sanierungsstau begegnen

Köln – unsere Millionenstadt – wird weiterhin wachsen, was sich in steigenden Zahlen schulpflichtiger Kinder zeigt. Daher muss die Stadt dringend zusätzliche Schulbauprojekte realisieren. Für uns hat der Bau neuer Schulen im gesamten Stadtgebiet höchste Priorität. Verfahren müssen beschleunigt werden und Schulbauprojekte müssen Vorrang vor anderen Vorhaben haben. Auch bei freiwerdenden Flächen sollte zuerst geprüft werden, ob diese für den Bau von Schulen geeignet sind. Dabei dürfen jedoch qualitative Standards nicht vernachlässigt werden. Die Stadt verfügt nicht über ausreichend Personal, um die zahlreichen neuen Schul-Sanierungsprojekte selbst zu betreuen. Daher sollte sie vermehrt die Unterstützung privater Unternehmen in Anspruch nehmen. Diese können schneller arbeiten, da sie nicht den Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts unterliegen. Wir setzen uns dafür ein, Aufträge häufiger an Generalunternehmer zu vergeben, die die Gebäude im Auftrag der Stadt fertigstellen. Zudem sollte die Stadt verstärkt auf Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) setzen, bei denen Unternehmen die Schulen auf eigene Kosten bauen und



diese für 25 Jahre an die Stadt vermieten. Beide Modelle haben sich bewährt, werden jedoch in Köln noch zu selten genutzt. Viele der bestehenden Schulen in Köln müssen ausgebaut werden, um ihr volles Potenzial zu entfalten. Es ist wichtig, dass die Schulen über ausreichend Klassenräume, stets verfügbare Fachräume und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für Lehrkräfte verfügen. Zu viele Kölner Schülerinnen und Schüler müssen in Containern lernen. Diese sollen möglichst schnell durch Klassenzimmer ersetzt werden, um Kindern und Jugendlichen eine angemessene Lernumgebung zu ermöglichen. Lernen in Containern ist nicht nur unattraktiv, sondern schützt Kinder und Jugendliche nicht ausreichend vor Witterungseinflüssen wie Hitze und Kälte. Die verwendeten Container sollen möglichst nachhaltig weiterverwendet werden. Der bestehende Sanierungsrückstand an unseren Schulen muss dringend beseitigt werden. Zudem muss die Gebäudewirtschaft strukturell gestärkt werden, um dieser Mammutaufgabe Herr werden zu können.

### 2.1.2 Langfristige Schulplanung

In ihrer langfristigen Planung muss sich die Stadt an seriösen Prognosen orientieren und weitblickend planen. Bei Bedarf sind zusätzliche Stellen in der Verwaltung dafür zu schaffen. Vorhandene Daten müssen regelmäßig ausgewertet werden, um zuverlässige Prognosen zu bekommen, wie viele Schülerinnen und Schüler in den nächsten zehn Jahren an den Schulen

erwartet werden, um entsprechende Planungen und Vorbereitungen möglichst früh zu beginnen. Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden. Die Verwaltung soll freie Träger bei der Gründung unterstützen. In Köln fehlen zahlreiche Schulplätze. Das hat zahlreiche negative Konsequenzen für junge Menschen und deren Familien. Die Stadt Köln ist verantwortlich, dieses Problem schnellstmöglich und langfristig zu beseitigen. Dies gilt auch für zukünftige Szenarien, in denen weniger Schulplätze benötigt werden.

### 2.1.3 Schulgebäude als Lern- und Lebensraum

Schulen sollten weit mehr bieten als nur Klassenräume und Fachräume. Es ist entscheidend, dass das Raumkonzept angepasst wird, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden, die heutzutage nicht nur lernen, sondern auch viel Zeit in den Schulen verbringen. Neben den Lernräumen sind auch Freiräume und Hobbyräume notwendig. Rückzugsorte und Begegnungsräume für den Austausch sowie Orte zur Selbstentfaltung wie etwa Schülercafés sollten trotz bestehender Raumnot wieder geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für den Außenbereich:



Schulhöfe sollten sowohl zum Verweilen einladen als auch Möglichkeiten für Freizeitsport bieten.

Wir, die Freien Demokraten, setzen uns dafür ein, dass Pädagogik und Schulbau gemeinsam gedacht werden. Daher sollte die Verwaltung die Schulgemeinschaft frühzeitig in die Planungsprozesse einbeziehen und moderne Gestaltungskonzepte berücksichtigen. Bei der Planung von Schulen muss die Pädagogik mitgedacht werden, da sie maßgeblich das Lernen und die Entwicklung der Schüler beeinflusst. Schulgebäude sollten



daher komfortabel und ansprechend gestaltet sein, um Ablenkungen zu minimieren.

Zusätzlich sollten sie funktionale Räume bieten, die verschiedene Unterrichtsstile unterstützen, Sicherheitsaspekte berücksichtigen, um Unfälle zu vermeiden, sowie

gute Beleuchtung und Belüftung bieten, um das Lernen zu fördern. Schließlich sollten sie Raum für soziale Interaktionen und gemeinschaftliches Miteinander schaffen, da Schulen nicht nur Orte des Lernens, sondern auch der sozialen Entwicklung sind.

#### 2.1.4 Kriteriengeleitete Gebäudeevaluation

Schulgebäude müssen heute mehr können als nur Schulen zu sein. Sie müssen sowohl für die Nutzung passend als auch flexibel sein. In der Planung der Schulen von heute sind andere Nutzungen bereits mitzudenken. Die Demographie zeigt uns deutlich, dass der Bedarf an Schulplätzen, auch wenn er heute noch sehr hoch ist, wieder abnehmen wird. Dort, wo wir nicht durch zurücknehmbare Verdichtung mehr Plätze schaffen können, müssen wir Gebäude konzipieren, die nach dem Ende der geplanten Nutzung auch anderen Nutzungen zugeführt werden können – beispielsweise wird der Bedarf an Pflegeheimen und Senioren-Residenzen zukünftig steigen. Eine bei der Planung der Schule mitgedachte zukünftige Umnutzung spart Kosten und Zeit und ist in Zeiten der Nachhaltigkeit nicht wegzudenken.

#### 2.1.5 Beste Hygienebedingungen in Schulen

Als öffentliche Räume, in denen viele Menschen aufeinandertreffen, ist es besonders wichtig, dass Schulen höchste Hygienestandards erfüllen. Da Kinder und Jugendliche hier viel Zeit verbringen, sollten vorbildliche Hygienemaßnahmen selbstverständlich sein. Dazu gehören natürlich auch





saubere Toiletten. Regelmäßiges Händewaschen mit Seife und das Abtrocknen mit Papierhandtüchern müssen immer und überall möglich sein. Jeder Klassenraum sollte zukünftig wieder mit einem eigenen Waschbecken und der entsprechenden Ausstattung ausgestattet werden. Sanitäranlagen möchten wir flächendeckend mit Damenhygieneartikeln ausstatten.

### **2.1.6 Wahlfreiheit durch Stärkung aller Schulformen schaffen**

Die Freien Demokraten stehen uneingeschränkt hinter dem dreigliedrigen Schulsystem und betrachten den Abschluss der Fachoberschulreife als wertvoll und unterstützenswert. Realschulen sind in den letzten Jahren oft vernachlässigt worden, weil die Stadt Köln sich auf den Ausbau von Gesamtschulen und Gymnasien fokussiert hat. Eine gezielte Förderung der Realschulen wird insbesondere dem Kölner Handwerk zugutekommen. Daher fordern wir – neben der Errichtung neuer Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien – auch den Ausbau von Realschulen. Dieser Ausbau soll durch ein umfassendes Investitionspaket gefördert werden.

Die Gesamtschule ergänzt das dreigliedrige Schulsystem auf sinnvolle Weise, und die anhaltend hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen bestätigt deren Bedeutung. Um die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder an der von ihnen bevorzugten Schulform

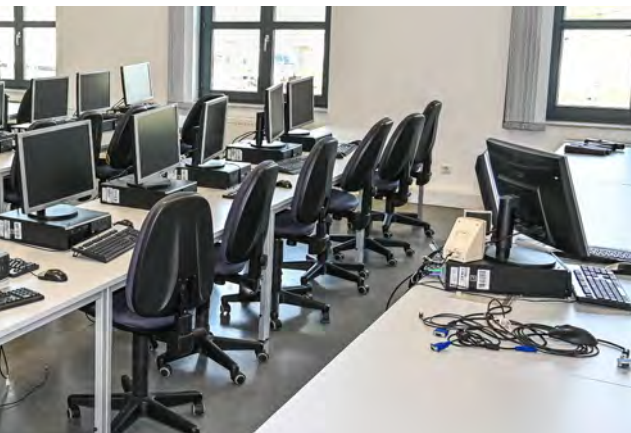
anzumelden, müssen in Köln zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen werden. Dies soll sowohl durch die Erweiterung bestehender Gesamtschulen als auch durch den Bau neuer Gesamtschulen erfolgen. Dabei muss jedoch darauf geachtet werden, dass dies nicht auf Kosten anderer Schulformen wie des Gymnasiums geschieht, da auch dort ein Mangel an Schulplätzen herrscht.

### **2.1.7 Berufskollegs endlich in ihrer Wichtigkeit anerkennen und angemessen behandeln**

Die 17 Berufskollegs in Köln sind gemessen an der Schülerzahl, zusammen mit den Grundschulen, die größte Schulform der Stadt. Dennoch fehlt es an einer klaren strategischen Ausrichtung der beruflichen Bildung, die für die Fachkräftesicherung der ansässigen Unternehmen von entscheidender Bedeutung ist. Es mangelt an einer personellen oder zumindest inhaltlichen Zuständigkeit seitens der Stadt. Berufliche Bildung wird oft nur durch die Perspektive der allgemeinen Bildung betrachtet. Es fehlen konkrete Pläne der Stadt, wie sie eine zukunftsfähige berufliche Bildung gestalten möchte.



Zwar wurden in den letzten Jahren Projekte wie der Medien- oder Gesundheitscampus sowie ein neues Berufskolleg in Köln-Kreuzfeld angedacht, doch wurden diese Ideen nicht konsequent umgesetzt. Auch wenn die laufende Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung aller Akteure vielversprechend ist, besteht die Gefahr, dass sie aufgrund fehlender Umsetzungsmöglichkeiten ins Leere läuft. Viele Berufskollegs kämpfen seit Jahren mit fehlenden Sanierungen und notwendigen Erweiterungen, die entweder ausbleiben oder verschoben werden. Eine klare Planung, wann welche Maßnahmen umgesetzt werden, fehlt gänzlich. Die Schulentwicklungsplanung 2023 erwähnt die Berufskollegs nicht, was die Bedeutung dieser Schulform weiter marginalisiert. Wir fordern deshalb einen “Masterplan Berufsschulen” für die Stadt Köln. Hier sollen alle geplanten und notwendigen baulichen Maßnahmen sowie strategische Entwicklungsmöglichkeiten der BKs aufgezeigt und mit konkretem Zeitplan zur Umsetzung versehen werden.



Die Auszubildenden an den Berufskollegs sind in ihren Betrieben oft an eine digitale und gut funktionierende Arbeitsumgebung gewöhnt, während sie in den Schulen zwar eine wachsende digitale Ausstattung vorfinden, diese aber oft nicht richtig funktioniert. Die

IT-Administration ist mit dem Wachstum der Ausstattung nicht Schritt gehalten. Der notwendige IT-Support ist unzureichend, und Lehrkräfte müssen zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich in den Verantwortungsbereich des Schulträgers fallen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Stadt fehlt der Überblick. Die Einführung einer Geschäftsstelle für Berufskollegs könnte Abhilfe schaffen, indem sie als zentrale Anlaufstelle für alle Themen rund um Ausstattung, IT und Gebäude dient. Wir fordern deswegen eine eigene Abteilung in der Stadtverwaltung für die spezifischen Bedarfe der Berufsschulen, am besten soll diese Abteilung an das Amt für Wirtschaftsförderung angegliedert werden, um die Zusammenarbeit mit der Kölner Wirtschaft weiter zu fördern und auszubauen.

Insgesamt müssen die Berufskollegs besser unterstützt werden, da Investitionen in die berufliche Bildung langfristig der Stadt zugutekommen, indem sie den Unternehmensstandort Köln stärken und damit die Gewerbesteuerereinnahmen sichern. Nicht zuletzt leisten die Kölner Berufskollegs einen unermesslichen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen, indem sie diese in einer großen Anzahl internationaler Förderklassen beschult.

### **2.1.7 Bildungsvielfalt durch private Ersatzschulen stärken**

Als Chance für eine vielfältige Bildungslandschaft in Köln sehen wir auch die Möglichkeit, das Angebot von Schulen in freier Trägerschaft zu vergrößern. Dies kann einen belebenden Wett-

bewerbungseffekt schaffen und so neue pädagogische Ideen und Konzepte nach Köln bringen. Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden; auch bereits bestehende Schulen könnten Ersatzschulen unter freier Trägerschaft werden. Denkbar wäre z.B. eine Kooperation mit der Kölner Handwerkskammer oder eine zusätzliche jüdische Schule in Köln. Wichtig ist uns hierbei immer, dass Familien mehr Wahlfreiheit bekommen und so den in ihren Augen besten Weg für ihr Kind wählen können.

Freie Schulen bieten wertvolle Ergänzungen zum bestehenden Bildungssystem, indem sie oft alternative Bildungsansätze verfolgen. Dies gibt Schülerinnen, Schülern und Eltern die Möglichkeit, eine Schule zu wählen, die besser auf ihre individuellen Bedürfnisse und Präferenzen eingeht. Durch ihre größere Freiheit in der Gestaltung des Lehrplans und der Organisationsstruktur können freie Schulen zudem schneller auf veränderte Anforderungen und Trends reagieren und innovative Lehr- und Lernmethoden ausprobieren. Darüber hinaus dienen sie häufig als Labore für pädagogische Innovationen, indem sie neue Ideen und Methoden testen, die später in das traditionelle Schulsystem integriert werden können, um die Bildungsqualität insgesamt zu verbessern.

### **2.1.8 Digitales Informationsportal und einheitliche, digitale Anmeldeverfahren**

Um den Eltern eine bessere Übersicht zu ermöglichen, soll die Stadt die regelmäßige Veröffentlichung eines aktualisierten Schulwegweisers in digitaler Form herausgeben. Dieser Leitfaden soll alle Schulen samt ihrer speziellen Angebote und Schwerpunkte auflisten. Im weiteren Verlauf kann er zu einem umfassenden Informationsportal ausgebaut werden, auf dem sich die Schulen detailliert präsentieren können.



Zur Behebung der bestehenden Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulformen sollen die Anmeldeverfahren für alle Schulformen gleichzeitig stattfinden. Dies soll durch eine gemeinsame Online-Plattform erfolgen, auf der Eltern den Anmeldestatus ihrer Kinder transparent verfolgen können.

### **2.1.9 Beste Bildung im offenen Ganztag**

Um die Betreuung durch Ganztagsschulen zu verbessern, muss Köln die Anzahl der offenen Ganztagsschulen gemäß der Nachfrage erhöhen. Diese Schulen sollten über qualifiziertes Personal verfügen, das für die Betreuung der Kinder verant-



wortlich ist. Bei der Vergabe von Verträgen an private Dienstleister im Bereich der offenen Ganztagsschulen ist darauf zu achten, dass hohe qualitative Standards bei Personal, Ausstattung und Verpflegung eingehalten werden. Falls erforderlich, sollte die Stadt zusätzliche Mittel bereitstellen, um diese Standards zu sichern.



Vor allem der Ausbau der offenen Ganztagsschulen im Primarbereich steht vor Herausforderungen: Es gibt nach wie vor einen Mangel an verfügbaren Plätzen sowie an geeigneten Räumlichkeiten und Personal. Dies ist teilweise auf den Fachkräftemangel zurückzuführen. Als Lösung

sollten Sportvereine, Musik- und Kunstschulen sowie andere relevante Akteure in das Angebot der Ganztagsschulen integriert werden, um das Angebot zu erweitern und zu verbessern.

### **2.1.10 Deutschlandticket für alle Kölner Schülerinnen und Schüler**

Außerschulische Lernorte sind ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit, doch oft sind diese nur unter hohen Kosten für Schülerinnen und Schüler (sowie für das Lehrpersonal)

erreichbar - insbesondere dann, wenn kein Schüler-Deutschlandticket zur Verfügung steht. Wir setzen uns daher für ein Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler ein, unabhängig davon, wie weit ihre Schule vom Wohnort entfernt ist. Dies würde nicht nur die Kosten für den Zugang zu unterschiedlichen Lernorten senken, sondern auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche den öffentlichen Nahverkehr als alltägliches Fortbewegungsmittel in der Stadt kennenlernen.

### **2.2 Fit für die Zukunft durch Bildung!**

Erstklassige Bildung bedeutet, den Fokus auf relevante Zukunftskompetenzen zu legen. Damit dies in Kölns Schulen gelingt, müssen sie die Freiheit haben, Fähigkeiten wie Programmieren, Soft Skills und interkulturelle Kompetenzen angemessen zu vermitteln. Dazu sollten Kooperationen mit außerschulischen Partnern, wie Unternehmen, Vereinen und anderen Organisationen, insbesondere im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften oder im Ganztagsbereich, gefördert werden. Eine zukunftsorientierte, hochwertige Bildung ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen und selbstbestimmten Leben. Unsere jungen Menschen werden in einer vernetzten Welt leben und Berufe ergreifen, die wir heute noch nicht kennen. Um sie darauf vorzubereiten, ist es unerlässlich, ihnen im Rahmen der allgemeinen Schulbildung die Möglichkeit zu geben, diese wichtigen Kompetenzen zu erwerben.

Ab 2026 haben Schülerinnen und Schüler ab der ersten Klasse das Recht auf einen Ganztagschulplatz. Um eine qualitativ hochwertige, vielfältige und abwechslungsreiche Ganztagsbildung sicherzustellen, sind Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Vereinen, Unternehmen und anderen Trägern nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig.

### 2.2.1 Digitale Infrastruktur für Schulen und Lehrkräfte

Es reicht nicht, dass unsere Schulen flächendeckend an das Glasfasernetz angeschlossen sind. Die Netzstrukturen innerhalb aller Schulen müssen über genügend Bandbreite verfügen, um die Leistungsfähigkeit des Glasfaseranschlusses vollständig auszuschöpfen. Deshalb fordern wir eine Investitionsoffensive der Stadt um sicherzustellen, dass alle Schulen über schnelles WLAN mit ausreichender Kapazität verfügen. Es muss weitergehen, dass alle Schulen mit den notwendigen Geräten und dem erforderlichen Know-how ausgestattet werden müssen. Vor allem muss vonseiten der Stadt mehr IT-Personal zur Verfügung gestellt werden, damit Lehrkräfte sich voll auf ihren Unterricht konzentrieren können. Inzwischen wurden Lehrkräfte durch Landesmittel mit iPads ausgestattet. Allerdings ist es derzeit nicht möglich, eigene Apps einfach auf die Tablets zu laden und deren Funktionen somit vollständig und unkompliziert zu nutzen. Wir setzen uns daher für ein einfacheres Verfahren zum Download von Apps ein, um den Lehrkräften das Verfassen von Zeugnissen und Dokumentationen auf größeren Bildschirmen zu ermög-

lichen. Zudem muss sich die Stadt Köln zügig um die Einführung eines digitalen Klassenbuchs an allen Schulen bemühen. Dieses sollte über eine Schnittstelle für den Zeugnisdruck und die Kommunikation mit den Erziehungsberechtigten verfügen, um etwa häufige Verspätungen effizient melden zu können. Die Stadt Köln als Träger der Schulen soll die einheitliche Einführung einer sicheren Kommunikations- und Lernplattform vorantreiben. Zur Unterstützung dieser Initiative sollte die Stadt Köln eine spezielle Serviceeinheit in der Schulverwaltung einrichten. Lehrerinnen und Lehrer sollten sich auf die Didaktik und den Unterricht konzentrieren können, während die notwendige technische Infrastruktur zuverlässig bereitgestellt wird.

Eine digitale Ausstattung fordern wir auch für alle Schülerinnen und Schüler: Wir streben an, dass alle Kinder und Jugendlichen lernen, sich sicher und kompetent in der digitalen Welt zu bewegen. Um dies zu gewährleisten, müssen digitale Endgeräte professionell in den Schulalltag integriert werden. Deshalb sollten alle Schülerinnen und Schüler spätestens beim Übergang in die weiterführende Schule mit einem digitalen Endgerät ausgestattet werden, das den schulischen Anforderungen entspricht.



Die Stadt Köln muss zudem ein langfristiges Konzept erstellen, das den Austausch und die Instandhaltung der digitalen Endgeräte des Lehrpersonals sowie der Schülerinnen und Schüler regelt und koordiniert.

### **2.2.2 Bessere Förderung für besonders begabte junge Menschen**

Alle Schülerinnen und Schüler in Köln sollen die bestmöglichen Lernchancen erhalten, auch besonders begabte junge Menschen. Daher soll die Stadt Köln die Fördermöglichkeiten für hochbegabte Schülerinnen und Schüler ausbauen und bekannter machen. In jeder Schule gibt es Schülerinnen und Schüler, die ihre Leistungsfähigkeit im regulären Schulunterricht nicht ganz ausschöpfen können. Da auch diese jungen Menschen das Recht auf eine individuelle Förderung und die Entfaltung ihrer Talente haben, sollen die Lehrkräftefortbildungen der Stadt Köln in diesem Bereich bekannter gemacht werden. Vorbereitungen möglichst früh zu beginnen. Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden. Die Verwaltung soll freie Träger bei der Gründung unterstützen. In Köln fehlen zahlreiche Schulplätze. Das hat zahlreiche negative Konsequenzen für junge Menschen und ihre Familien. Die Stadt Köln ist verantwortlich, dieses Problem schnellstmöglich und langfristig zu beseitigen. Dies gilt auch für zukünftige Szenarien, in denen weniger Schulplätze benötigt werden könnten.

### **2.2.3 Sprachförderung**

Bereits in den Kindertagesstätten muss aktive Sprachförderung betrieben werden, damit alle Kinder mit den gleichen Chancen in die Schule starten können. Kinder, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, beginnen ihre Schulzeit mit einem klaren Nachteil. In der Schule ist nur begrenzt Zeit und Raum, um diese Defizite aufzuholen. In der Schule sollte der Fokus demgemäß auf den Kindern liegen, die keine deutsche Kindertagesstätte besuchen konnten.

### **2.2.4 Psychosozialen Schwierigkeiten durch mehr Fachpersonal begegnen**

Für eine erstklassige Bildung, die sich auf die Bedürfnisse jedes Einzelnen konzentriert und deren Besonderheiten berücksichtigt, benötigt Köln eine größere Anzahl an Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie an psychologisch geschultem Fachpersonal. Dieses sollte nicht nur Kinder und Jugendliche unterstützen, sondern auch für das Lehrerkollegium als Ansprechpartner bereitstehen. Der Umgang mit psychischen Erkrankungen ist oft noch tabuisiert, was ernsthafte Konsequenzen haben kann. Daher muss das





Personal an Schulen in der Lage sein, Probleme frühzeitig zu erkennen und professionelle Hilfe bereitzustellen.

Obwohl Köln für seine lebendige LGBTIQ\*-Community bekannt ist, gibt es immer noch viele Jugendliche, die nicht offen zu ihrer Sexualität stehen. Gerade in den letzten Jahren kam es vermehrt zu Anfeindungen gegenüber Menschen an Schulen, die sich offen zu ihrer geschlechtlichen Identität bekennen. Vertreterinnen und Vertreter der Initiative SchLAu Köln berichten zudem von einer schwindenden Zahl von Menschen, die an Aufklärungs-Projekten und -Begegnungen teilnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt-AG Queerpolitik ein verbindliches pädagogisches Konzept für unterschiedliche Schulformen entwickelt, in dem über Homosexualität und Geschlechtsidentitäten aufgeklärt wird.

#### **2.2.5 Erste-Hilfe-Kurse an Schulen**

Angesichts der wachsenden Herausforderungen, denen Schülerinnen und Schüler heute gegenüberstehen, ist es unerlässlich, unsere Bildungseinrichtungen umfassend zu unterstützen. Wir fordern die Einrichtung und Förderung von Ersthelferkursen an allen Kölner Schulen, um sicherzustellen, dass alle Jugendlichen die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre Bildungsziele zu erreichen. Diese Kurse sollen gezielt auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler eingehen und

Hilfestellungen in Kernfächern wie Mathematik, Deutsch und Englisch bieten sowie Unterstützung bei Lernschwierigkeiten und Prüfungsvorbereitungen leisten.

Durch diese Initiative streben wir nicht nur eine Steigerung der akademischen Leistungsfähigkeit an, sondern auch eine Stärkung des Selbstvertrauens und der persönlichen Entwicklung junger Menschen. Unser Ziel ist es, durch diese Hilfskurse eine Chancengleichheit zu schaffen und jedem Kind in Köln den Zugang zu den bestmöglichen Bildungschancen zu ermöglichen.

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulen ab der 7. Klasse spätestens alle zwei Jahre für die Schülerinnen und Schüler ein Kurs in erster Hilfe durchgeführt wird. Das trägt dazu bei, dass Leben gerettet werden können und Schülerinnen und Schüler in Notfallsituationen reagieren können.



## 2.3 Lebenslanges Lernen in der Ausbildung und im Beruf

Eine solide Ausbildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes und finanziell unabhängiges Leben. Deshalb betrachten wir dies als wesentlichen Bestandteil bester Bildung. Unser Ziel ist, dass kein Jugendlicher die Schule ohne eine klare berufliche Perspektive verlässt. Bildung umfasst jedoch weit mehr als nur die Schulzeit. Auch nach einer Ausbildung oder einem Studium sollten im Sinne des lebenslangen Lernens Möglichkeiten bestehen, den eigenen Bildungsweg fortzusetzen oder zusätzliche Qualifikationen berufsbegleitend zu erwerben. Wer später sein Abitur oder einen anderen Schulabschluss nachholen möchte, soll unterstützt und auf einem geeigneten Weg begleitet werden.

### 2.3.1 Stärkung der Berufsberatung und -orientierung

Wir möchten die Berufsberatung und -orientierung an Schulen intensivieren. Dazu sollen Programme zur Berufsberatung ausgebaut werden, und auch der direkte Kontakt zwischen ausbildenden Unternehmen und potenziellen Auszubildenden ist für uns von großer Bedeutung.

### 2.3.2 Online-Portal zur Berufsorientierung weiterentwickeln

Die Stadt sollte ein zielgerichtetes Online-Portal einrichten, das es Jugendlichen ermöglicht, sich umfassend über Berufsperspektiven und Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren. Gleich-

zeitig können Unternehmen dort ihre Angebote präsentieren. Das derzeitige Portal ist unzureichend, daher wollen wir eine bessere Vernetzung mit den Angeboten der Berufskollegs in Köln schaffen, um eine vollständige Übersicht über alle Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Das Portal soll leicht zugänglich sein und durch Gamification-Elemente zusätzlichen Anreiz bieten, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Zudem soll es eine direkte Verbindung zur Agentur für Arbeit schaffen, um weiterführende Beratungen zu ermöglichen.

### 2.3.3 Erschwinglicher ÖPNV und Wohnraum für Auszubildende

Die Stadt hat die Verantwortung, die Attraktivität der Ausbildung in Köln weiter zu steigern, indem sie beispielsweise vergünstigte ÖPNV-Tarife für Auszubildende anbietet und zusätzlichen, erschwinglichen Wohnraum speziell für sie bereitstellt. Dazu sollten neben dem Studierendenwerk weitere Partner gewonnen werden, die von einer verbesserten Situation für Auszubildende profitieren könnten.



### 2.3.4 Neue Abendschule auf der rechten Rheinseite

Um allen die Möglichkeit zu bieten, Abschlüsse nachzuholen, sind bedarfsgerechte Angebote an Abendschulen erforderlich. Insbesondere benötigen wir eine Erweiterung der Kapazitäten durch eine neue Abendschule auf der rechten Rheinseite sowie zusätzliche Wochenendkurse. Um Hürden abzubauen und allen bessere Chancen zu eröffnen, sollten in diesen Abendschulen auch Kinderbetreuungsangebote geschaffen werden.

### 2.3.5 Stärkung, Ausbau und Digitalisierung der VHS

Die Volkshochschule (VHS) spielt eine zentrale Rolle im lebenslangen Lernen. Ihr breites Angebot muss weiter ausgebaut und an die wachsende Nachfrage angepasst werden, insbesondere durch die Aufnahme zusätzlicher Kurse zur beruflichen Qualifi-



kation. Die Stadt sollte diese Weiterbildungsmöglichkeiten stärker bewerben und bestehende Informationsdefizite abbauen, um eventuelle Hemmschwellen zu überwinden. Auch auf unser Bestreben hin wurden in der letzten Ratsperiode Verbesserungen bei der Bezahlung der Lehrkräfte er-

reicht. Um weiterhin ein qualitativ hochwertiges und umfangreiches Angebot zu gewährleisten, ist es wichtig, auch in Zukunft

auf gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung der Lehrkräfte an der VHS und in anderen Bildungseinrichtungen, wie etwa der Musikschule, zu achten.

Um das Konzept des lebenslangen Lernens zu fördern, sollten wir auch Möglichkeiten schaffen, dass Menschen im höheren Alter weiterhin am Bildungsangebot teilnehmen können. Hierfür wären Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen wie der VHS und Seniorenheimen sinnvoll, ebenso wie die Entwicklung digitaler Angebote. Onlinebasierte Kurse ermöglichen es auch Menschen, die zuhause Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, am Unterricht teilzunehmen. Der gezielte Ausbau von Eltern-Kind-Kursen an der VHS könnte ebenfalls ein wertvoller Schritt sein.

Zudem spielt die VHS eine wichtige Rolle in der Sprachbildung. Niedrigschwellige Sprachkurse tragen entscheidend zur aktiven Integration bei und sollten daher besonders gefördert werden.

### 2.3.6 Steigerung der Fortbildungsquote

Bildung eröffnet jedem Einzelnen sowohl persönliche als auch berufliche Perspektiven, und eine gut weitergebildete Bevölkerung kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Menschen mit besseren Qualifikationen sind auf dem Arbeitsmarkt gefragter und leichter vermittelbar. Daher sollte die Stadt Köln der Fortbildung eine zentrale Rolle einräumen und die Fortbildungsquote deut-



lich erhöhen. Bildungsgutscheine sind ein effektives Mittel dafür, werden jedoch leider noch zu selten genutzt. Die Stadt muss hier mehr Aufklärung betreiben und die Angebote aktiv bewerben.

Gleichzeitig sollten die Fortbildungsangebote der Jobcenter sowie die Weiterbildungsprogramme für Arbeitslose kritisch überprüft und stärker an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Es darf nicht vorkommen, dass Menschen nur zur Erfüllung von Maßnahmen in Fortbildungen geschickt werden. Stattdessen sollte verstärkt die Zusammenarbeit mit Unternehmen gesucht werden, um Fortbildungsprogramme an den Marktbedarf anzupassen und echte Perspektiven für Arbeitsuchende zu schaffen. Wer sein Leben aktiv gestalten möchte, benötigt maßgeschneiderte Fortbildungsprogramme, die persönliche Interessen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in Einklang bringen. Solche Programme sollten auch das Ziel verfolgen, Unternehmen und Arbeitssuchende besser zu vernetzen.

### **2.3.7 Stärkung und Ausbau der Bibliotheken als Kulturorte**

Bibliotheken sind zentrale Orte für kulturelle und außerschulische Bildung und müssen im gesamten Stadtgebiet erhalten bleiben. Gleichzeitig sollte das Online-Angebot durch eine größere Auswahl an ausleihbaren eBooks weiter ausgebaut werden. Als „Orte des Wortes“ sind Stadtbüchereien ideal, um auch zur Sprachförderung beizutragen. Wir setzen uns für

zusätzliche Lese- sowie Vorlese-Angebote ein, die alle Altersgruppen ansprechen. Zudem möchten wir, dass Bibliotheken verstärkt zu Lern- und Begegnungsräumen ausgebaut werden, in denen Menschen, die zuhause wenig Platz zum Lernen haben, einen geeigneten Ort finden.

Auf unsere Initiative hin wurden die Öffnungszeiten der Bibliotheken an den Wochenenden verlängert, dieses Angebot soll bestehen bleiben und ausgebaut werden. In Zusammenarbeit mit Hochschulen oder der VHS sollen in unseren Bibliotheken vermehrt Bildungsangebote stattfinden. Das umfassende Angebot der Kölner Bibliotheken sollte stärker beworben und in der Stadtgesellschaft präsenter gemacht werden.



### **2.4 Inklusion und Integration**

Wir stehen fest zur gesellschaftlichen Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Für uns Liberale ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Gesellschaft und die Politik dafür verantwortlich sind, eine erfolgreiche Inklusion und Integration aller Menschen zu gewährleisten. Die FDP Köln unterstützt ausdrücklich die Ziele und Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK).

### 2.4.1 Wahlfreiheit für Eltern durch Inklusions- und Förderschulen

Ob Inklusion besser an Regelschulen oder Förderschulen gelingt, sollten die betroffenen Familien individuell entscheiden können, anstatt sich auf staatliche, oft pauschale Lösungen verlassen zu müssen. Um sowohl Inklusions- als auch Förderschulen unter optimalen Bedingungen zum Wohle der Kinder zu fördern, möchten wir die Inklusion nicht auf alle Schulen verteilen, sondern gezielt Inklusionsschulen in Köln etablieren, die



diesen Schwerpunkt in ihrer pädagogischen Arbeit sehen. Gleichzeitig muss das Angebot an Förderschulen erweitert werden, damit dieser Bildungsweg allen offensteht, die ihn bevorzugen.

Eine umfassende Evaluation soll ermitteln, wie groß der Bedarf an ausgebildeten

Sonderpädagoginnen und -pädagogen im Kölner Stadtgebiet ist. Um diesen Bedarf zu decken, muss die Stadt eng mit den Hochschulen zusammenarbeiten und zusätzliche Ausbildungs- und Studienplätze schaffen.

### 2.4.2 Deutschunterricht als Schlüssel zur Integration

In Köln leben Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlichen Geschichten zusammen. Unser Ziel ist es, alle erfolgreich in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Besonders Menschen, die neu in Deutschland sind, sollen durch erstklassige Bildungschancen Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Für den Bildungserfolg spielt die Sprache eine entscheidende Rolle. Daher ist es wichtig, dass alle Kinder in Köln schnell und unkompliziert Zugang zum Deutschunterricht erhalten. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für erfolgreiche Bildungs- und Integrationsprozesse.

Um dies zu erreichen, benötigen wir bedarfsgerechte Klassen für Deutsch als Fremdsprache (DaF) an Grund- und weiterführenden Schulen, die von qualifiziertem Personal geleitet werden.

Auch in Kindertagesstätten sollte der Deutschunterricht verstärkt werden, wozu zusätzliches Personal eingestellt werden muss. Zur Deckung des Bedarfs an DaF-Lehrkräften sollte die Stadt mit der Universität und dem Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL) in Köln und Leverkusen zusammenarbeiten, um eine ausreichende Anzahl von Zertifikatskursen anzubieten.



Ein weiterer Ansatz könnte die Nutzung des Potentials älterer Bürgerinnen und Bürger sein. Tandempartnerschaften zwischen Senioren und Geflüchteten könnten sowohl der Einsamkeit im Alter vorbeugen als auch den Spracherwerb und die Integration in die Gesellschaft fördern. Auf diese Weise lassen sich auch Vorurteile abbauen.

### **2.5 Kindertagesstätten und Betreuungsangebote**

Lebensgestaltung und Bildungschancen sind im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Kitas und anderen Einrichtungen besonders eng miteinander verknüpft. Schon in der frühen Kindheit werden wesentliche Grundlagen für den späteren Bildungsweg gelegt.



Um wirklich die besten Bildungschancen zu bieten, muss eine zukunftsorientierte Bildungspolitik genau hier beginnen. Zudem eröffnet eine qualitativ hochwertige und vertrauensvolle Betreuung auch mehr Perspektiven für Eltern, die wieder in den Beruf einsteigen möchten. Nur dann, wenn Eltern sicher sein können, dass ihr Kind gut betreut ist, haben sie das notwendige Vertrauen, um beruflich neue Wege zu gehen.

#### **2.5.1 Vollständige Abdeckung des Betreuungsbedarfs**

Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine vollständige Deckung des Betreuungsbedarfs zu erreichen. Um dies zu gewährleisten, müssen verschiedene Ansätze verfolgt werden; ein rein staatlich getragenes System lehnen wir klar ab. Vielmehr streben wir nach einem vielfältigen Angebot und setzen uns für die Förderung privater Kita-Initiativen ein, die nicht durch bürokratische Hürden und langwierige Genehmigungsverfahren gehemmt werden sollten. Die Stadt soll aktiv neue Träger anwerben und Elterninitiativen durch professionelle Beratung unterstützen.

Zusätzlich möchten wir ein Startfördergeld für private Kitas einführen, da private Einrichtungen auch zur Reduzierung der Kosten für die Stadt beitragen können. Diese Einsparungen sollen jedoch nicht im allgemeinen Haushalt untergehen. Stattdessen benötigen wir mehr Investitionen in bestehende Kitas, um die Betreuungsschlüssel zu verbessern und eine kindgerechte Ausstattung sicherzustellen. Weitere notwendige bauliche Verbesserungen umfassen unter anderem die Schaffung von Barrierefreiheit und den Ausbau der Küchen, um eine gesunde Verpflegung in allen Kitas zu ermöglichen.

#### **2.5.2 Verlässliche Kinderbetreuung in Köln heißt Tagespflege stärken**

In Köln gibt es derzeit einen erheblichen Mangel an U3-Betreu-



ungsplätzen, insbesondere in den Stadtteilen Chorweiler, Kalk, Mülheim und Porz. Dieser Engpass ist auf den schleppenden Ausbau von Kitas zurückzuführen, wobei zwischen dem Beschluss für eine neue Kita und ihrer Eröffnung oft sechs bis sieben Jahre vergehen. Hinzu kommt die unzureichende Bezahlung der Tagespflegepersonen.

Um dieses Problem zu lösen, müssen wir die Unterstützung für Tagespflegepersonen verstärken. Dazu gehören die Eröffnung



von Kinderstuben in Stadtbezirken mit besonders hohem Bedarf sowie die Einführung von Prämien für besonders erfahrene Tagespflegepersonen. Zusätzlich sollten Prämien für Tagespflegepersonen eingeführt werden, die in den genannten Stadtteilen Gruppen eröffnen, um die Betreuungslücke zu schließen.

### **2.5.3 Unterstützung und Verbesserung der Arbeit in Kitas aktiv vorantreiben**

Die Qualität der staatlichen Kitas muss konsequent erhöht werden. Häufig werden Erzieherinnen und Erzieher in ihrer Arbeit und ihrem Engagement durch komplexe bürokratische Anfor-

derungen ausgebremst. Deswegen müssen wir dringend Maßnahmen zur Entlastung ergreifen. Dazu gehört die Einstellung von zusätzlichem Verwaltungspersonal, beispielsweise zur Unterstützung bei Dokumentationsaufgaben, damit die Erzieher mehr Zeit für die Betreuung der Kinder haben. Während der Corona-Pandemie wurden auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion in NRW "Alltagshelferinnen und -helfer" in Kitas eingesetzt. Wir unterstützen die Fortführung dieses Programms, das es Kitas ermöglicht, Aufgaben an zusätzliches Personal zu delegieren, um den Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder zu verschaffen.

### **2.5.4 Gerechtere Kita-Beiträge für Köln**

In Köln sind die Elternbeiträge für die Betreuung und Verpflegung in Kitas extrem hoch, insbesondere für die Mittelschicht. Derzeit zahlt etwa ein Paar mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen für eine 45-Stunden-Betreuung 532 Euro pro Monat – zusätzlich zum Verpflegungsgeld. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass sich Eltern überlegen müssen, ob es sich lohnt, wieder arbeiten zu gehen. Um dieses Problem zu beheben, müssen die Tabellen für Elternbeiträge angepasst werden. Es sollten zusätzliche Einkommensstufen für Haushalte mit über 120.000 und über 150.000 Euro Bruttoverdienst eingeführt werden. Zudem müssen die Gehaltsspannen in der Tabelle verringert werden, um eine gerechtere Beitragsstruktur zu gewährleisten.

### 3. Die innovative, wachsende Stadt



Noch immer gilt: Köln wächst! Ein gutes Zeichen für die Zukunft unserer Stadt und eine Chance, die wir mutig und entschlossen nutzen wollen. Die alte Mehrheit im Stadtrat hat sich darum nicht ausreichend gekümmert. Für manche ist Wachstum überhaupt ein Problem. Das sehen wir anders! Wir wollen schnell innovative Konzepte und wirkungsvolle Lösungen bei Wohnungsbau und Infrastruktur entwickeln und umsetzen – im Einklang mit steigender Lebensqualität.

Wachstum ist unverzichtbar, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu verbessern. Wir werden uns aktiv dafür einsetzen, ein Umfeld zu schaffen, das Unternehmertum und Innovation fördert, Arbeitsplätze schafft und die lokale Wirtschaft stärkt. Durch kluge Stadtplanung, Investition in Infrastruktur und die Förderung von Bildung und Technologie werden wir sicherstellen, dass unser Wachstum allen zugutekommt und niemanden zurücklässt. Wachstum ist im Übrigen die Grundvoraussetzung für Soziales, Umweltschutz und ein intaktes gesellschaftliches Miteinander.

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Die verstärkte Möglichkeit zum Homeoffice wirkt sich auf die Nachfrage nach Büroraum in der Stadt aus und lässt auch weitere Arbeitswege erträglicher erscheinen, wenn sie nicht jeden Tag angetreten werden müssen. Dies beeinflusst die Nachfrage an Wohn- und Büroflächen in und um Köln und die Pendlerströme mit Einfluss auf die Luftqualität. Die Versorgung der Stadt und des Umlandes mit digitaler Infrastruktur hat entscheidenden Einfluss auf diese Veränderungsprozesse. Wir brauchen zukunftssichere Arbeitsplätze und wollen Köln zu einem Wirtschaftsstandort ersten Ranges weiterentwickeln, und deshalb soll Köln Deutschlands Digitalstadt Nr. 1 werden: eine echte Smart City!



### 3.1 Bauen und Wohnen

Köln ist beliebt. Die Bevölkerungszahl wächst kontinuierlich. Der Wohnungsbau hält damit aber schon lange nicht mehr Schritt. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung der Baupolitik unserer Stadt. Deshalb steigen die Wohnungsmieten auch weiterhin. Es wird zu wenig gebaut. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Es gibt zu wenig Grund-



stücke; seit Jahren werden zu wenige neue Flächen für den Wohnungsbau ausgewiesen. Daneben wird Bauen immer teurer. Die Bauherren werden durch ständig steigende Anforderungen im Europa- und Bundesrecht belastet. Deshalb sollten wir in der Stadt Köln die Anforderungen nicht

noch mehr steigern. Wir wollen alle städtischen Zusatzregeln abschaffen, die über schon bestehende Vorschriften anderer Ebenen hinausgehen.

Köln darf nicht weiter das Schlusslicht in den Bearbeitungszeiten für Baugenehmigungen sein! Alle Bauherren, Privatpersonen wie gewerbliche Investoren, müssen von der Verwaltung besser betreut werden. Wir fordern weiter, dass Bauherren ein

verbindliches Recht auf eine zeitnahe Rückmeldung auf ihre Anträge haben. Kölner Politik und Verwaltung sind gefordert, Bauvorhaben konstruktiv zu begleiten und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Ermessensspielräume müssen zu Gunsten der Projekte genutzt werden. Es muss gelten: im Zweifel immer für den Wohnungsbau.

#### 3.1.1 Mehr Grundstücke für den Wohnungsbau

Es gibt zu wenige Flächen für den Wohnungsbau. In den Außenbereichen müssen deutlich größere Flächen erschlossen werden. Die Schaffung eines neuen großen Stadtteils Kreuzfeld, den die Kölner FDP lange gefordert hat, ist dafür ein gutes Bei-

spiel, weil hier bereits ein S-Bahn-Anschluss vorhanden ist. Bei vergleichbaren Projekten muss grundsätzlich darauf geachtet werden, dass die notwendige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindung durch Straßen und ÖPNV

sowie Kindergärten und Schulen, aber auch gesundheitliche Nahversorgung und Einzelhandel rechtzeitig geschaffen wird.





Der FDP Köln ist es wichtig, dass Wohnraum für jeden Geldbeutel entsteht – also auch bezahlbare Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Im Rahmen einer vielschichtigen Nutzung sind neben individuellen auch verdichteten Wohnformen auszuweisen. Konzepte für preiswertes Bauen sollen gefördert werden, um günstigen Wohnraum innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen. Beispielsweise kann „serielles Bauen“ die Baukosten und die Bauzeit erheblich reduzieren.



Es dürfen aber nicht nur Geschosswohnungen gebaut werden. Es muss außerhalb der Innenstadt genügend Ein- und Zweifamilienhäuser geben, um Familien in der Stadt zu halten und ein ausgewogenes städtebauliches Bild zu erhalten. Für viele Familien ist diese Wohnform ein echter

Wunsch. Wir wollen dafür arbeiten, dass diese Wünsche auch in Zukunft in Erfüllung gehen können.

### 3.1.2 Kreativ verdichten

Wir fordern eine behutsame Nachverdichtung des urbanen Raums. Eine qualitativ hochwertige Verdichtung soll dabei zu einer Aufwertung des städtischen Raums führen.

Wohnflächen können durch eine Aufstockung auf Gewerbeimmobilien, Garagen, Kindergärten etc. gewonnen werden. Wir unterstützen den Ausbau von Dächern und die Aufstockung von niedrigeren Wohngebäuden und erwarten das auch von der Verwaltung. Die Schließung von Baulücken muss weiter forciert werden. An vielen Stellen sollte man höher bauen. Einzelne zusätzliche Hochhäuser sorgen für ein aufgelockertes Großstadt-Ambiente und führen zu grünen Freiflächen drumherum. Leerstand muss genutzt werden: Dafür brauchen wir viel mehr Anreize. Eine intelligente Architektur kann die Ausnutzung von Flächen erheblich steigern, zum Beispiel indem Nutzflächen zu Lärmquellen hin ausgerichtet werden, um Wohnräume zu schützen.

Brachflächen und Mindernutzungen sollen bevorzugt entwickelt werden. Die Verdichtung darf aber nicht auf Kosten von Grünflächen oder Kaltluftschneisen gehen, damit den Kölnerinnen und Kölnern nicht „die Luft zum Atmen“ genommen wird. Die Bepflanzung von Dächern und Fassaden muss noch stärker gefördert werden, weil sie gut für das Klima ist, lokal und global. Das kann dadurch geschehen, dass solche Projekte im Bauamt Priorität bekommen.



### 3.1.3 Lebensqualität durch mehr Vielfalt beim Bauen

Große Wohnungsbauprojekte werden meistens von leistungsstarken Investoren realisiert. Dabei sollte die Vielfalt der Architektur immer ein Ziel sein. Wir möchten, dass mehr urbane Räume und weniger Schlafsiedlungen entstehen. Die Stadt soll in Zukunft an geeigneten Stellen häufiger kleinteiligere Flächen verkaufen, um auch privaten Investoren und Baugruppen die Möglichkeit zu geben, durch abwechslungsreichere Entwürfe zur Lebensqualität in den Veedeln beizutragen. Und neue Wohngebiete sollen auch echte Veedel werden können.

Auch die Mischung der Nutzungen sollte vor dem Hintergrund verödeter Innenstädte wieder in den Blick genommen werden. Wo sich Nutzung nicht gegenseitig stört, beleben sie Gebiete. Zur Vielfalt können auch nachwachsende Rohstoffe beitragen. Bauten aus Holz statt aus Beton sind vor dem Hintergrund des Klimawandels eine zukunftsweisende Alternative. Sie sollten von der Stadt gezielt gefördert werden. Wir wollen nicht nur schöne alte Gebäude erhalten, sondern auch Gebäude von heute in Köln, die so schön gebaut sind, dass sie es wert sind, einmal unter Denkmalschutz zu stehen.

### 3.1.4 Bauen vernetzt denken

Sowohl beim Bestand, als auch beim Neubau müssen Zukunftstechnologien mitgedacht werden, die den Bedürfnissen der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Dazu

gehört nicht nur Energieeffizienz, sondern auch die Integration von Smart-Home-Technologien. Neben dem individuell gesteigerten Wohnkomfort kann die ganze Stadt davon profitieren, wenn viele Haushalte miteinander vernetzt sind und so von Energieversorgung bis zur Müllentsorgung viele Probleme gelöst werden können.

### 3.1.5 Vielfalt der Investoren und Wohnformen fördern

Die Stadt hat in der Vergangenheit ihre Grundstücke oft an den meistbietenden Investor verkauft. Dabei haben Genossenschaften und privat organisierte Baugruppen das Nachsehen. Um ihnen eine Chance zu geben, müssen Vergaben durchgeführt werden, die sich gezielt an Genossenschaften, Baugruppen und andere wenden, die ihre Wohnungsbestände langfristig halten.

Außerdem soll die Stadt auf diesem Weg neue Wohnformen fördern wie Mehrgenerationenwohnen und flexibles Wohnen, das sich an die Anforderungen der Bewohnerinnen und Bewohner anpasst. Dazu soll die vorhandene Beratungsstelle in der Verwaltung zusammen mit der MitStadt-

Zentrale ausgebaut werden. Es soll, nach Hamburger Vorbild, ein Leitfaden für Baugruppen entwickelt werden. Dieser Leitfaden



soll klare Vorgaben zur Begleitung und abgestufte Leistungsanforderungen für Baugemeinschaften auf dem Weg zur Vergabe und Umsetzung der Projekte machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln nach dem Vorbild anderer Großstädte hier deutlich größer denkt.

### 3.1.6 Kölner Sonderweg bei Bauvorschriften beenden

Kölns Attraktivität als Standort leidet durch eine überbordende Regulierung, die wir auf das rechte Maß zurückstutzen müssen.



Die Lex Colonia, das heißt Sonderwege von Stadtratsmehrheit und Verwaltung, verlangt für das Bauen oft mehr als Recht und Gesetz von Europa, Bund und Land. Die Verwaltung macht für viele Bauvorhaben zusätzliche Auflagen und Anforderungen, die über die Gesetzeslage hinaus-

gehen. Auch der Stadtrat hat sich leider angewöhnt, auf die Krise am Wohnungsmarkt mit immer neuen Auflagen zu reagieren. Dies vertreibt Investoren.

Wir Freien Demokraten fordern, dass sich die Verwaltung nur am Bundes- und Landesrecht orientiert. Auf diese Weise können wir schneller und günstiger bauen. Es dürfen keine Stan-

dards vorgegeben werden, die über den Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) liegen. Es darf keine zusätzlichen städtischen Anforderungen zu Außenanlagen, Fassaden und Infrastruktur geben, die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Es dürfen keine zusätzlichen Brandschutzanforderungen gestellt werden, die über das Baurecht hinausgehen. Es darf keine Anforderungen an den Naturschutz geben, die über das europäische Artenschutzrecht hinausgehen.

### 3.1.7 Kürzere Genehmigungsverfahren

Kölner Politik und Verwaltung müssen Bauvorhaben konstruktiv unterstützen und Genehmigungsprozesse, wo immer möglich, beschleunigen. Im Rahmen der Gesetzeslage bieten sich Ermessensspielräume. Diese müssen zu Gunsten der Bauvorhaben genutzt werden. Insgesamt muss die Verwaltung eine positiv motivierte Baubegleitung an den Tag legen. Die städtische Überregulierung muss abgebaut werden, die aus einem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis und der Überlastung der Verwaltung entspringt.

Bauanträge sind wieder fristgerecht zu bearbeiten. Eine digitale Bauakte kann das leisten, indem mehrere Ämter parallel an einer Baugenehmigung arbeiten. So können die Bürgerinnen und Bürger unkompliziert den Stand ihrer Verfahren beobachten. Bauvorhaben lassen sich auch durch eine „One Stop Agency“ beschleunigen. Dabei ist für alle Bauherren eine einzige Stelle in



der Stadtverwaltung als Ansprechpartner zuständig und kümmert sich um die Koordination mit allen beteiligten Stellen der Verwaltung. Der Rat hat auf Antrag der FDP beschlossen, eine qualifizierte Bauberatung in der Verwaltung zu schaffen. Die muss jetzt schnell umgesetzt und auch auf kleine Vorhaben angewendet werden. Das spart Zeit und entlastet das knappe städtische Personal.

Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen durch eine Verwaltungsreform zusätzliche Kompetenzen bekommen. Sie sollen so motiviert werden, schnelle Entscheidungen zugunsten des Wohnungsbaus zu treffen. Praktische Lösungen müssen Vorrang haben vor zusätzlichen Anforderungen an die Bauherren, die dazu führen könnten, dass Bauvorhaben zurückgestellt oder abgesagt werden.

### **3.1.8 Wohneigentum ist der beste Schutz vor steigenden Mieten**

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen. Deshalb muss die Politik die Menschen dabei unterstützen, ihre Vorstellungen von preiswertem und attraktivem Wohnen zu erreichen. Dazu gehört, sich den Traum eines Eigenheims verwirklichen zu können. In Köln fehlt aber entsprechender Wohnraum. Der Staat ist der Kostentreiber Nummer eins. Bürokratie, Auflagen und Rekordsteuern (Grunderwerbsteuer) bremsen private Investitionen in Wohnungsbau und machen es

den Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwerben. Gerade jungen Familien mit Kindern ist es oft unmöglich, passenden Wohnraum in Köln zu finden oder ein Eigenheim zu finanzieren.

Die FDP setzt sich für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den Wohnungsmarkt und den Erwerb von Eigenheim erleichtert. Bei der Grunderwerbsteuer wollen wir einen Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro für die erste selbstgenutzte Immobilie einführen. Dies wäre ein wesentlicher Beitrag dafür, dass sich junge Familien ein Eigenheim leisten können. Eigentumsförderung verhilft zahlreichen Menschen zu den eigenen vier Wänden und reduziert dadurch das Risiko der Altersarmut.



### **3.1.9 Wohngeldregelungen müssen verbessert werden**

Der Wohnungsbau ist davon abhängig, dass alle Mieterinnen und Mieter zahlungsfähig sind. Dafür sorgt ein sachgerecht ausgestaltetes Wohngeld. Das muss der örtlichen Mietenentwicklung jährlich angepasst werden. Es kommt jeder Mieterin und jedem Mieter sofort zugute, sobald sie oder er eine Woh-

nung angemessener Größe zu einem angemessenen Mietpreis gefunden haben oder eine Erhöhung der Miete ihrer Wohnung wegen steigender Vergleichsmieten hinnehmen müssen. Die „Subjektförderung“ mit Wohngeld verdient aus liberaler Sicht den Vorzug vor einer „Objektförderung“. Es ist nicht sinnvoll, der Hälfte der Bevölkerung in Köln einen Wohnberechtigungsschein auszustellen, anstatt sie mit Wohngeld gezielt zu unterstützen. Der öffentlich geförderte Wohnungsbau soll vorrangig für die Menschen da sein, die auf dem freien Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben.

### 3.1.10 Für einen wirksamen öffentlich geförderten Wohnungsbau



Aufgabe des öffentlich geförderten Wohnungsbaus ist es, durch Impulse und Anreize eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum zu erreichen. Bund und Land müssen den sozialen Wohnraum weiter fördern. Dies ist auch wichtig für den Erhalt der

städtischen Belegungsrechte. Die Förderkonditionen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus müssen für private Klein-Investoren attraktiver werden, die weit mehr als die Hälfte der Miet-

wohnungen bewirtschaften. So können wertvolle Potenziale für Investitionen besser ausgeschöpft werden. Die verschiedenen Förderinstrumente müssen sich stetig und flexibel an äußere Umstände wie z. B. Zins- und Baukostensteigerungen anpassen, um das Bauen von geförderten Wohnungen weiterhin attraktiv zu halten.

### 3.1.11 Entfesselungsbeschluss für die Stadt Köln

Die Stadt Köln versucht erfolglos, Wohnungsbau zu steuern. Kooperatives Baulandmodell, Konzeptvergaben, städtisches Vorkaufsrecht oder Milieuschutzsatzungen sind gut gemeint, machen Köln aber unattraktiv für Menschen, die Wohnraum schaffen wollen. Außerdem beschäftigen sie das knappe städtische Personal und damit werden alle Vorgänge viel langsamer. Wir wollen alle diese Maßnahmen im Sinne eines Entfesselungsbeschlusses für fünf Jahre aussetzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern sollen sich in dieser Zeit darauf konzentrieren, Bauland auszuweisen, Bebauungspläne aufzustellen und Baugenehmigungen zu erteilen. Dazu müssen die offenen Stellen bei der Stadtverwaltung besetzt werden. Auch Liegenschaftsamt, Stadtplanungsamt und Bauaufsichtsamt sollen mehr Personal bekommen. Um die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich zu erleichtern, müssen Möglichkeiten einer besseren Bezahlung geschaffen werden.

### 3.1.12 Entlastung statt Zweitwohnungssteuer

Die Zweitwohnungssteuer ist eine Mehrbelastung, die vor allem Auszubildende und Studierende stark trifft. Um diese Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten, will die Kölner FDP die Besteuerung eines zweiten Wohnsitzes in Köln abschaffen.

### 3.2 Stadtentwicklung

Das Bevölkerungswachstum stellt Köln nicht nur im Wohnungsbereich vor große Herausforderungen. Die bereits hier lebenden und die neuen Bürgerinnen und Bürger Kölns brauchen Arbeitsplätze. Sie brauchen Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und Dienstleistungen aller Art. Und nicht zuletzt brauchen sie Wege und Straßen, Busse und Bahnen, Grünanlagen und Frischluftschneisen. Daran zeigt sich: Das Wachstum einer Stadt muss mit Weitblick gestaltet werden. Das erfordert den Ausgleich vieler widerstreitender Interessen und Ziele. Köln ist von der Fläche her eine große Stadt, aber in Zukunft müssen wir uns mit der Nutzung jedes Hektars genauer befassen. Hier sind Weitsicht und Mut zu zukunftsweisenden Ideen gefragt.

Es ist die Aufgabe von Verwaltung und Politik, Wachstum zu unterstützen und so zu gestalten, dass die Stadt lebenswert und vielfältig bleibt. Liberale Politik will die Grundlage schaffen, damit die nächsten Generationen in einer dynamisch und professionell geführten Stadt leben.

### 3.2.1 Wohnen und arbeiten zusammen denken

In der Vergangenheit hat man Wohngebiete getrennt von Industrie- und Gewerbegebieten angelegt. Dies war sinnvoll in Zeiten, als Industrie noch Umweltbelastung in Form von in heutiger Sicht übermäßigem Lärm und Luftverschmutzung bedeutete. Eine Folge davon ist aber bis heute die lange Zeit, die viele Menschen von ihrer Wohnung bis zum Arbeitsplatz zurücklegen. Steigende Mieten durch knappes Angebot in zentralen Lagen haben dieses Problem weiter verschärft. Es ist deshalb wichtig, dass in Zukunft Wohnen und Arbeiten immer zusammen gedacht werden. In neuen Stadtteilen und auf großen Entwicklungsflächen in der Stadt müssen immer Wohnraum und Arbeitsplätze geschaffen werden.



### 3.2.2 Bessere Planungskultur für Köln

Köln braucht eine bessere Planungskultur, eine ansprechendere Baugestaltung und ein ästhetischeres Stadtbild. Wenn alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und Kompetenzen klar verteilt sind, wird die Stadt Köln beim Planen und Bauen effizienter. Das zentrale Ziel der Freien Demokraten ist es, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Dazu gehört die



Umsetzung des städtebaulichen Masterplanes für die Innenstadt. Die FDP Köln will alle vorgeschlagenen Projekte mit einem Zeit-Maßnahmen-Plan versehen.

### **3.2.3 Erbbaurecht nur in besonderen Fällen anwenden**

Die Anwendung des Erbbaurechts statt des Verkaufs städtischer Grundstücke kann für herausragende Flächen und Immobilien eine gute Alternative sein, denn die Stadt behält dadurch die langfristige Verfügungsmöglichkeit für künftige Entwicklungen. Im Normalfall wirkt das Erbbaurecht jedoch hemmend auf Investitionsentscheidungen, da unter anderem Banken in solchen Fällen grundsätzlich einen geringeren Anteil finanzieren. Die Folge: Gerade Menschen mit wenig Geld können sich kein Wohneigentum mehr leisten und das Wohneigentum konzentriert sich bei finanzstarken Investoren. Wir lehnen das Erbbaurecht als Regel für städtische Grundstücke ab.

### **3.2.4 Erhalt der urbanen Vielfalt**

Die Freien Demokraten wollen die urbane Vielfalt in den Vierteln erhalten. Insbesondere ehemalige Industrieflächen bieten sich für Mischungen aus kultureller und wirtschaftlicher Nutzung an. Bei der Weiterentwicklung und Wiederbelebung muss gerade auch privates Kapital aktiviert werden, denn der städtische Haushalt kann die vielen Herausforderungen in entsprechenden Gebieten nicht alleine stemmen. Wir setzen uns für den Ausbau der Beratungsstelle für gemeinschaftliche Wohn-

projekte nach dem Vorbild von Hamburg ein. Die Aufgabe ist die reibungslose Verzahnung von privat finanziertem und städtischem Wohnungsbau.

### **3.2.5 Experimente mit Stadtlaboren**

Die FDP Köln unterstützt bürgerschaftliches Engagement. Dies gilt auch für sogenannte „Stadtlabore“ oder „Reallabore“. Bei denen setzen sich Menschen dafür ein, bestimmte Flächen oder Gebäude in ihrer Struktur zu erhalten und neu zu nutzen. Die Vielfalt Kölns kann von solchen Entwicklungen profitieren. Die Stadtverwaltung muss sich für solche Initiativen einsetzen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

### **3.2.6 Schaffung einer Stadtbaumeisterfunktion**

Die Planungs- und Baukultur muss in Köln besser werden. Deshalb will die FDP eine Stadtbaumeisterin oder einen Stadtbaumeister, welcher/r als „übergeordnete Instanz“ tätig wird. Formal soll diese Person direkt der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister unterstellt sein. Wer die Funktion innehat, muss den Gestaltungsbeirat der Stadt Köln führen, die Umsetzung des Masterplanes kontrollieren, die Rahmenbedingungen der Pflege unseres Stadtbildes definieren und die Einhaltung der Vorgaben bei großen Bauvorhaben kontrollieren.

### **3.2.7 Aufwertung des Gestaltungsbeirates**

Der Gestaltungsbeirat der Stadt Köln muss eine deutliche

Aufwertung erfahren. Er soll als „Anwalt der Preisgerichte“ Wettbewerbsergebnisse in ihrer Umsetzung begleiten. Es soll ein regelmäßiger Austausch des Gestaltungsbeirates mit der Stadtspitze stattfinden.

### 3.2.8 Digitale Informationen zur Stadtplanung

Die FDP Köln setzt sich für mehr Transparenz bei der Stadtplanung ein. Der Weg dahin sind einfache Zugänge zu Informationen im Internet, die aktuell gehalten sein müssen. Die Informationskampagne „Köln baut“ und das Projekt „Stadtplanung im Netz“ der Stadt Hamburg sowie die interaktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse können dabei als Vorbild dienen.

### 3.2.9 Bau eines neuen Stadtteils in Kreuzfeld

Westlich der S-Bahn-Haltestelle Blumenberg soll ein neuer Stadtteil „Kreuzfeld“ entstehen. Die Kölner FDP hat sich bereits vor mehr als 10 Jahren intensiv dafür eingesetzt. Wenn man die Planungen damals fortgesetzt hätte, hätten wir heute weniger Probleme auf dem Wohnungsmarkt. Mittlerweile scheinen endlich alle Parteien und die Stadtverwaltung von der Not-



wendigkeit dieses neuen Stadtteils überzeugt. Die Planungskonzepte stehen. Die Bauleitplanung soll schnell umgesetzt werden. Dies gilt genauso für den Deutzer Hafen und die Parkstadt Süd.

### 3.2.10 Neugestaltung des Ebertplatzes

Eine neue Gestaltung des Ebertplatzes ist ein Leitprojekt des Masterplans Köln. Fußgängerinnen und Fußgänger auf der Verbindung Eigelstein/Neusser Straße müssen aus der heruntergekommenen Passage ans Tageslicht gebracht werden. Einer Quartiersgarage gegen die Parkplatznot im Agnes- und im Eigelsteinviertel wäre dringend notwendig gewesen, aber leider gab es dafür bisher keine politische Mehrheit. Wir setzen uns auch für den derzeitigen Beteiligungsprozess zur weiteren Gestaltung ein und unterstützen bis zur Umsetzung die Zwischennutzung zur Belebung des Platzes.



### 3.2.11 Umgestaltung des Breslauer Platzes

Wenn die Oper fertig saniert und das Staatenhaus zur Musical-Halle umgebaut ist, muss das blaue Zelt am Breslauer Platz abgebaut werden. Dann kann endlich der Platz final gestaltet werden. An dieser Stelle wollen wir eine exponierte Architektur

und Nutzung. Der Busbahnhof muss in dieser zentralen Lage bleiben, auch für private Buslinien, und bei der Neugestaltung neu angelegt werden.

### 3.2.12 Köln in der Region vernetzen

Köln muss in Zukunft stärker über den Tellerrand blicken. Bei Fragen von Verkehr, neuen Siedlungen und Arbeitsplätzen durch neue Unternehmen muss Köln mit den Nachbargemeinden zusammenarbeiten. Dabei reicht es nicht, wenn sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister treffen. Die Zusammenarbeit muss auf Verwaltungsebene institutionalisiert werden. Wir brauchen auch ein parlamentarisches Gremium. Wir streben ein Landesgesetz für Köln und seine Nachbarn an, wie es sich im Großraum Aachen bewährt hat. Die Mobilität muss mit Kooperationen im ÖPNV ausgebaut werden.



### 3.3. Wirtschaft und Arbeit

Köln wächst. Damit steigen die Anforderungen von Kölnerinnen und Kölner an ein Umfeld, in dem sie sich entfalten können. Zuwanderer aus dem In- und Ausland wollen bei uns ankommen und Chancen nutzen. Unternehmerinnen und Unterneh-

mer schaffen Arbeitsplätze. Durch Arbeit werden Menschen in die Lage versetzt, ihre Möglichkeiten zu nutzen und Neues zu schaffen. Eine starke Wirtschaft ermöglicht Entwicklungspotenziale.

Köln braucht Rahmenbedingungen, die flexibel, dynamisch und unbürokratisch sind: eine zukunftsorientierte Politik, die Althergebrachtes hinterfragt und eine lokal präsente Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik anstrebt. Neues und Innovatives muss ohne Hürden umsetzbar werden. Industrie- und Gewerbeflächen sind die Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft in Köln, so wie bezahlbarer Wohnraum für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Köln muss seine wirtschaftliche Kraft und Strahlkraft in Kooperation mit den Nachbarstädten am Rhein und bis zu unseren europäischen Nachbarn stärken. Für Unternehmen, Selbstständige, Startups und Bildungseinrichtungen muss Köln die erste Adresse sein. Die hinzugewonnenen Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch langfristig in Köln unabhängig und frei entfalten können.

#### 3.3.1 Kölner Wirtschaft wieder auf die Beine helfen

Unser Land und damit auch Köln brauchen einen stabilen Wirtschaftsaufschwung. Die Stadt ist selbst finanziell stark betroffen und die Gewerbesteuer ist ihre wichtigste Einnahmequelle.



Es gilt: Nur Unternehmen mit Gewinnen zahlen Steuern und können Menschen bezahlen, welche wiederum ihrerseits durch das, was sie kaufen, Steuereinnahmen generieren. Darum muss die Stadt alles dafür tun, dass die Unternehmen in den nächsten fünf Jahren mehr Geld zur Verfügung haben, um wieder stabil wirtschaften zu können. Wir erwarten, dass mit dem so ausgelösten Wachstum etablierter und neuer Unternehmen auch die Steuereinnahmen mitwachsen.

### 3.3.2 Köln als Herz des Silicon Valley von NRW

Startups zeichnen sich durch innovative Tätigkeiten aus. Häufig wachsen sie schnell, schaffen Arbeitsplätze, ziehen junge Talente an und leisten dadurch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung einer Stadt. Köln als Hochschul- und Wissenschaftsstandort sowie die offene Kölner Kultur bieten dafür hervorragende Bedingungen. Gründungen können noch stärker gefördert werden. Köln fehlen ein Haus der Gründer, eine Vernetzung mit dem Mittelstand und Plattformen, die Startups, Spin-offs etc. zusammenbringen. Die Stadt Köln kann Rahmenbedingungen schaffen, indem sie zum Beispiel Labore für BioTech- Startups wie den „Biocampus“ oder das „RTZ“ weiter fördert und Haushaltsmittel bereitstellt.

### 3.3.3 KölnBusiness Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Wir bekennen uns ausdrücklich zur Köln Business Wirtschaftsförderungsgesellschaft (KBW). Seit Ihrer Gründung hat sie we-

sentliche Beiträge zur Sicherung und zum Ausbau des Wirtschaftsstandorts Köln geleistet. Die Finanzierung der KBW muss langfristig sichergestellt werden. Dabei sind europarechtliche Spielräume maximal auszunutzen und auskömmliche Haushaltsmittel bereitzustellen.

Startups sind die Wirtschaftskraft von morgen. Kleine und junge Unternehmen sind oft innovativ, haben aber besondere Anforderungen. Über 760 Startups sind Teil des aufstrebenden Kölner Startup-Ökosystems. Ein Großteil davon treibt die Innovationen in den Bereichen Software, Health sowie Medien und Marketing. Wir unterstützen ausdrücklich den weiteren Ausbau der „Startup Unit“ bei der KBW.



Köln ist Austragungsort von einer Vielzahl von Veranstaltungen, die für die Startup-Szene eine hohe Bedeutung haben. Auf diesen Events präsentieren Gründer ihre Geschäftsideen und knüpfen wichtige Kontakte zu Unternehmen sowie anderen Akteuren des Standorts. Wir setzen uns auch zukünftig für die Durchführung von Veranstaltungen der Startup- und KI-Szene ein.

### 3.3.4 Ein international attraktiver Standort für Investoren und Unternehmen

Die Globalisierung geht auch an Köln nicht vorbei. Internationale Unternehmerinnen und Unternehmer, Investorinnen und Investoren schauen sich Köln genau an und prüfen ihre Möglichkeiten. Eine internationale Kontaktstelle für Unternehmen und ein aktives Management für Auslandsentsendungen (Expatriate-Management-System) müssen eingerichtet werden, damit Köln als attraktiver Standort erkennbar ist und Unternehmen und ihre Expatriates schnell in Köln Fuß fassen können. Flächen müssen dafür ausgewiesen und international transparent gemacht werden.

Köln muss seine Steuerpolitik immer mit den Nachbarstädten vergleichen. Infrastruktur auszubauen, transparent zu machen und zu bewerben, ist nicht nur für internationale Unternehmen wichtig. Das stärkt auch die schon bestehende Wirtschaft. Grundlage dafür ist eine Verwaltung, die international ausgerichtet ist sowie zügig und effizient arbeitet und die sich ein Beispiel an Estland nimmt. Dazu gehören ein aktives internationales Marketing und ein professioneller Internet-Auftritt auf Englisch und in weiteren Sprachen.

### 3.3.5 Köln braucht eine unternehmens- und kundenorientierte Verwaltung

Die Verwaltung muss Unternehmen als Kunden verstehen. Ein Anliegen muss bearbeitet und ggf. intern weitergereicht

statt zurückgewiesen werden (One-Stop-Shop). Dafür muss zunächst Transparenz über die Ansprechpartnerinnen und -partner bestehen. In einer digitalisierten Welt muss man online den Status eines Antrages einsehen können. Wir wollen in Köln Verwaltungsleistungen über das Internet (E-Government) schnell weiter ausbauen. Dazu gehören Online-Anträge, Online-Verfahren und Apps. Die FDP Köln erwartet von der Verwaltung vor allem Datensicherheit, Datenschutz und schnelle und rechtssichere Entscheidungen. Die Ämter brauchen einen Service-Point für englischsprachige Anträge, damit die Hürden für Gründungen von nicht-deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürgern fallen.

### 3.3.6 Bekenntnis zu Köln als Industriestandort

Auch wenn der Dienstleistungsbereich für Köln immer wichtiger wird, ist die industrielle Basis doch unverzichtbar für die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die FDP bekennt sich zu Köln als Industriestandort und will die Industriegebiete der Stadt erhalten und noch besser nutzen. Die FDP bekennt sich zum Branchenforum Industrie.

Köln braucht mehr Industrie- und Gewerbeflächen. Wenn



Flächen in diesen Gebieten frei werden, soll sich nicht nur der Eigentümer, sondern auch die Wirtschaftsförderung der Stadt um die Ansiedlung von innovativen Unternehmen kümmern. Wir wollen Köln zum innovativsten Industriestandort in Europa machen und hierzu beste Investitionsbedingungen schaffen. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der breit aufgestellten industriellen Wertschöpfungsketten und der wirtschaftlichen Innovationsnetzwerke stärken. Dabei sollen die Unternehmen dazu angehalten werden, die Flächen in den Industriegebieten durch höhere Bebauung intensiver zu nutzen. Für den Erhalt der Industriegebiete ist es wichtig, dass kein Wohnungsbau und keine soziale Infrastruktur in den Gebieten der vorgeschriebenen Abstandsflächen zugelassen werden.

### **3.3.7 KMU in Köln spezifisch unterstützen**

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Diese sind von zunehmenden Auflagen zeitlich und finanziell überlastet, insbesondere weil immer weniger delegiert werden kann: Aufgaben werden von den Behörden als Leitungssache definiert oder die richtigen Fachleute fehlen. Auflagen dürfen zukünftig nur nach einer „Kostenfolgeabschätzung“ mit besonderer Berücksichtigung von Unternehmensmerkmalen wie der Unternehmensgröße erlassen werden. Radwege- und Straßenkonzepte müssen die Ver- und Entsorgung, zum Beispiel Parken und Anlieferung im Gewerbe viel besser berücksichtigen.

### **3.3.8 Förderung von (mittelständischen) Innovationsclustern**

Mittelständische Unternehmen müssen fit werden für die digitale Zukunft und sich verändernde Märkte. Innovative Ideen entstehen jedoch nicht unbedingt im Rahmen traditioneller Geschäftsabläufe, sondern zum Beispiel im Umfeld der Startup-Szene. Durch Vernetzung beider Seiten können neue, zukunftsorientierte Geschäftsmodelle entstehen. Dies möchten wir im Rahmen von Innovationsclustern fördern. Ihre Initiierung sehen wir als wichtige Aufgabe für die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH.

### **3.3.9 Handwerksbetriebe unterstützen**

Das Handwerk gehört zu den Grundpfeilern einer funktionierenden Stadt. Es bietet wichtige und zukunftssichere Arbeitsplätze. Das Handwerk hat aber mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen, für die die Unterstützung der Stadt gebraucht wird. Gewerbeflächen für Handwerksbetriebe sind derzeit nicht ausreichend vorhanden. Das muss in allen Stadtbezirken bei der Stadtplanung berücksichtigt werden. Es müssen Handwerkerhöfe errichtet werden, um dem Handwerk auch im urbanen Umfeld einen Raum zu geben. So können kleine Betriebe Synergien schaffen und das Handwerk wird für die städtische Bevölkerung sichtbar und erlebbar. Ebenso muss für Handwerker die Möglichkeit erhalten bleiben, ihre Einsatzorte im Stadtgebiet auch mit Werkstatt- oder Lieferwagen jederzeit erreichen



zu können. Alle Gewerbegebiete müssen an schnelles Internet angeschlossen werden, damit die Betriebe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können

### **3.3.10 Nachwuchs im Handwerk fördern**

Viele Handwerksbetriebe suchen händeringend nach Personal. Dieses Problem muss auf verschiedenen Ebenen angegangen werden. Handwerksberufe müssen in unserer Gesellschaft mehr Wertschätzung erfahren, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung anstelle eines Studiums zu interessieren. Jugendliche



ohne Schulabschluss müssen nachqualifiziert werden. Das Handwerk hat auch mit zu hohen Auflagen zu kämpfen. Diese behindern z.B. die Integration von Geflüchteten oder Menschen mit besonderem Bedarf, die Ausbildungsplätze besetzen könnten. Eine spezifische Frauenförderung

kann das Handwerk diverser machen und Perspektiven schaffen. Fort- und Weiterbildung für das Handwerk müssen in die kommunale Förderung aufgenommen werden – beispielsweise durch eine würdevolle Gebäude-Ausstattung der Berufsschule Porz als „Hochschule Handwerk“ oder durch die Unterstützung

von Schulwerkstätten. In der handwerklichen Ausbildung, Fort- und Weiterbildung muss die digitale Kompetenz deutlich intensiviert werden. Förder- und Beratungsprogramme müssen den Handwerksbetrieben viel einfacher zugänglich gemacht werden. Tempo und Qualität müssen bei Verfahren der Behörden verbessert werden.

### **3.3.11 Ein Azubi-Wohnheim bauen**

Zahlreiche Unternehmen spüren den Fachkräftemangel. Auch die Kölnerinnen und Kölner leiden hierunter, wenn sie z.B. wochen- oder gar monatelang auf Handwerker warten müssen. Eine berufliche Ausbildung ist das beste Mittel gegen den Fachkräftemangel. Viele Auszubildende können sich eine Ausbildung in Köln nicht leisten, da die Ausbildungsvergütung nicht für Miete und Leben reicht – wenn für sie überhaupt Wohnraum zu finden ist. Studierende erhalten BAföG, das höher sein kann als eine Ausbildungsvergütung, und können auf Studierendenwohnheime zurückgreifen. Auch Auszubildende brauchen kostengünstigen Wohnraum, damit für diese eine Ausbildung in Köln attraktiv ist. Wir fordern ein Azubi-Wohnheim, um auch den Ausbildungsberufen Respekt entgegenzubringen und eine diverse Arbeitsmarktpolitik zu fördern.

### **3.3.12 Lokale Vielfalt im Handel erhalten**

Neben dem Handwerk war der Handel schon immer die tragende Säule des urbanen Lebens in Köln. Wie wichtig ein le-

bendiger stationärer Handel ist, hat uns die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt. Die Stadt mit ihren Veedeln muss auch langfristig ein überregionales Handelszentrum bleiben. Der Online-Handel nutzt den öffentlichen Raum und zahlt da-



für wenig an die Stadt. So hat er einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem stationären Handel, der einer umfangreichen Genehmigungspflicht unterliegt und die damit verbundenen Kosten trägt. Der stationäre Handel darf keine Nachteile durch gesetzliche, infrastrukturelle oder steuerliche Barrieren haben. Wir wollen stabile Rahmenbedingungen schaffen, die dem Wandel des Handels Rechnung tragen. Politik und Verwaltung müssen den Einzelhandel unterstützen und entlasten, statt immer mehr Auflagen und Restriktionen zu erlassen. Köln soll als „Modellstadt Einkauf“ fungieren, in der der Handel sonntags geöffnet haben darf. Politik und Verwaltung müssen alles daransetzen, dass die Aufenthaltsqualität verbessert wird und der Urbanität der Stadt und der nachhaltigen Lebensqualität ihrer Veedel Rechnung trägt. Die Hohe Straße steht beispielhaft für die abnehmende Aufenthaltsqualität. Hier unterstützen wir einen Gestaltungswettbewerb für verbesserte Aufenthaltsqualität und experimentelle Räume. Gebühren,

ordnungsrechtliche Kontrollen und Vorgaben müssen maßvoll angewendet werden, Planungs- und Genehmigungsprozesse müssen schneller werden. Weiter fordert die Kölner FDP:

1. Durchführung von mehr verkaufsoffenen Sonntagen.  
2. Regelmäßige und schnellere Aktualisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, um auf Marktveränderungen reagieren zu können.  
3. Ausreichend kostenfreie Kurzzeitparkzonen („Brötchentaste“).  
4. Erhöhung der Aufenthaltsqualität im urbanen Raum durch die konsequente Umsetzung des Gestaltungshandbuchs.  
5. Gewerbesteuersatz-Festschreibungen auf fünf Jahre, um Neuansiedlungen von externen Händlern und Handwerkern für Köln zu generieren.  
6. Einführung einer Veedels-Plattform, um die Geschäftsmodelle der Händler, Gastronomen und Dienstleister zu digitalisieren und die lokale Kundenbindung zu stärken, z.B. durch lokale Treueprogramme.  
7. Mehr Reinigung und mehr Kontrollen für mehr Sauberkeit.  
8. Wirtschaftsparkplätze für Handwerker, Dienstleister oder Pflegedienste.

1. Durchführung von mehr verkaufsoffenen Sonntagen.
2. Regelmäßige und schnellere Aktualisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, um auf Marktveränderungen reagieren zu können.
3. Ausreichend kostenfreie Kurzzeitparkzonen („Brötchentaste“).
4. Erhöhung der Aufenthaltsqualität im urbanen Raum durch die konsequente Umsetzung des Gestaltungshandbuchs.
5. Gewerbesteuersatz-Festschreibungen auf fünf Jahre, um Neuansiedlungen von externen Händlern und Handwerkern für Köln zu generieren.
6. Einführung einer Veedels-Plattform, um die Geschäftsmodelle der Händler, Gastronomen und Dienstleister zu digitalisieren und die lokale Kundenbindung zu stärken, z.B. durch lokale Treueprogramme.
7. Mehr Reinigung und mehr Kontrollen für mehr Sauberkeit.
8. Wirtschaftsparkplätze für Handwerker, Dienstleister oder Pflegedienste.

### 3.3.13 Hotel- und Gastronomiebranche durch Tourismus stärken, Bettensteuer abschaffen

Der Städtetourismus und mit ihm die Hotel- und Gastronomiebranche in Köln haben unter der Corona-Pandemie sehr gelitten. Viele Existenzen und Arbeitsplätze sind gefährdet oder gar schon verloren. Wann, wenn nicht jetzt gehört die Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen (sogenannte „Bettensteuer“) abgeschafft? Sie erhöht die Hotelbettenpreise und macht den Städtetourismus und Geschäftsreisen unattraktiver, statt ihn zu fördern.

### 3.3.14 Weniger Bürokratie für die Gastronomie

Gastronomie sorgt für eine gute und attraktive Stadtatmosphäre. Sie leistet mit ihren vielfältigen Angeboten einen wert-



vollen Beitrag zum positiven Lebensgefühl in Köln. Zusätzlich steigert sie das Sicherheitsgefühl der Menschen durch die Belebung des städtischen Raumes. Durch die Corona-Pandemie sind viele Betriebe in ihrer Existenz bedroht worden oder mussten schließen. Wir wollen es den

Wirten erleichtern, Außengastronomie für die Gäste anzubieten. Dabei wollen wir sie von überflüssiger Bürokratie befreien,

indem wir zum Beispiel verstärkt zu mehrjährigen, gebührenfreien Genehmigungen von Außengastronomie übergehen. Die regelmäßigen Anlieferungen müssen durch konsequentes Abschleppen in den Ladezonen unterstützt werden.

### 3.3.15 Abschaffung der stillen Feiertage

In der Vergangenheit sind schon Messen aus Köln weggegangen, weil hier an stillen Feiertagen keine Messen bzw. messe-nahe Veranstaltungen stattfinden dürfen. Das wollen wir nicht hinnehmen. Die FDP Köln setzt sich beim Land dafür ein, die stillen Feiertage abzuschaffen. Entsprechend ist die Bezirksregierung Köln zu ermutigen, etwaig bestehende Ermessensspielräume bei der Gewährung von Veranstaltungsgenehmigungen zu stillen Feiertagen zu deren Gunsten auszunutzen.

### 3.3.16 Logistikangebote für Gewerbe und Industrie innovativ organisieren

Der E-Commerce wächst und dadurch steigt der Bedarf an Logistikdienstleistungen. Das bringt erhebliche Herausforderungen für den städtischen Verkehr, aber auch für große Unternehmen mit sich. Wir wollen die Logistikangebote für Gewerbe und Industrie innovativ und stadtverträglich organisieren. Dabei muss die gesamte Infrastruktur von Köln berücksichtigt werden, also die Straßen, der Rhein, der Flughafen, die Bahn etc. Fahrräder mit großen Lieferboxen sollen in Teilen der Innenstadt die Funktion der Lieferwagen übernehmen.



### 3.3.17 Aktive Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Köln ist eine Medienstadt und eine Hochburg der Kultur- und Kreativwirtschaft. Köln zieht die entsprechenden Köpfe an und diese haben schon viele gute Konzepte wie c/o Pop, Gamescom, ArtCologne, Comicon usw.



verwirklicht. Die Vermarktung davon muss durch KölnTourismus international fokussiert werden. Die zahlreichen Festivals müssen mehr unterstützt, innovative Konzepte gefördert und dadurch auch eine Kultur- und Kreativlandschaft in den Veedeln ermöglicht werden.

Dafür braucht es eine Offenheit der Verwaltung für z.B. Kunstinstallationen und Festivals an ungewöhnlichen Orten. Kreativität und Innovation entstehen durch Kollaboration. Eine Vernetzung der Kreativschaffenden soll durch die Stadt Köln aktiv durch mehr Beratung gefördert werden.

### 3.3.18 Vielfältige Sharing Economy Angebote ermöglichen

Köln platzt aus allen Nähten und steht als wachsende Stadt vor Mobilitäts-, Wohn- und Parkproblemen. Deshalb überprüfen immer mehr Menschen, wie viel Fläche sie eigentlich brauchen. Teilen (Sharing) spart Ressourcen und ermöglicht individuell und gesellschaftlich vielfältige Möglichkeiten. Die Sha-

ring Economy ermöglicht neue Geschäftsmodelle. Die Stadt soll diese Entwicklung fördern, wo dies das Zusammenleben der Menschen verbessert. Dazu gehören die Förderung von Parkplätzen für das Carsharing und die Berücksichtigung von Wohngemeinschaften und Kurzzeitwohnen bei der Vergabe von Bauland. Auch die städtischen Unternehmen müssen hier tätig werden. Die KVB zum Beispiel soll für ihre Abonnenten besondere Vorteile bei der Nutzung anderer Verkehrsmittel im Sharing-Bereich anbieten und so die Vernetzung der Verkehrsträger fördern.

### 3.3.19 Quartiers-Management für Gewerbeimmobilien

In Köln stehen zunehmend ältere Gewerbeimmobilien leer. Das ist schlecht für die Wirtschaft, die Steuereinnahmen und das Image der Stadt. Flächen- und Leerstandsmanagement muss kompetent organisiert werden. Das schafft dann mit einem organisierten und transparenten Mietpreis-Check die erforderliche Markttransparenz. Das unterstützt Mieter und Hauseigentümer und soll die Vermietungsquote bei Einzelhandel und Gastronomie zumindest erhalten. Wir wollen kompetente Ansprechpartner für Immobilien-Standortgesellschaften und eine Moderatorenstelle Mietpreis-Check etablieren.

### 3.3.20 Märkte in Köln sichern

Märkte an der frischen Luft sind ein wichtiger Teil der Vielfalt unserer Lebensmittelversorgung. Ob dieses Angebot erhalten

bleibt, hängt vor allem an den Menschen, die es nutzen. Wir wollen es den Anbietern im Umgang mit der Stadt aber so leicht wie möglich machen. Zur Versorgung der Märkte trägt der Großmarkt bei, der der Stadt gehört. Der Erhalt ist eine Möglichkeit für die Stärkung regionaler Produkte vor dem Hintergrund einer nachhaltigeren Ernährungsweise. Ein neuer Standort muss bezugsfertig sein, bevor bestehende Strukturen irreparabel zerstört sind. Die Kündigung der Händlermietverträge zum 30.09.2025 durch Beschluss des Ratsbündnisses halten wir in diesem Zusammenhang für einen groben Fehler. Die FDP setzt sich für die Aussetzung/



Rücknahme der Kündigungen und für eine Verlängerung dieser bis 2030 ein, um Zeit für eine Konzeption von Alternativen zum Erhalt des Großmarktes an einem neuen Standort zu gewinnen. Insbesondere soll die Ansiedlung in Volkhoven/Weiler an der Autobahn weiterhin in Betracht kommen.

### **3.3.21 Köln soll ein zentraler europäischer Raumfahrtstandort werden**

Köln ist Raumfahrtstadt. Hier arbeiten das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR), die European Space Agency (ESA) und das Institut für Luftrecht, Weltraumrecht und Cyberrecht

an der Universität. Wir wollen, dass die Stadt gezielt im Bereich der Nutzung des Weltalls die Ansiedlung weiterer Institutionen vorantreibt. Köln soll zu einem zentralen Standort für europäische Raumfahrtforschung und -nutzung werden. Ziel ist, in diesem Bereich weitere Geschäftsmodelle wie z. B. satellitengestützte Überwachung von Luftschadstoffen und Klimagasen zu entwickeln und Köln als zentralen Standort für Weltraum-Expertise zu positionieren. Marketing, Fördergelder, wissenschaftliche Konferenzen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen etc. können den Standort stärken und dadurch noch mehr internationale Forscherinnen und Forscher anziehen. Köln als Stadt der Raumfahrt wäre eine zusätzliche, zukunftsweisende Markenbotschaft, die genutzt werden kann, um Menschen in Schulen und Universitäten zu begeistern. Am Tag der Luft- und Raumfahrt sind noch öffentlichkeitswirksamere Veranstaltungen durchzuführen.



### **3.3.22 Forschungsergebnisse in die Wirtschaft transferieren**

Köln und das Rheinland sind ein führender Forschungsstandort in Deutschland. Eine Reihe von Hochschulen und staatlichen

Forschungsinstituten leistet hier hervorragende Arbeit. Leider funktioniert der Transfer der Forschungsergebnisse in die praktische Anwendung oft nicht so gut. Dadurch gehen uns in Deutschland zukunftssträchtige Wirtschaftsfelder und Arbeitsplätze verloren. Der Austausch zwischen Hochschulen und Unternehmen muss über den „Forschungsdialog Rheinland“ hinaus gestärkt und der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft optimiert werden. Wir möchten uns an den Aktivitäten von UnternehmerTUM, der Wissenschaftstransfer-Initiative in München, orientieren und diese in Köln umsetzen. Das Wegbrechen industrieller Forschung muss verhindert werden, indem die Vorteile kurzer Wege deutlich gemacht werden. Der vorhandene Forschungsatlas Rheinland muss Teil des Standortmarketings werden.

### **3.3.23 Mehr Menschen in Arbeit bringen**

Attraktive neue Arbeitsplätze in Köln sind eine Voraussetzung für einen größeren finanziellen Spielraum für Sozialpolitik, um den Kölnerinnen und Kölnern zu helfen, die dies nicht aus eigener Kraft vermögen. Geeignete Rahmenbedingungen sind unsere soziale Verantwortung. Die Kölner Liberalen stehen für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Nachhaltigkeitseffekt. Wir wollen nicht nur Dienstleistungsfirmen aus dem Niedriglohnsektor, sondern innovative Firmen, die attraktive Arbeitsplätze schaffen. Trotz guter Wirtschaftsleistung ist in Köln etwa die Hälfte der arbeitslosen Menschen ein Jahr oder länger ohne Arbeit. In

Verantwortung für diese Menschen fordert die Kölner FDP, die Anstrengungen zu erhöhen, damit die Betroffenen, auch mit Handicaps, Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt finden.

### **3.3.24 Jeder und Jedem den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen**

Arbeitsmarktpolitik muss grundsätzlich auf den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Für Personen mit vielfachen Vermittlungshemmnissen und Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, muss es auch kommunale Förderprogramme geben. Mehr und bessere Beratungsstellen für Unternehmen

sind notwendig in Bezug auf Förderungen und Auflagen. Aufklärungskampagnen zu Möglichkeiten und Chancen von Diversität und Inklusion in Unternehmen können Akzeptanz (auch bei anderen Mitarbeitenden in Unternehmen) schaffen. Die Stadt Köln muss

in ihrer Verwaltung und in ihren Unternehmen „mit gutem Beispiel vorangehen“. Sie muss dort alle Möglichkeiten ausschöpfen, Diversität zu nutzen, Inklusion zu fördern und Menschen zu integrieren. Wenn sie darüber kontinuierlich informiert, kann die Stadt Köln zu einem attraktiven Arbeitgeber werden. Runde Tische zwischen Verwaltung, Sozialpartnern und Unternehmen





zur Klärung von Bedarf und Nachfrage und zur Erarbeitung von Maßnahmen sind regelmäßig notwendig. Inklusion und die Förderung von Diversität ist keine Einbahnstraße. Es ist eine Chance und kann eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten sein, wenn die Rahmenbedingungen gelingen und die Bedürfnisse aller beteiligten Akteure berücksichtigt werden.

### **3.3.25 Seniorinnen und Senioren als aktiven Teil des Wirtschaftsgeschehens begreifen**

Viele Seniorinnen und Senioren wollen oder müssen auch nach dem Renteneintritt noch arbeiten. Seniorinnen und Senioren



sollte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens Partizipation ermöglicht werden. Sie haben einen reichen Schatz an Erfahrungen und Wissen und sind häufig motiviert, dieses Wissen auch weiterzugeben. Konzepte, die „Alt hilft Jung und Jung hilft Alt“ als Kerninhalt haben, können

eine Diversität in der Gesellschaft, eine Akzeptanz der Generationen und eine Integration unterschiedlicher Mitglieder der Gesellschaft fördern. Informationsbörsen und Kampagnen, welche Möglichkeiten bestehen, sich in den Arbeitsmarkt einzubringen, sowohl für Unternehmen als auch für Seniorinnen und Senioren,

sollen Handlungsräume schaffen und ungenutztes Potenzial nutzbar machen. Die Stadt Köln soll in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt „Arbeiten im Alter“ einrichten, um es interessierten Personen leicht zu machen, an Informationen zu kommen.

### **3.3.26 Ein gezieltes und professionelles Stadtmarketing / Olympia 2040**

Wir brauchen ein Stadtmarketing, das gezielt, adressatengerecht und mit mehr Budget für die Stadt Köln wirbt. Anstatt Marketing mit der Gießkanne braucht Köln ein zielgerichtetes Marketing. Marketing muss dabei gezielt auf Wissenschaft, Kultur, Freizeit und Wirtschaft abzielen. Das Stadtmarketing ist dabei professionell aufzustellen und mit den notwendigen Ressourcen auszustatten. Ein attraktiver Standort kann einen Magneten für Unternehmen und Talente darstellen. Neben einem gezielten Kulturmarketing sollte auch ein Sportmarketing, welches auch innovative Sportarten umfasst, vorangetrieben werden. Hierzu fordern wir eine stadteigene Gesellschaft zur Anwerbung von Sportveranstaltungen. Wir unterstützen zudem die Ausrichtung der olympischen Sommerspiele 2040 in Deutschland und wünschen uns Köln als einen der Austragungsorte.

Neben der Sichtbarkeit der Stadt, die über den Karneval hinausgeht, braucht Köln ein Marketing, das den guten Ruf der Stadt so darstellt, wie Köln es verdient hat.

## 4. Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung



**Die Essenz der Freiheit liegt in einem selbstbestimmten Leben, und Köln präsentiert sich als ideale Bühne für diese Freiheit – von der lebendigen Veedelskultur bis zum pulsierenden Großstadtleben. Wir setzen uns dafür ein, dass Köln mit erstklassigen öffentlichen und individuellen Mobilitätslösungen zu einer Stadt wird, die generationsübergreifend frei von Angst und Barrieren ist.**

**Wir streben danach, Köln als sichere, saubere und einladende Stadt zu gestalten, die durch eine dynamische und vielfältige Kulturlandschaft sowie exzellente Freizeit- und Sportangebote besticht. Denn mehr Freiraum in einer Stadt bedeutet eine höhere Lebensqualität für alle ihre Bewohner!**

### 4.1. Mobilität

Mobilität ist Freiheit. Die Wahl des Verkehrsmittels, um von A nach B zu kommen, ist eine individuelle Entscheidung – abhängig von Ziel, Tageszeit, Jahreszeit und Wetterbedingungen. Als Liberale wollen wir Entscheidungsfreiheit und lehnen Bevormundung ab. Politische Maßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, diese Freiheit nicht nur zu bewahren, sondern aktiv zu erweitern.

In Köln ist das vollständige Mobilitätsangebot noch nicht in allen Stadtteilen verfügbar. Zwar ist es überall möglich, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto unterwegs zu sein; das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln sowie an Car- und Bike-Sharing ist jedoch ausbaufähig.

Unser Ziel ist es, die individuelle Mobilität so zu gestalten, dass sie dem sozialen Zusammenleben und der Lebensqualität dient, ohne dabei das Klima zu belasten. Daher begrüßen wir Investitionen zum Ausbau von Angeboten, die den Menschen

**Die Stadt der selbstbestimmten,  
freien Entfaltung**

die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel erleichtern. Eine Politik, die den individuellen motorisierten Verkehr behindern oder gar beseitigen will, ohne praktikable Alternativen anzubieten, lehnen wir ab.

Ein umfassendes Mobilitätskonzept für Köln soll Lösungen schaffen, die alle Verkehrsarten intelligent vernetzen und so zu einer



effizienteren Nutzung führen. Dabei setzen wir auf die Förderung von Park-and-Ride-Systemen und eine verbesserte Taktung von Stadtbahnen und Bussen in Spitzenzeiten, um den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren und die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Wir streben einen

Ausbau von Car- und Bike-Sharing an, auch in Kombination mit dem öffentlichen Nahverkehr.

#### **4.1.1 Mehr Mobilstationen**

Köln braucht mehr Mobilstationen, an denen man die Verkehrsmittel wechseln kann. Dafür müssen Fahrräder, E-Scooter und Lastenräder zum Ausleihen zur Verfügung stehen, außerdem Ladesäulen und ein Car-Sharing-Angebot. Es muss auch Abstellmöglichkeiten für private Fahrräder geben. Solche Mobil-

stationen sollen an allen Stadtbahnhaltestellen und an weiteren Knotenpunkten gebaut werden.

#### **4.1.1.1 Mehr Geld für die Infrastruktur**

Die Infrastruktur – Straßen, Brücken, Tunnel, Rad- und Gehwege – muss gepflegt werden. Jeder weiß: Je später die Schäden behoben werden, desto teurer wird es. Wir wollen die konsequente Instandhaltung und Instandsetzung mit einem ausreichenden Budget im jährlichen Haushalt. Das Baustellenmanagement der Stadt muss so verbessert werden, dass nicht auf mehreren parallel führenden Straßen der Verkehr gleichzeitig eingeschränkt wird. Damit diese Maßnahmen auch schneller umgesetzt werden können, braucht die Stadt mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den zuständigen Ämtern, insbesondere für das Planen und für das Bauen.

#### **4.1.1.2 Smarter Verkehr**

Egal ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto – für viele sind die Kölner Ampelschaltungen ein dauerndes Ärgernis. Wir wollen den beschleunigten Austausch alter gegen moderne Ampelanlagen mit Anschluss an den Verkehrsrechner, damit verkehrs-, umwelt- und tageszeitabhängige Schaltungen überall in der Stadt möglich werden. Das Ziel ist die “Grüne Welle” für alle.

Smarte Verkehrssteuerung senkt nicht nur den Abgasausstoß, sondern beschleunigt auch den Verkehr und bedeutet für alle

**Die Stadt der selbstbestimmten,  
freien Entfaltung**

**Freie  
Demokraten**  
**FDP Köln**



einen Gewinn an Zeit und Lebensqualität. Dies betrifft nicht nur die Steuerung des Individualverkehrs (zum Beispiel Ampelschaltungen), sondern auch des ÖPNV. Auslastung, Bedarf und Kundenwünsche sind umfassend zu evaluieren und für passgenaue, stärker flexibilisierte Angebote zu nutzen.

Wir wollen in intelligente Verkehrstechnik und ein Verkehrsmanagementsystem investieren, um Autofahrerinnen und Autofahrern die Daten über Navigationssysteme, das Internet und entsprechende Apps zur Verfügung zu stellen.

#### **4.1.1.3 Mehr Pilotprojekte für Shared Space**

Zu viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Straßenverkehr fühlen sich in ihrem Verkehrsraum unsicher, durch andere unnötig gefährdet oder benachteiligt. Wir wollen, dass dort, wo es wenig Verkehr gibt, „Shared Space“-Pilotprojekte gestartet werden. Die gemeinsame Nutzung des Straßenraums ohne Ampeln und Verkehrsschilder führt zu wechselseitiger Rücksichtnahme und wertet diesen Raum auf, indem alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gleichberechtigt sind.

#### **4.1.1.4 Alternativen für den Individualverkehr und den Lieferverkehr**

Wo PKW im Stau stehen und Bahnen überfüllt sind, müssen Alternativen gefördert werden. Wir wollen, dass Car- und Bike-Sharing-Angebote ausgebaut und durch Sharing von Lasten-

fahrrädern und E-Rollern in äußeren Stadtteilen ergänzt werden. Digitale Plattformen sollen den ÖPNV mit allen alternativen Angeboten vernetzen. Für Lieferdienste sollen gemeinsame Endverteiler mit großen Lieferfahrrädern oder Elektromobilen dazu beitragen, die Zahl der klimabelastenden Lieferfahrzeuge deutlich zu reduzieren.

#### **4.1.2 Bahnen und Busse als Grundlage für ein mobiles Köln**

Bus und Bahn stellen eine wichtige Säule der städtischen Verkehrspolitik dar. Für jüngere und ältere Menschen sind sie ein wichtiges Transportmittel und deswegen auch Herzensangelegenheiten einer liberalen Verkehrspolitik. Aber auch für die vielen Pendlerinnen und Pendler kann der öffentliche Nahverkehr nur dann eine Alternative sein, wenn Pünktlichkeit und Taktung die Benutzung garantieren. Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, muss das Angebot verbessert werden. Wir wollen, dass die Bahnen in der Innenstadt durch neue U-Bahn-Strecken schneller und zuverlässiger fahren und die Straßen und Plätze neu gestaltet werden können. In den Außenbezirken müssen Stadtbahnstrecken verlängert werden.



#### **4.1.2.1 Mehr Platz in der Linie 1**

Die gesamte Ost-West-Achse mit der Linie 1 ist überlastet. Überfüllte Züge können keine zusätzlichen Fahrgäste mehr aufnehmen. Wir wollen, dass auf der gesamten Strecke in Zukunft Langzüge (90-Meter-Bahnen) eingesetzt werden, um die Kapazitäten um 50% zu erhöhen. Dafür müssen so schnell wie möglich alle kurzen Bahnsteige verlängert werden.

#### **4.1.2.2 U-Bahn-Tunnel von der Deutzer Brücke bis Melaten und in Lindenthal**

Mit Blick auf die kommenden Generationen braucht Köln als wachsende Stadt ein modernes U-Bahn-System. Wir wollen einen Stadtbahntunnel zwischen Heumarkt und Melaten und die Verlängerung der U-Bahn bis Lindenthal. Die Linie 7 soll bis zum Militärring unter der Dürener Straße geführt werden. Unterirdische Haltestellen in Höhe des Krankenhauses Hohenlind, am Gürtel, der Kloster- und Herbert-Lewin-Straße sollen das Bezirkszentrum erschließen.

#### **4.1.2.3 Die Linie 2 als Lösung für den Kölner Westen**

Die Express-Busspur als Entlastung der Ost-West-Achse ist gescheitert. Wir wollen stattdessen die vorübergehende Entlastung durch die Schaffung einer Linie 2 von Weiden-West bis zum Rudolphplatz oder sogar Neumarkt. Hierfür ist nur der Bau einer Wendeanlage auf der Hahnenstraße oder die Optimierung der Gleisanlagen am Neumarkt erforderlich. Damit könnten die Kapazitäten auf der Linie 1 rasch verdoppelt werden.

#### **4.1.2.4 Bau neuer Stadtbahnstrecken**

Wir wollen den Bau neuer Stadtbahnstrecken:

1. Tieferlegung der Linie 18 an der Kreuzung Luxemburger Straße/ Militärring.
2. Bau einer neuen Stadtbahnstrecke von Mülheim über Stammheim nach Flittard und weiter nach Leverkusen, mit Anbindung des neuen Veedels Mülheim-Süd.
3. Rasche Fertigstellung der U-Bahn am Waidmarkt und Verlängerung über die Bonner Straße bis nach Rondorf und Meschenich-Süd.
4. Verlängerung der Linie 7 über Zündorf-Süd nach Langel mit Anschluss an die künftige Stadtbahnlinie 17 über Niederkassel nach Bonn und Bau der entsprechenden Rheinbrücke zwischen Sürth und Langel.
5. Bau einer Stadtbahnstrecke nach Neubrück.
6. Verlängerung der Linie 13 über den südlichen Gürtel bis zum Rhein mit Umsteigepunkten zu den Linien 12 und 16 sowie der künftigen Linie 5.
7. Verlängerung der Linie 4 über Bocklemünd hinaus nach Widdersdorf und weiter nach Niederaußem.
8. Verlängerung der U-Bahn von der Haltestelle Severinstraße unter dem Barbarossaplatz hindurch bis zum Grüngürtel und vom Zülpicher Platz bis zum Salierring.

9. Verlängerung der Linie 5 nach Pesch, Auweiler und Esch.
10. Verlängerung der Linie 12 nach Rheinkassel und Langel.
11. Rechtsrheinische Gürtelverlängerung ab Bahnhof Mülheim über die Frankfurter Straße bis Ostheim bzw. bis zum S-Bahn-Haltepunkt „Frankfurter Straße“.

Auch jenseits der Stadtgrenzen müssen die Angebote für Pendler im VRS und darüber hinaus verbessert werden. Busse und Bahnen in der gesamten Metropolregion müssen häufiger fahren. Das S-Bahn-Netz der Deutschen Bahn rund um Köln muss schneller erweitert werden.

#### 4.1.2.5 Autonome U-Bahn für Köln

Köln soll eine neue U-Bahn-Strecke bauen, die auf einer eigenen Strecke verkehrt und deshalb fahrerlos betrieben werden kann. Damit können die bisherigen, überfüllten Bahnen entlastet werden, außerdem wird der Personalmangel der KVB berücksichtigt. Eine Machbarkeitsstudie soll herausfinden, auf welcher Strecke der größte Bedarf und die beste Möglichkeit besteht.

#### 4.1.2.6 KVB by Night

Köln ist eine Stadt, die niemals schläft. Von Sonntag bis Donnerstag fehlt in unserer Millionenstadt ein Nachtbus-System. Für mehr Mobilität und Vielfalt fordern wir ein intelligentes Nachtkonzept, welches allen – von Berufstätigen bis hin zum Partypublikum – auch nachts einen sicheren Transport ermöglicht.

#### 4.1.2.7 Attraktivere Fahrzeiten und Fahrzeuge

Wo ein weiterer Ausbau von Stadtbahnlinien nicht oder nicht schnell genug möglich ist, muss das Busnetz erweitert werden. Dies gilt auch für die äußeren Stadtteile. In den Tagesrandzeiten, nachts, am Wochenende und in den Außenbezirken muss der Taktverkehr verdichtet werden. Auf allen Stadt- und S-Bahn-Strecken, auf denen es technisch möglich ist, soll im Berufsverkehr ein 5-Minuten-Takt eingeführt werden. Im Übrigen sollen die Bahnen und Busse tagsüber mindestens im 10-Minuten-Takt fahren. Alle Bahnen und Busse sollen mit Klimaanlage ausgestattet werden.

#### 4.1.2.8 Sicherheit in den Fahrzeugen und auf den Bahnsteigen

Mehr Servicepersonal in den Fahrzeugen und auf den Bahnsteigen soll dazu beitragen, Sicherheit und Sauberkeit zu verbessern. Um die Sicherheit in Stadtbahnstationen zu erhöhen und Personen, die sich in den Stationen nur aufhalten, ohne zu fahren, aus den Haltestellen fernzuhalten, soll ein Zugangssystem zu den Bahnsteigen eingeführt werden. Dann erhält man nur mit gültigem Ticket Zugang zu den Bahnsteigen.





#### 4.1.2.9 Neue Haltestellen

Wir wollen, dass der Rheinauhafen durch eine neue Haltestelle für die Linien 3 und 4 auf der Severinsbrücke besser erschlossen wird. Auf der Linie 13 sollen Verknüpfungspunkte an der Niehler Straße und an der Boltensternstraße gebaut werden. Im Hinblick auf den künftigen S-Bahn-Ring müssen Umsteigepunkte an der Aachener Straße, an der Luxemburger Straße, am Bonner Wall und an der Siegburger Straße entstehen.

#### 4.1.2.10 Barrierefreie Haltestellen

Alle Haltestellen für Hochflurbahnen, die bisher nicht angehoben worden sind, müssen in Zukunft barrierefrei werden. Das entsprechende Programm zum Ausbau der Haltestellen, z.B. auf dem Gürtel (Linie 13) oder am Barbarossaplatz, muss schneller umgesetzt werden. An wichtigen U- und S-Bahn-Stationen, z.B. Friesenplatz, Deutz Technische Hochschule oder Geldernstraße/Parkgürtel, müssen beschleunigt Aufzüge eingebaut werden.

#### 4.1.2.11 Maßnahmen gegen den Ausfall von Bahnen

Die KVB haben in den letzten Jahren mit einem Mangel an Fahrerinnen und Fahrern und einem Mangel an Fahrzeugen zu kämpfen, sodass immer wieder Züge ausfallen und die nachfolgenden Bahnen völlig überfüllt sind. Dies ist nicht akzeptabel. Wir wollen ein besseres Management mit einer vorausschauenden Planung, um solche Missstände von vornherein zu ver-

meiden. Die KVB soll auch wieder Studierende als Fahrpersonal einsetzen.

#### 4.1.2.12 Nachfolgelösung für KVB Isi

Die KVB haben das Projekt Isi beendet. In der Testphase konnten Fahrgäste über eine App Start- und Zielort sowie Zeitpunkt der Fahrt eingeben. Über einen Algorithmus wurden dann elektrische Kleinbusse mit Fahrer optimal gesteuert. Dieses Projekt wird sich erst mit autonomen Fahrzeugen rechnen. Der Test hat allerdings auch gezeigt, dass es eine besondere Zielgruppe von älteren Personen gibt, deren lokale Mobilität für kleinere Besorgungen oder für Arztbesuche sich durch Isi deutlich verbessert hatte. Für diese Menschen sollte eine Nachfolgelösung entwickelt werden, z.B. durch Taxigutscheine oder durch einen lokalen Rikschaservice.

#### 4.1.2.13 Wassertaxis

Der Rat hat der Stadtverwaltung in mehreren Beschlüssen Prüfaufträge zum Einsatz von Wassertaxis auf dem Rhein entlang des Flusses erteilt. Bei der politischen Entscheidung geht es uns um die Frage, ob Zeit gespart wird und Nachfrage vorhanden ist.



#### 4.1.2.14 Fernbusse sollen am Breslauer Platz halten

Die Stadt Köln hat ihren Fernbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn verlegt. Damit wurde der Standortvorteil am Breslauer Platz trotz hervorragender Infrastruktur für ein Fernbuskreuz Köln ohne Not aufgegeben. Begründet wurde dies mit den Emissionen der Dieselfernbusse in der Innenstadt. Wir wollen, dass Busse, die z.B. mit Elektromotor oder mit klimaneutralem Biogas fahren, wieder am Breslauer Platz halten dürfen, um so die Zahl der Busse mit alternativen Antrieben in Köln gezielt zu erhöhen.

#### 4.1.3 Ein attraktives Radverkehrsnetz schaffen



Zweiräder stellen eine Alternative zum Auto dar und sind deswegen besonders in Städten Teil eines flexiblen Verkehrskonzeptes. Die Attraktivität hängt hier aber vorrangig von einer leichten Zugänglichkeit und einer für sie vorgesehenen Infrastruktur ab. In den Kölner Stadtbe-

zirken sind bereits Radverkehrskonzepte beschlossen worden, deren Umsetzung aber zu langsam geht. Wir wollen, dass die Verwaltung hier schneller wird.

#### 4.1.3.1 Radfahrstreifen und Radwege

Wir wollen in Köln ein geschlossenes Netz aus Radfahrstreifen, Radwegen und Fahrradstraßen. Damit der Radverkehr nicht in Konflikte mit dem Fußverkehr kommt, haben sich Radfahrstreifen auf der Fahrbahn bewährt. Allerdings dürfen diese – ebenso wie die klassischen Radwege – nicht unvermittelt enden, sondern müssen überall eine sinnvolle Anbindung erhalten. Wo es möglich ist, fordern wir eine bauliche Trennung zur Fahrbahn, um den Radverkehr zu schützen. Bei neuen Verkehrswegeplanungen sollen bauliche Trennungen von Anfang an eingeplant werden. Beschädigte Fahrradwege müssen kurzfristig instandgesetzt und die Zufahrt durch Bordsteinabsenkungen erleichtert werden.

#### 4.1.3.2 Fahrradstraßen

Auf Fahrradstraßen hat der Radverkehr Vorrang vor dem Autoverkehr. Multifunktionsstreifen am Rande von Fahrradstraßen erlauben die Aufstellung neuer Fahrradnadeln. Sie nützen auch dem Fußverkehr, wenn dadurch Parkscheinautomaten und Papierkörbe vom Gehweg verlagert werden können. Bei Bedarf können Sitzbänke aufgestellt werden. Wir wollen stadtweit prüfen lassen, welche Straßen sich zur Umwandlung in Fahrradstraßen eignen. Dazu muss es eine Beteiligung der Anwohnenden und der lokalen Gewerbetreibenden geben, um einen Konsens vor Ort zu erzielen.

#### 4.1.3.3 Bau von Radpendlerrouen

Ein wesentlicher Teil des Berufsverkehrs in Köln wird durch Einpendler aus dem Umland verursacht. Um diesen das Um-



steigen aufs Fahrrad zu erleichtern, wollen wir, dass Radpendlerrouen aus allen Richtungen in die Kölner Innenstadt angelegt werden. Da der Radschnellweg aus Frechen nicht wirtschaftlich realisierbar ist, soll er ebenfalls zu einer Radpendlerroute umgewandelt werden, damit

hier der Stillstand überwunden wird.

#### 4.1.3.4 Mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder

Wir wollen bedarfsorientiert mehr Radabstellanlagen und „Haarnadeln“ (Fahrradständer) im gesamten Stadtgebiet errichten, nicht nur an U-Bahn-Haltestellen. Wir fordern den Bau von Bike & Ride-Stationen sowie von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit privaten Investoren oder der Deutschen Bahn. Um Fahrraddiebstahl zu reduzieren, fordern wir eine begrenzte Videoüberwachung von Fahrradboxen und Fahrradgaragen an Bahnhöfen. Der Überwachungsbereich muss dabei zielgenau erfasst werden. Die Videoaufzeichnung muss im öffentlichen Raum kenntlich gemacht werden.

#### 4.1.3.5 Leihfahrräder für die ganze Stadt

Während die Leihfahrräder der KVB in den inneren Stadtteilen überall abgestellt werden können, kann man die Räder in den äußeren Stadtteilen nur an festen Stationen abstellen. Damit wird die Benutzung deutlich erschwert. Um das Angebot attraktiver zu machen, müssen die Abstellmöglichkeiten in den äußeren Stadtteilen deutlich ausgeweitet werden. Gerade in den äußeren Stadtteilen können so die Wege bis zur nächsten Bahnhaltestelle entscheidend verkürzt werden.

#### 4.1.3.6 Fahrradleichen konsequent entfernen

Fahrradleichen verschandeln nicht nur das Stadtbild, sie nehmen an Fahrradabstellanlagen auch Platz weg. Wir wollen, dass Fahrradleichen schnell und konsequent entfernt werden.

#### 4.1.3.7 Prävention

Wir fordern Präventionsmaßnahmen für junge Fahrradfahrende aufgrund von hoher Verletzungs- und Unfallgefahr. So sollen alle Kinder in Kölner Grundschulen über den Umgang im Straßenverkehr aufgeklärt werden. Dies soll in Form von Schulprojekten von externen Personen mit Expertise oder in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt werden. Beispielhaft sind hier Projekte wie Fahrradführerscheine anderer Kommunen.

#### 4.1.4 Mehr Sicherheit im Fußverkehr

Die Interessen des Fußverkehrs sind von der Verwaltung und



Teilen der Politik über lange Zeit vernachlässigt worden. Bei der Diskussion über den Ausbau des ÖPNV oder der Debatte über den Ausbau des Radverkehrs in einer ursprünglich autofreundlichen Stadt werden die Fußgängerinnen und Fußgänger oft zu wenig beachtet.



Mit Sorge beobachten wir, dass Gehwege immer wieder durch Werbeaufsteller, Außengastronomien, parkende Autos, E-Roller- oder Radfahrende zum Hindernisparcours werden. Risiken entstehen auch durch beim Queren von Straßen. Besonders betroffen sind Kinder, gehbehinderte

und ältere Menschen. Eine gute Fußgängerpolitik ist für Kinder und ältere Menschen der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

#### **4.1.4.1 Fußwege gehören dem Fußverkehr**

Wir wollen die für den Fußverkehr exklusiv oder vorrangig reservierten Gehwege, Fußgängerzonen und Spielstraßen wieder sicherer und angstfreier machen. Verkehrsregelungen allein – ohne entsprechende Maßnahmen – reichen nicht aus. Durch regelmäßige Aufklärung sollen andere Verkehrsteilnehmer sen-

sibilisiert und zur Rücksichtnahme animiert werden. Flankiert werden soll dies durch erweiterte regulatorische Maßnahmen, aber letztendlich auch durch vermehrte Kontrollen und konsequente Verhängung von Ordnungsgeldern. Dafür muss das Ordnungsamt mehr Personal bereitstellen.

Damit Kinderwagen, Rollstühle, Rollatoren usw. überall ohne Probleme benutzt werden können, muss die Stadt flächendeckend eine ausreichende Gehwegbreite durchsetzen. Bei Neubaugebieten werden bis zu 2,50 Meter angestrebt. Im Bestand muss jeweils eine angemessene Abwägung zwischen den örtlichen Gegebenheiten und Ansprüchen einzelner Nutzungsgruppen getroffen werden. Dabei müssen im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme Fußgängerinnen und Fußgänger zu ihrem Recht kommen.

Wir wollen außerdem:

1. eine ausreichende Beleuchtung aller Gehwege.
2. die rasche Ausbesserung von schadhaften Gehwegen.
3. Bordsteinabsenkungen an Straßenecken für Rollis, Rollatoren usw.
4. Querungshilfen an viel befahrenen Straßen.
5. die stärkere Ahndung von regelwidrigem Parken von Autos auf Gehwegen.

6. mehr Fahrradnadeln, damit abgestellte Fahrräder nicht die Gehwege verkleinern.
7. klare Regeln für das Abstellen von E-Rollern in festen Zonen.
8. die Erstellung und Umsetzung von Fußverkehrskonzepten.

#### 4.1.4.2 Fußverkehrsbeauftragte stärken

Die Fußverkehrsbeauftragte der Stadt Köln muss aufgewertet werden – von der Einzelkämpferin zur Teamleiterin. Dieses Team soll die Bedingungen für den Fußverkehr in der gesamten Stadt überprüfen und innerhalb der Verwaltung auf die Beseitigung von Problemen hinwirken. Bei neuen Planungen soll das Team von Anfang an einbezogen werden und insbesondere darauf achten, dass alle Wege und Verbindungen entsprechend angelegt werden.

#### 4.1.4.3 Verkehrsberuhigte Zonen

Als Freie Demokraten lehnen wir die Beruhigung von einzelnen Straßen und Plätzen nicht grundsätzlich ab. Im Gegensatz zu anderen Parteien fordern wir aber eine geplante und gezielte Umsetzung, welche sicherstellt, dass die neuen Zonen auch entsprechend belebt sind und eine echte Aufwertung des Stadtbildes garantieren. Eine Umsetzung wie beispielsweise auf der Deutzer Freiheit, auf der es nicht genug Fußverkehr gibt, lehnen wir ab. In zukünftigen Planungen sollten folgende Themen besser berücksichtigt werden:

1. Durch den Einsatz von automatisierten Absperrpfosten können der Zugang von Lieferverkehr in den Morgenstunden garantiert oder Teilzeitkonzepte der Verkehrsberuhigung ermöglicht werden.
2. Fußgängerzonen wie beispielweise auf der Ehrenstraße müssen so umgebaut werden, dass alle Verkehrsteilnehmenden aufeinander Rücksicht nehmen müssen.
3. Das Straßenbild muss entsprechend aufgewertet werden, um die etwaigen Zonen zu attraktiven Aufenthaltsorten zu machen, so zum Beispiel durch Begrünung oder Sitzmöglichkeiten.



#### 4.1.5 Motorisierter Individualverkehr

Mit dem Wandel zur Elektromobilität stellt der MIV eine lokal emissionsfreie Fortbewegung sicher. Außerdem sind Menschen mit eingeschränkter Mobilität weiterhin auf das Auto angewiesen, um ihre Ziele (Ärzte, Nahversorgung etc.) erreichen zu können. Für die FDP hat deshalb das Auto auch in der Großstadt weiterhin eine Berechtigung. Statt pauschaler Verbote fordern wir Verbesserungen im Detail.

Jeden Tag kommen 300.000 Pendlerinnen und Pendler zum Arbeiten nach Köln. Das ist mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen. Diese Zahl nimmt laut Statistik des Landes NRW ständig zu, weil immer mehr Menschen Probleme haben, in Köln eine Wohnung zu finden. Zum Teil nehmen sie weite Anfahrten in Kauf. Sie leben oft in Regionen mit schlecht ausgebautem ÖPNV, so dass sie auf das Auto angewiesen sind. Die Freien Demokraten Köln kritisieren eine Politik, die erst zu wenig Baugebiete ausweist und die Menschen damit aus der Stadt treibt – und ihnen hinterher verbieten will, mit dem Auto zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Das Auto wird auch in den nächsten Jahrzehnten ein wichtiger Baustein der Verkehrspolitik bleiben. Es ist nicht sinnvoll, Autofahrerinnen und Autofahrer mit Verboten zu verfolgen. Die Politik muss stattdessen dafür sorgen, dass Autos so schnell wie möglich klimaneutral unterwegs sein können.

Wir wollen Köln wieder zu einer mobilen Stadt machen. Köln braucht dringend eine intelligente Verkehrslenkung. Köln braucht Umgehungsstraßen, um die gestressten Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten. Köln braucht gut ausgebaute Straßen, damit der Kölner Verkehr wieder fließt, statt sich zu stauen.

#### **4.1.5.1 Massiver Ausbau des Park & Ride-Systems**

Um die Zahl der Autos in Köln zu verringern, muss es in der Nähe der Stadtgrenzen große Park & Ride-Plätze geben, an denen die Pendler parken und in die S-Bahn oder in die Stadt-

bahn umsteigen können. Einige dieser Parkplätze sind aber oft voll belegt. Dieses System muss deshalb massiv ausgebaut werden. Wir fordern dies seit vielen Jahren, auch der Stadtrat hat schon entsprechende Beschlüsse gefasst, aber die Stadtverwaltung verfolgt dieses Thema nur zögerlich. Auch die vorgesehene Parkpalette in Weiden-West ist jetzt schon zu klein geplant. Außerdem müssen neue Park & Ride-Plätze gebaut werden, z.B. an der Luxemburger Straße in der Nähe der A4, wozu die FDP mit dem Parkhaus 'Luxemburger Tor' über der Autobahn eine Vision vorgestellt hat.



#### **4.1.5.2 Besserer Verkehrsfluss durch intelligente Technik**

Köln muss mit einer intelligenten Verkehrslenkung dafür sorgen, dass es seltener zu Staus kommt. Das entlastet die Menschen von Lärm- und Abgasemissionen. Wir wollen dynamische Verkehrssysteme ausbauen. Die „Grüne Welle“ soll wieder zur Regel werden. Moderne Technik kann Ampelschaltungen an die aktuellen Verkehrsflüsse anpassen oder den Autofahrerinnen und Autofahrern rechtzeitig Alternativen aufzeigen.



Wir wollen in intelligente Verkehrstechnik und ein Verkehrsmanagementsystem investieren, um Autofahrerinnen und Autofahrern die Daten über Navigationssysteme, das Internet und entsprechende Apps zur Verfügung zu stellen. Zu einem besseren Verkehrsfluss trägt auch bei, dass in der Stadt in der Regel Tempo 50 erlaubt ist. In Wohngebieten oder Einkaufsstraßen mit hohem Aufkommen von Fuß- und Radverkehr, wo der Verkehr beruhigt werden soll, ist die Ausweisung von Tempo-30-Zonen sinnvoll. Tempolimits müssen immer an die Bedingungen vor Ort angepasst sein. Die flächendeckende Einführung von Tempo 30, zum Beispiel für die gesamte Innenstadt, halten wir nicht für sinnvoll, da Hauptverkehrsachsen einem zügigen Verkehrsfluss dienen.

#### **4.1.5.3 Keine Fahrverbote für Dieselaautos**

Mit besseren Lärm- und Abgaswerten kann die Stadt Köln auf Fahrverbote verzichten. Die Leidtragenden wären hier gerade diejenigen, die nicht so viel Geld haben, die eine günstigere Wohnung am Stadtrand oder außerhalb bewohnen und die sich auch den Kauf eines neuen Autos nicht leisten können. Fahrverbote können auch durch andere Maßnahmen vermieden werden, zum Beispiel durch mehr Ladesäulen für Elektroautos.

#### **4.1.5.4 Weniger Emissionen durch weniger Ampeln**

Um den Verkehrsfluss zu verbessern, fordern wir die Umsetzung der vom Rat beschlossenen Programme, Ampeln in ver-

kehrsarmen Zeiten konsequent abzuschalten und Lichtsignalanlagen möglichst durch Kreisverkehre und Zebrastreifen zu ersetzen. Kreisverkehre sind außerdem ein gutes Mittel gegen Raser. Pförtnerampeln bringen keine Vorteile, weil sie nur die Staus ins Umland verlagern und den Verkehr in die Wohngebiete umleiten.

#### **4.1.5.5 Mehr Ladestationen erleichtern den Umstieg auf E-Autos**

Viele Menschen zögern bei der Anschaffung eines Elektroautos, weil sie zu Hause und an der Arbeitsstelle keine Möglichkeit haben, ein Auto zu laden. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die entsprechenden Anbieter ihre Ladesäulen auch auf öffentlichen Straßen und Parkplätzen aufstellen können. Die bisher geplanten Standorte sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem müssen die Anträge privater Anbieter schneller genehmigt werden, damit mehr Wettbewerb für sinkende Preise an den Ladesäulen sorgt.



#### **4.1.5.6 Erhalt von Fahrspuren für den Autoverkehr**

Die Umwandlung von Fahrspuren für den Autoverkehr in Fahr-

spuren für den Radverkehr muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Fahrspuren können dann umgewandelt werden, wenn das geringe Verkehrsaufkommen dies erlaubt, wie beispielsweise auf der Christophstraße. Das pauschale und vollständige Sperren von Straßen zur Verkehrsberuhigung lehnen wir ab, weil es Umwegfahrten mit Belastungen für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, für Anwohnende an anderen Straßen und die Umwelt verursacht.

#### **4.1.5.7 Ausbau von Straßen**

Ein Ausbau von Straßen ist in Köln an vielen Stellen nicht möglich und nicht nötig. An einigen Stellen in der Stadt müssen Straßen ausgebaut werden, um die täglichen Staus zu verhindern oder um die Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten.

1. Die Nord-Süd-Fahrt zwischen WDR und Schildergasse möchten wir unter die Erde legen, damit die östlich und westlich gelegenen Veedel wieder zusammenwachsen können
2. Zur Entlastung des Messekreisels soll die Straße des 17. Juni über die Stadtautobahn hinaus bis zum Pfälzischen Ring/Karlsruher Straße verlängert werden.
3. Anwohnerinnen und Anwohner von Durchfahrtsstraßen in Kölner Stadtteilen leiden unter Stress. Wir machen uns dafür stark, Ortsumgehungen zu bauen, zum Beispiel für Zündorf. Mit dem Bau des neuen Stadtteils Kreuzfeld

muss der Blumenbergsweg eine direkte Anbindung an die Anschlussstelle Worringen bekommen.

#### **4.1.5.8 Mehr Verkehrssicherheit durch gezielte Geschwindigkeitskontrollen**

Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen befürworten wir in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie dürfen nicht zur Haushaltskonsolidierung dienen. Geschwindigkeitskontrollen zur Abzocke der Autofahrerinnen und Autofahrer lehnen wir ab.



#### **4.1.5.9 Flüsterasphalt bietet besseren Lärmschutz**

Die Kölner FDP tritt dafür ein, Ausfallstraßen in Zukunft mit offenporigem Flüsterasphalt zu bauen, denn das reduziert den Verkehrslärm und erhöht die Wohnqualität.

#### **4.1.5.10 Mehr Quartiersgaragen verringern den Parkdruck**

Die Zahl der Autos in Köln steigt immer noch an. Viele Menschen wollen ein Auto besitzen, und sei es nur, um zu Verwand-

ten aufs Land oder in den Urlaub zu fahren. Dieses Auto müssen sie irgendwo abstellen können. Um Anwohnerinnen und



Anwohner aus Stadtteilen mit besonderem Parkdruck zu entlasten, machen wir uns stark für so genannte Quartiersgaragen unter Einbeziehung der eingenommenen Ablösesummen für nicht errichtete Stellplätzen bei Bauprojekten. Die Stadt soll diese Quartiersgaragen von Total-

unternehmern bauen lassen. Dafür muss die Stadt geeignete Grundstücke erwerben.

Öffentliche Parkplätze sollen Tiefgaragen weichen, welche sukzessive die bestehenden Flächen ablösen und diese für eine andere Nutzungsform freigeben sollen.

#### **4.1.5.11 Brötchentaste für alle Stadtbezirke und Parkhäuser**

Das von der FDP Köln mitinitiierte, erfolgreiche Projekt „15 Minuten frei parken“ möchten wir wiederbeleben und auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen. Die entsprechenden Beschlüsse der verschiedenen Bezirksvertretungen sollen zügig umgesetzt werden. Auch in den städtischen Parkhäusern sollen die ersten

15 Minuten frei sein, um damit das Zweite-Reihe-Parken zu bekämpfen.

## **4.2 Gesellschaftliche Teilhabe**

Freiheit und Selbstbestimmung sind fundamentale Rechte, die jeder Mensch für sein Leben beanspruchen darf. Diese Prinzipien sind von unschätzbarem Wert und stehen im Zentrum unseres politischen Handelns als Freie Demokraten. Es ist unsere Aufgabe, Bevormundung zu eliminieren und Unabhängigkeit zu fördern um sicherzustellen, dass niemand in seiner persönlichen und gesellschaftlichen Entwicklung eingeschränkt wird. Es ist unsere Verantwortung, sowohl auf mikro- als auch auf makroökonomischer Ebene nach Wegen zu suchen, diese Barrieren zu überwinden. Unser Ziel ist es, jedem Individuum die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

### **4.2.1 Förderung der Mehrgenerationengesellschaft**

In der mobilen, modernen Gesellschaft nehmen familiäre Strukturen, besonders in urbanen Zentren, merklich ab. Je nach Lebensphase oder Familienstatus können die Beziehungen zu älteren oder jüngeren Familienmitgliedern durch geografische Distanzen eingeschränkt sein. Dies führt zu sozialen Defiziten über alle Generationen hinweg. Der gesellschaftliche Austausch, die Fürsorge und die Weitergabe von Werten, Wissen und Erfahrungen zwischen den Generationen werden dadurch erschwert.



Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln aktiv generationenübergreifende Begegnungen und Unterstützungen fördert. Dazu sollten speziell gestaltete Begegnungsorte geschaffen werden:

1. Einrichtung von mindestens einem **Mehrgenerationen-Fitnessplatz** in jedem Stadtbezirk
2. Entwicklung von kombinierten Einrichtungen, die sowohl Kindertagesstätten als auch Pflegedienste bieten
3. Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten

Diese Maßnahmen sollen nicht nur emotionale Zufriedenheit und seelischen Ausgleich fördern, sondern auch praktischen Nutzen im Alltag durch gegenseitige Unterstützung bieten. Sie sind essenziell, um allen Generationen mehr persönliche Freiheiten und Möglichkeiten zur selbstbestimmten Entfaltung zu ermöglichen.

#### **4.2.2 Angebote für Senioren**

In Köln steigt die Anzahl der Einpersonenhaushalte kontinuierlich an – dies betrifft nicht nur junge, sondern vor allem ältere Menschen. Einsamkeit entwickelt sich dabei zunehmend zu einem erheblichen Gesundheitsrisiko. Bei Vereinsamung wird oft die Selbstfürsorge vernachlässigt, was dazu führen kann, dass notwendige Arztbesuche ausbleiben.

Wir sind entschlossen, dass die Stadt Köln Initiativen und Strategien fördert, die speziell darauf abzielen, die Einsamkeit älterer Bürgerinnen und Bürger zu bekämpfen. Es ist wichtig, dass jeder Mensch die Freiheit hat, allein zu leben, wenn er dies wünscht. Jedoch muss unfreiwilliges Alleinsein aktiv durch zugängliche und unterstützende Maßnahmen angegangen werden, um den betroffenen Seniorinnen und Senioren wieder mehr Lebensqualität zu ermöglichen.

Wir setzen uns für den Ausbau von Seniorenberatung, Seniorenkoordination und präventiven Hausbesuchen ein, die als effektive Instrumente gegen die Isolation dienen können. Darüber hinaus fördern wir besonders die Bildung von Seniorennetzwerken, die nicht nur auf die Solidarität anderer angewiesen sind, sondern auch durch Eigeninitiative das soziale Miteinander stärken.

Durch diese Maßnahmen streben wir an, Einsamkeit zu verringern und den älteren Menschen in Köln ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben in Gemeinschaft zu ermöglichen.



#### 4.2.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

In Köln gibt es über 570.000 Haushalte – in mehr als 18% dieser Haushalte leben Kinder. Eltern stehen täglich vor der Herausforderung, das Berufs- und Familienleben harmonisch zu vereinen. Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet auch die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie das Familienleben organisiert wird.

Um eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Köln zu gewährleisten, setzen wir uns für ein umfassendes und attraktives Angebot für Kinder und Eltern ein. Dazu gehört die Bereitstellung



von zuverlässigen, stabilen KiTa-Plätzen mit weniger Schließtagen, um Eltern mehr Kontinuität und Verlässlichkeit zu bieten. Um dies zu gewährleisten, muss an den Berufsschulen mehr Ausbildungskapazität für Erzieher und Erzieherin geschaffen werden. Zudem können Kitas durch

Alltagshelfer entlastet werden. Schlussendlich müssen Erzieher besser entlohnt werden. Auch das Angebot an Ganztagsbetreuung in Schulen (OGS) muss ausgebaut und verbessert werden, um breitere Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Planung aller städtischen Infrastrukturmaßnahmen muss diese Bedürfnisse prioritär behandeln und insbesondere auf die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen, die Gestaltung von Verkehrswegen und die Zugänglichkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln abgestimmt sein, um Familien bestmöglich zu unterstützen.

#### 4.2.4 Gender Pay Gap überwinden

Der anhaltende Gender Pay Gap zeigt, dass Frauen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg weniger verdienen als Männer, was sich besonders in der Altersarmut von Frauen widerspiegelt. Wir setzen uns für den Grundsatz ein, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird. Es ist zudem essentiell, Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, sich für traditionell höher entlohnte Berufe zu interessieren, die oft als ‚Männerberufe‘ gelten. Frauen sollten keine finanziellen Nachteile durch familienbedingte Berufspausen erleiden. Weiterhin ist es wichtig, Frauen gezielt in ihrer beruflichen Entwicklung zu unterstützen und zu beraten.

Die Stadt Köln soll aktiv Informationskampagnen und Initiativen fördern, die darauf abzielen, die Lohnlücke zu schließen und Frauen in allen Phasen ihrer Karriere zu unterstützen. Dadurch tragen wir dazu bei, nicht nur die Chancengleichheit am Arbeitsplatz zu verbessern, sondern auch langfristig die wirtschaftliche Sicherheit von Frauen zu stärken.

#### 4.2.5 Verbesserte Begleitung volljähriger Menschen mit Behinderungen in Hilfesysteme

Obwohl die soziale und medizinische Betreuung von Kindern mit Behinderungen oft gut organisiert ist, endet die Unterstützung häufig mit dem Erreichen der Volljährigkeit. Dies führt zu einer Herausforderung für die Betroffenen und ihre Familien, sich ein neues Hilfesystem zu erarbeiten – besonders im Hinblick auf die Berufsausübung, die eine wesentliche Form der gesellschaftlichen Teilhabe darstellt.

Wir setzen uns für eine kontinuierliche und umfassende Begleitung von Menschen mit Behinderungen ein, die durch die sozialen Dienste der Stadt Köln oder durch andere Organisationen abgedeckt werden sollte. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen mit Behinderungen den Übergang von Behindertenwerkstätten zu Integrationsunternehmen oder direkt in den ersten Arbeitsmarkt schaffen. Dabei sollen die Prinzipien der Selbstbestimmung und Inklusion stets im Vordergrund stehen. Es ist entscheidend, dass jeder Mensch mit Handicap individuell gefördert wird und ein auf seine Fähigkeiten zugeschnittenes Arbeitsangebot erhält. Viele Unternehmen benötigen dabei gezielte Unterstützung, um diesen Integrationsprozess erfolgreich umzusetzen.

Die Stadt Köln muss bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildrolle einnehmen und die gesetzli-

che Beschäftigungsquote von fünf Prozent deutlich übertreffen; besonders bei Neueinstellungen und Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus ist es wichtig, dass Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden können, wo und wie sie leben möchten. Deshalb muss die Stadt Köln ein breites Spektrum an Wohnformen fördern, darunter stationäre Einrichtungen, betreutes Wohnen und Wohngemeinschaften, um den vielfältigen Bedürfnissen gerecht zu werden.

#### 4.3 Barrierefreiheit

Die Zugänglichkeit öffentlicher Räume für Menschen mit Behinderungen ist essentiell für eine inklusive Stadtgesellschaft. Viele Fußgängerüberwege sind derzeit noch nicht optimal für Menschen mit Handicap ausgestattet. Nicht alle Fußgängerampeln verfügen über akustische Signalanlagen, und hohe Bordsteinkanten stellen oft ein Hindernis dar.



Wir setzen uns dafür ein, dass akustische Ampeln in ganz Köln zum Standard werden. Zudem fordern wir, dass alle hohen Bordsteine an Fußgängerüberwegen durch abgesenkte Kanten ersetzt werden, um eine vollständige Barrierefreiheit zu



gewährleisten. Bei der Planung neuer Wohngebiete muss die Barrierefreiheit prioritär behandelt werden, sodass Gehwege ausreichend breit für Rollstühle und Rollatoren gestaltet sind. In bestehenden Gebieten müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gastronomie und des Handels berücksichtigt und im Einzelfall Lösungen gefunden werden.

Des Weiteren muss die Mobilität von Menschen mit Handicap im öffentlichen Nahverkehr verbessert werden. Es ist inakzeptabel, dass die Zugänglichkeit an KVB-Haltestellen durch nicht funktionierende Aufzüge oder andere Barrieren eingeschränkt wird. Wir fordern, dass alle Haltestellen systematisch barrierefrei gestaltet werden. In den Fahrzeugen der KVB sollen LED-Anzeigen und akustische Durchsagen nicht nur barrierefreie Haltestellen und technische Störungen ankündigen, sondern auch die korrekte Ausstiegsseite für einen einfacheren und sichereren Zugang für alle Fahrgäste mitteilen.

#### **4.3.1 Blindengerechte Wegeführung in öffentlichen Gebäuden**

Der Zugang und die Navigation in öffentlichen Gebäuden stellen für Menschen mit Blindheit oder stark eingeschränktem Sehvermögen oftmals große Herausforderungen dar. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere, weil relevante Informationen in Gängen, Aufzügen und an Informationstafeln für sie

nicht wahrnehmbar sind, was ihre Handlungsfreiheit bei der Erledigung von Bürgerangelegenheiten stark einschränkt.

Wir setzen uns dafür ein, dass in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Köln umfassende Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden.

Dazu gehört die durchgängige Ausstattung mit Informationstafeln in Braille-Schrift. Zusätzlich soll ein optisches Wegeleitsystem mit gut sichtbaren Farbmarkierungen implementiert werden, um Menschen mit Sehbehinderungen die Möglichkeit zu geben, ihre Angelegenheiten eigenständig und unabhängig zu regeln. Diese Verbesserungen sind entscheidend, um eine inklusive und zugängliche Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.



#### **4.3.2 Gebärdensprachdolmetscher bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Köln**

Menschen mit Hörbehinderungen stoßen oft auf Barrieren bei öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere wenn es darum geht, gesprochenen Beiträgen zu folgen. Dies schränkt ihre Möglichkeit, sich zu informieren und am gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben, erheblich ein.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln proaktiv bei allen städtischen Veranstaltungen Gebärdensprachdolmetscher bereitstellt. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Hörgeschädigte vollumfänglich in die Lage versetzt werden, den Diskussionen und Reden zu folgen und somit ihre Rechte auf Information und Teilhabe gewahrt bleiben.

Durch den vermehrten Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern bei öffentlichen Ereignissen fördern wir eine inklusive Gemeinschaft, in der jeder Bürger und jede Bürgerin gleichberechtigten Zugang zu Information und kommunikativer Teilnahme hat.

#### **4.4 Soziales Köln erhalten**

In Zeiten multipler Krisen ist eine zuverlässige soziale Infrastruktur in Köln wichtiger denn je. Kürzungen im sozialen Bereich müssen auch auf ihre Folgekosten hin betrachtet werden. Denn weniger Investitionen in soziale Einrichtungen und die Angebotsstruktur können später ungleich höhere Kosten für die Lösung der sozialen Folgeprobleme nach sich ziehen. Daher setzen wir uns als FDP für den Erhalt der sozialen Trägerstruktur und ihrer erfolgreichen Angebote ein. Das umfasst Angebote für Jugendliche, Senioren sowie für Menschen mit verschiedenen Problemlagen. Darüber hinaus unterstützen wir aber auch Vereine und Organisationen, die selbst aktiv werden. Dieses Engagement benötigt entsprechende Räumlichkeiten, deshalb unterstützen wir neben Bürgerzentren auch das För-

derprogramm „Dritte Orte“, das bei der Suche und bei der Finanzierung von Begegnungsräumen Unterstützung bietet.

#### **4.4.1 Konzept für wohnungslose und obdachlose Menschen**

Wir fordern die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes für obdachlose und wohnungslose Menschen. Ziel ist es, den Betroffenen angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei setzen wir neben betreutem Wohnen und temporären Unterkünften auch auf langfristige und innovative Projekte wie „housing first“.

Neben den Belangen der obdachlosen und wohnungslosen Menschen müssen aber auch die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden. Deshalb muss das Konzept neben präventiven und sozialen auch ordnungspolitische Aspekte beinhalten.



## 4.5. Jugend und Familie

### 4.5.1 Ausbau psychischer Hilfen für Kinder und Jugendliche

Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss dringend in den Fokus der städtischen Kinder- und Gesundheitspolitik gerückt werden. Es ist entscheidend, nicht nur die Anzahl der Fachberatungsstellen zu erhöhen, sondern auch psychologische Beratungsdienste systematisch in Kitas und Schulen zu integrieren.

Ein spezieller Schwerpunkt sollte dabei auf dem Ausbau der Schulsozialarbeit liegen. Diese Sozialarbeiterinnen und -arbeiter spielen eine zentrale Rolle bei der Früherkennung und Unterstützung bei psychischen Problemen. Sie bilden eine wichtige Brücke zwischen Schülern, Lehrkräften und psychologischen Fachdiensten. Der Ausbau dieser Ressourcen gewährleistet, dass Probleme frühzeitig erkannt und behandelt werden, bevor sie sich zu schwerwiegenden psychischen Erkrankungen entwickeln.

Darüber hinaus befürworten wir die Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten in der Jugendpsychologie, die es jungen Menschen ermöglichen, ohne große Hürden Zugang zu psychologischer Beratung und Therapie zu erhalten. Diese Angebote sollten insbesondere auf Jugendliche ausgerichtet sein,

die aufgrund von Scham oder Unwissenheit zögern, traditionelle Beratungsstellen aufzusuchen.

Um eine schnelle und effektive Hilfe zu gewährleisten, schlagen wir vor, die KölnApp zu nutzen, um auf verfügbare psychische Gesundheitsdienste hinzuweisen und insbesondere freie Behandlungsplätze sichtbar zu machen. Zudem muss in Köln ein innovatives Notfallsystem, etwa in Form eines ‚Nothilfhauses‘, etabliert werden, das speziell auf die Bedürfnisse psychisch erkrankter Kinder und Jugendlicher ausgerichtet ist. Dieses soll eine schnelle und angemessene Unterstützung bieten und die oft langen Wartezeiten für Therapien effektiv überbrücken.

Durch diese Maßnahmen können wir eine umfassende und zugängliche psychische Gesundheitsversorgung sicherstellen und jungen Menschen in Köln die Unterstützung bieten, die sie benötigen, um gesund und integriert aufzuwachsen.

### 4.5.2 Öffentliche Freiräume schaffen

Um die Lebensqualität junger Menschen in Köln zu steigern, engagieren wir uns für die Entwicklung und Erweiterung öffentlicher Räume, die auf die spezifischen Anforderungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zugeschnitten sind. Diese Bereiche sollen sicher, leicht zugänglich und ein Spiegel der kreativen, sozialen und sportlichen Interessen der Jugend sein. Wir fordern, dass die Stadt Köln in die Planung und Realisie-



rung dieser Freiflächen investiert. Diese sollen als Treffpunkte dienen, an denen junge Menschen sich entfalten, persönlich entwickeln und entspannen können, frei von der Notwendigkeit, auf kommerzielle Angebote zurückzugreifen.

Die Schaffung dieser Freiräume ist essentiell, um jungen Menschen zu verdeutlichen, dass sie eine geschätzte und wichtige Gruppe innerhalb der städtischen Gemeinschaft darstellen. Mit der Bereitstellung dieser spezialisierten Zonen fördern wir nicht nur das gesundheitliche Wohlbefinden und die persönliche Entwicklung unserer Jugend, sondern stärken auch das soziale Gefüge unserer Stadt.

Die Stadt Köln soll zudem spezielle Kulturflächen bereitstellen, ähnlich anderen öffentlichen Anlagen wie Campingplätzen oder Sportstätten, auf denen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche, ganztägige, nichtkommerzielle Veranstaltungen und Aktionen ohne bürokratischen Aufwand durchführen können. Die Möglichkeit einer professionellen Betreuung dieser Orte durch lokale Vereine soll geprüft werden, um eine adäquate Infrastruktur und den dauerhaften Erhalt der Anlagen zu gewährleisten.

#### **4.5.3 Stärkung der mobilen Jugendarbeit**

Wir erkennen die mobile Jugendarbeit als wesentlichen Teil der Jugendarbeit in Köln an und setzen uns für deren angemessene

Finanzierung ein. Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten fünf Jahre in jedem Stadtbezirk spezielle mobile Angebote, ausgestattet mit Fachpersonal, zu implementieren. Außerdem planen wir den Ausbau der Straßensozialarbeit und wollen die Vernetzung mit bestehenden Jugendzentren, Treffpunkten und Schulen verstärken.



#### **4.5.4 Kommunalpolitische Jugendbeteiligung: Kinder- und Jugendrat**

Wir wollen die kommunalpolitische Jugendbeteiligung deutlich ausbauen. Wir begrüßen den “Tag der Jugend” und wollen diesen auch auf die Stadtbezirke ausweiten und bis 2030 einen Kinder- und Jugendrat aufbauen. Hier sollen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, durch ein selbstverwaltetes Budget sowie Rede- und Antragsrecht in Ausschüssen zu partizipieren und demokratische Erfahrungen zu sammeln. Damit das Jugendparlament professionell arbeiten kann, sollen durch die Stadt hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlen für die Mitglieder sollen an den Schulen erfolgen, damit gewährleistet ist, dass alle Jugendlichen teilnehmen und

keine Einmischung der politischen Parteien stattfindet. Es soll darüber hinaus sichergestellt werden, dass die Querfinanzierung einzelner Jugendfraktionen durch Parteien ausgeschlossen ist.

#### **4.5.5 Initiative für private Spiel- und Jugendplätze**

Wir befürworten die Schaffung von öffentlich zugänglichen Jugendplätzen, die von der Jugendvertretung des Rates aktiv mitgestaltet werden sollen. Zusätzlich unterstützen wir die Einrichtung von Spiel- und Jugendplätzen in privater Trägerschaft, wie beispielsweise durch Elternvereine, wobei ein hoher Qualitätsstandard gewährleistet sein muss.

#### **4.5.6 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität**

Trotz eines allgemeinen Rückgangs der Jugendkriminalität gibt es eine steigende Zahl von jugendlichen Intensivstraftätern. Zur Bekämpfung dieses Phänomens streben wir die Stärkung des „Haus des Jugendrechts“ an und setzen uns für die Neuauflage und dauerhafte Etablierung des RESI-Projekts ein. Dieses soll eine durchgehende Betreuung jugendlicher Straftäter gewährleisten und dabei auf erfahrene Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen setzen.

#### **4.5.7 Entwicklung einer umfassenden Familien-App**

Wir planen, eine umfangreiche Familien-App zu entwickeln, die in die Köln-App integriert wird. Diese soll Familien von der Ge-

burt ihrer Kinder bis zum Erreichen der Fahrerlaubnis digital unterstützen und informieren.

#### **4.5.8 Förderung der Väterarbeit**

Die Rolle der Väter in der familiären Entwicklung wird immer bedeutender. Wir möchten Väter in ihrer neuen Rolle aktiv unterstützen und fördern, indem wir private Initiativen durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten und weiteren Ressourcen unbürokratisch unterstützen.

Diese Initiativen sollen die Lebensqualität junger Menschen und Familien in Köln verbessern und ein inklusives, unterstützendes Umfeld für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.



### **4.6. Gesundheit und medizinische Versorgung**

#### **4.6.1 Unterstützung bei Verhütungsmitteln**

Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen in Köln einen leichteren Zugang zu Verhütungsmitteln erhalten. Hierfür fordern wir die Einführung eines städtisch geförderten Programms, das kostenfreie oder vergünstigte Verhütungsmitt-

tel für Jugendliche und junge Erwachsene bereitstellt. Dieses Programm soll insbesondere darauf abzielen, Aufklärung und Beratung zu verbessern und die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu gewährleisten, um eine verantwortungsbewusste Familienplanung zu unterstützen.

#### **4.6.2 Kostenfreie Menstruationsprodukte**

Wir fordern, dass in allen städtischen Einrichtungen Kölns, einschließlich Schulen, kostenfreie Tampons und Binden zur Verfügung gestellt werden. Dies soll sicherstellen, dass alle menstruierenden Personen Zugang zu notwendigen Hygieneprodukten haben, ohne finanzielle Belastungen fürchten zu müssen. Die Implementierung dieses Angebots in städtischen Einrichtungen wird ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichheit und Gesundheitsfürsorge sein.

#### **4.6.3 Wohnortnahe medizinische Versorgung**

Um die Gesundheit und Selbstständigkeit gerade unserer älteren Bevölkerung zu gewährleisten, ist es unerlässlich, dass neben einer qualifizierten ärztlichen Versorgung auch der Zugang zu persönlicher Beratung und Medikamentenversorgung in lokalen Apotheken erhalten bleibt. Persönliche Beratungsgespräche sind von unschätzbarem Wert, um mögliche Risiken und Wechselwirkungen bei der Einnahme verschiedener Medikamente zu vermeiden und die Einnahmetreue sicherzustellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Ärzte und Apotheken

fest in den Kölner Veedeln verankert sind und dort auch dauerhaft bleiben.

Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen, die die Verfügbarkeit von medizinischen Notdiensten sicherstellen. Diese Notdienstpraxen sollen gut erreichbar sein, um im Bedarfsfall schnelle und unkomplizierte Hilfe zu bieten. Dazu gehört auch, dass die ärztliche Notrufnummer 116 117 ebenso bekannt ist wie die Telefonnummer des Rettungsdienstes 112. Regelmäßig wiederkehrende Informationen z.B. in oder auf Bussen und Bahnen sind dafür sinnvoll. Es ist essenziell, dass jeder Bürger und jede Bürgerin, insbesondere die älteren und kranken Menschen, zu jeder Zeit auf diese wichtigen Dienste zählen kann.

#### **4.6.4 Ein öffentlicher Trinkbrunnen in jedem Veedel**

Der Kölner Rat hat beschlossen, zwölf neue Trinkbrunnen im Stadtgebiet aufzustellen – vier in der Innenstadt und jeweils einer in den weiteren Stadtbezirken. Diese Initiative, die von den Freien Demokraten nachdrücklich unterstützt wurde, zeigt unser Engagement für eine nachhaltige und gesundheitsfördernde Stadtgestaltung.





Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig in jedem Kölner Veedel mindestens ein Trinkbrunnen installiert wird. Diese Brunnen sind mehr als nur eine Erfrischungsquelle; sie fördern die Gesundheit, steigern das Bewusstsein für die Bedeutung von Trinkwasser als wertvolles Lebensmittel und erhöhen die Lebensqualität im öffentlichen Raum. Zudem tragen sie zur Aufwertung von Sport- und Freizeitanlagen, Grünflächen, städtischen Plätzen und Bildungseinrichtungen bei. Besonders in den heißen Sommermonaten stellen sie eine wichtige Ressource zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Bewegungsfreiheit für alle Bürgerinnen und Bürger dar.

#### 4.6.5 Drogenhilfekonzept in Köln



In Köln bieten wir durch bestehende Drogenkonsumräume, Substitutionsambulanzen, das Methadon-Programm, mobile Drogenkonsumangebote in Bussen und niedrigschwellige Beratungsangebote ein umfassendes Unterstützungsnetz für drogenkonsumierende Menschen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Drogenhilfe über regelmäßige Evaluation und Integration innovativer Konzepte auf die Bedürf-

nisse der Konsumierenden eingehen und so auch auf z.B. Änderungen im Substanzgebrauch reagieren kann. Dadurch können den drogenkonsumierenden Menschen Hilfestellungen zum Ausstieg aus der Suchterkrankung und zu einem selbstbestimmten Leben eröffnet werden, ebenso wie Maßnahmen zur sozialen Reintegration.

Das Angebot zum „DrugChecking“, die Analyse der von den Drogenkonsumierenden erworbenen Substanzen auf Inhaltsstoffe und evtl. Verunreinigungen muss hierzu etabliert und ausgebaut werden.

Der straffreie Anbau, Erwerb und Konsum von Cannabis muss in Zusammenarbeit mit den Ordnungsbehörden, den Beratungsstellen und dem Kinder- und Jugendschutz so ausgestaltet sein, dass sich alle Akteure nach klaren Regelungen richten können, die auch praktikabel umzusetzen sind. Nur so sind Aufklärung, Gesundheitsschutz und Konsum parallel sicherzustellen.

Drogenkonsum findet oft im öffentlichen Raum statt. Der Schutz und der Erhalt der Lebens- und Arbeitsqualität der Anwohnerinnen und Anwohner, der Gewerbetreibenden und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss ebenso ein gleichwertiger Teil der Drogenhilfeangebote in Köln sein und muss bei der Errichtung weiterer Drogenkonsumräume berücksichtigt werden.

Wir setzen uns für einen regelmäßigen, wertschätzenden Dialog zwischen den Betroffenen, der Verwaltung und den Ordnungsbehörden mit dem Ziel, Absprachen und Regelungen festzulegen, die die Umgebungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger Köln verbessern, ein.

**Das Drogenkonzept der Stadt Köln soll aktualisiert werden.**

#### **4.6.6 Zentrum für seltene Erkrankungen einrichten**

Die Erforschung und Behandlung seltener Erkrankungen ist von entscheidender Bedeutung für die betroffenen Patientinnen und Patienten. Diese wichtige Arbeit findet vorwiegend an universitären und staatlichen Forschungseinrichtungen statt und nicht im Rahmen der freien Wissenschaften. Wir setzen



uns dafür ein, dass in Köln ein Zentrum für seltene Erkrankungen eingerichtet wird. Die Zusammenarbeit zwischen den städtischen Kliniken und den Unikliniken Köln bietet eine einmalige Gelegenheit, die wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet intensiv und umfassend voran-

zutreiben. Durch die Gründung eines solchen Zentrums könnte Köln eine führende Rolle in der Erforschung und Therapie sel-

tener Erkrankungen übernehmen und so die Lebensqualität der Betroffenen signifikant verbessern.

#### **4.6.7 Bessere Unterstützung von Teenagern und jungen Frauen bei Schwangerschaftskonflikten**

Teenager und sehr junge Frauen stehen bei einer ungeplanten Schwangerschaft oft vor besonders schwierigen Herausforderungen. Fehlender schulischer oder beruflicher Abschluss, mangelnder familiärer Rückhalt und die Tatsache, dass auch der Kindesvater sich möglicherweise in einer ähnlichen Lebenslage befindet, verstärken die Komplexität ihrer Situation. In Köln setzen wir uns daher für eine erhebliche Erweiterung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für diese Zielgruppe ein. Uns ist bewusst, dass gerade diese Fälle eine sehr umfassende, sensible und spezialisierte Unterstützung benötigen, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Sorgen von Teenagern und jungen Frauen zugeschnitten ist.

#### **4.6.8 Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen und somatischen Erkrankungen stärken**

Psychische Erkrankungen sind weit verbreitet und werden in ihrer Tragweite häufig unterschätzt. Zudem sind sie immer noch von Tabus und Stigmata umgeben, was in einigen Fällen zu tragischen Suiziden führen kann. Forschungen haben gezeigt, dass die Suizidrate in Zeiten intensiver Aufklärungsarbeit zurückgeht, jedoch nach dem Ende solcher Maßnahmen wieder

**Die Stadt der selbstbestimmten,  
freien Entfaltung**

ansteigt. In Köln möchten wir daher die Aufklärung, Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen verstärken. Unser Ziel ist es, den Krankheitsverlauf positiv zu beeinflussen und letztendlich Suizide zu verhindern. Dies soll durch kontinuierliche Bildungs- und Aufklärungsprogramme erreicht werden, die das Bewusstsein schärfen und Betroffenen wie auch Angehörigen die notwendige Unterstützung bieten.

Hierzu gehört aber auch die schnelle und umfassende Aufklärung über Infektionserkrankungen wie z.B. M-Pox. Hierbei ist ein besonderer Schwerpunkt auf Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu legen.

Besonderer Aufklärung und Informationen bedarf die Diagnostik und Behandlung von Endometriose, eine Erkrankung, die viele Frauen betrifft, aber durch die lange Dauer der Diagnostik viel Leid und Unsicherheit hervorruft.

#### **4.6.9 „Charité des Westens“ entwickeln**

Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage der Kliniken der Stadt Köln begrüßen wir den Vorschlag, die bisherigen drei Standorte der Kliniken – Holweide, Merheim, Kinderkrankenhaus Riehl – an einem Standort in Merheim zusammenzulegen. Diese Konzentration auf einen Standort verspricht eine bessere Nutzung der Ressourcen, eine Vermeidung von Doppelstrukturen, bessere Arbeitsbedingungen für das pflegerische und ärztliche

Personal und die Errichtung von Gebäuden nach dem aktuellen technischen und medizinischen Standard.

Darüber hinaus fordern wir eine intensive Zusammenarbeit mit der Uniklinik Köln zu implementieren, damit durch eine optimale Zusammenarbeit in Köln ein höchster Standard in der Patientenversorgung, aber auch im Bereich von Forschung und Lehre etabliert wird und das Ziel der „Charité des Westens“ erreicht wird.

#### **4.6.10 Installation von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs)**

Zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und Erhöhung der Überlebensrate bei Herzstillstand fordern wir die Installation von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs) an allen hochfrequentierten Orten in Köln. Diese lebensrettenden Geräte sollten in Bereichen wie öffentlichen Verkehrsknotenpunkten, Einkaufszentren, Sportstadien und großen Parks verfügbar sein, um im Notfall schnelle und effektive Hilfe leisten zu können.



Die Bereitstellung von AEDs an strategisch wichtigen Standorten ist eine grundlegende Maßnahme, die das Potenzial hat,



Leben zu retten und die Reaktionsfähigkeit der Gemeinschaft in Notfallsituationen wesentlich zu verbessern. Unsere Initiative zielt darauf ab, Köln zu einer sichereren Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher zu machen, indem wir die Zugänglichkeit zu lebenswichtigen Notfalltechnologien erhöhen. Wir fordern die Aufstellung von Hinweisschildern mit Informationen zum nächsten AED wie Standort und Zeitbedarf zur Optimierung des Einsatzes der AEDs.

#### **4.6.11 Abwasserscreening intensivieren und ausbauen**

Angesichts der wachsenden Herausforderungen durch Umweltbelastungen fordern wir die Intensivierung und den Ausbau des Abwasserscreenings in Köln. Dieses erweiterte Screening soll speziell auf Krankheitserreger und Drogenrückstände ausgerichtet sein. Durch die Analyse des Abwassers auf diese Substanzen können wir wertvolle Einblicke in die öffentliche Gesundheit und Sicherheit gewinnen und zeitnah auf mögliche Ausbrüche von Infektionen sowie auf Veränderungen im Drogenkonsum reagieren.

Diese Maßnahme ermöglicht es uns, präventiv zu handeln und sowohl die Ausbreitung von Krankheiten als auch die mit Drogenkonsum verbundenen gesellschaftlichen Probleme effektiver zu bekämpfen. Durch den Ausbau des Screenings stärken wir das öffentliche Gesundheitssystem und tragen dazu bei, Köln zu einer sichereren und gesünderen Stadt zu machen.

#### **4.6.12 Hitzeschutzmaßnahmen ausbauen und bekannt machen**

Angesichts der steigenden Temperaturen und zunehmenden Hitzeereignisse fordern wir einen umfassenden Ausbau der Hitzeschutzmaßnahmen in Köln. Unser Ziel ist es, die Stadt gegen die Auswirkungen extremer Hitze zu wappnen und die öffentliche Gesundheit zu schützen.

Dazu gehört die Einrichtung von zusätzlichen öffentlichen Kühlzentren, die Begrünung von Stadtplätzen zur Senkung der Umgebungstemperatur und die Installation von Wassersprühnebelanlagen in besonders betroffenen Bereichen.

Zusätzlich setzen wir uns für eine intensive Aufklärungskampagne ein, um die Bürgerinnen und Bürger über die verfügbaren Hitzeschutzmaßnahmen und Verhaltensempfehlungen bei extremer Hitze zu informieren. Diese Kampagne soll über verschiedene Medienkanäle erfolgen, einschließlich sozialer Netzwerke, Stadtteilzentren und lokaler Medien, um eine maximale Reichweite und Wirksamkeit zu gewährleisten. Durch diese Initiativen möchten wir sicherstellen, dass alle Kölnerinnen und Kölner Zugang zu den notwendigen Ressourcen und Informa-



tionen haben, um gesund durch die heißen Sommermonate zu kommen.

#### **4.6.13 Konzepte gegen Einsamkeit entwickeln, Unterstützung von Aufklärung bei Depression und Suizidprävention**

Angesichts der wachsenden Problematik der sozialen Isolation und psychischen Gesundheit setzen wir uns in Köln für die Entwicklung und Umsetzung innovativer Konzepte gegen Einsamkeit ein. Ziel ist es, Begegnungsräume zu schaffen und Gemeinschaftsinitiativen zu fördern, die den sozialen Zusammenhalt stärken und Menschen aller Altersgruppen zusammenbringen.

Gleichzeitig verstärken wir unsere Bemühungen in der Aufklärung über Depressionen und Suizidprävention. Durch öffentliche Informationskampagnen, Schulungen für Fachpersonal und die Bereitstellung von Ressourcen für Betroffene und deren Angehörige wollen wir das Bewusstsein für diese Themen erhöhen und die Verfügbarkeit von professioneller Hilfe verbessern.

Unser Ansatz umfasst die Förderung von Selbsthilfegruppen, den Ausbau von Beratungsangeboten und die Unterstützung von Online-Plattformen, die schnellen und niederschweligen Zugang zu psychologischer Beratung bieten. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Lebensqualität verbessern, sondern auch lebensrettend wirken, indem sie Menschen in Krisensituationen wirksame Unterstützung und Hoffnung bieten.

#### **4.6.14 Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen**

In Köln erkennen wir die dringende Notwendigkeit, die Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze zu erhöhen, um den Bedürfnissen von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen gerecht zu werden. Der Ausbau von Kurzzeitpflegeeinrichtungen ist entscheidend, um Familien zu entlasten, die tägliche Pflege leisten, und bietet eine wesentliche Unterstützung bei der Erholung nach Krankenhausaufenthalten oder bei der Überbrückung von Betreuungslücken.

Wir setzen uns für eine signifikante Erweiterung der Kapazitäten in diesem Bereich ein und fordern die Stadt Köln auf, in die Schaffung zusätzlicher Kurzzeitpflegeplätze zu investieren. Dies soll durch die Bereitstellung von Fördermitteln und die Unterstützung von Einrichtungen erfolgen, die spezialisierte Kurzzeitpflegedienste anbieten.

Zusätzlich möchten wir diese wichtigen Dienste bekannter machen, damit mehr Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Informationen erhalten und diese wichtige Ressource effektiv nutzen können. Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen die Pflegelandschaft in Köln zu stärken und eine hochwertige Versorgung für alle zu gewährleisten, die temporäre Pflegeunterstützung benötigen.

#### **4.6.15 Hilfesystem für Alleinerziehende, die akut erkranken**

In Köln setzen wir uns für die Schaffung eines robusten Unterstützungssystems für alleinerziehende Eltern ein, die mit plötzlichen Krankheiten konfrontiert sind. Dieses System soll speziell darauf ausgerichtet sein, in akuten Notfällen rasch und effektiv zu helfen. Unsere Initiative beinhaltet die Einrichtung eines Netzwerks aus Notfall-Betreuungsdiensten, die kurzfristig einspringen können, um die Betreuung der Kinder sicherzustellen, während die Elternteile medizinische Hilfe erhalten oder sich erholen.

Wir fordern die Stadt Köln auf, zusammen mit lokalen Wohlfahrtsverbänden und gemeinnützigen Organisationen, Ressourcen bereitzustellen, die eine flexible und zuverlässige Betreuung ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung von Informationskampagnen, die alleinerziehende Eltern über verfügbare Unterstützungsangebote aufklären und ihnen den Zugang zu diesen erleichtern.

Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen eine stützende Gemeinschaft zu schaffen, die die besonderen Herausforderungen von alleinerziehenden Eltern anerkennt und aktiv adressiert, um ihre Lebensqualität und die ihrer Kinder zu verbessern.

#### **4.6.16 Trinkerräume in Köln, Pflegeeinrichtungen für alkoholranke Menschen**

In Köln erkennen wir die Notwendigkeit, spezielle Unterstützungsstrukturen für Menschen mit Alkoholabhängigkeit zu schaffen. Wir setzen uns für die Einrichtung von Trinkerräumen ein, in denen Betroffene in einer sicheren und kontrollierten Umgebung Alkohol konsumieren können. Diese Räume sollen nicht nur einen geschützten Raum bieten, sondern auch Zugang zu sozialen Diensten, medizinischer Betreuung und Beratung ermöglichen.

Darüber hinaus fordern wir den Ausbau von spezialisierten Pflegeeinrichtungen, die auf die Bedürfnisse von Menschen mit schweren Alkoholproblemen zugeschnitten sind. Diese Einrichtungen sollen umfassende Betreuungs- und Therapieprogramme anbieten, die auf die physischen und psychischen Aspekte der Alkoholabhängigkeit eingehen.

Die Stadt Köln soll in Partnerschaft mit Gesundheitsdienstleistern und sozialen Einrichtungen diese Projekte unterstützen, um eine adäquate Versorgung und Rehabilitation für alkoholranke Menschen zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen nicht nur die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern, sondern auch die öffentliche Gesundheit und Sicherheit zu stärken.



#### 4.6.17 Pflegeplätze für schwer kranke, obdachlose Menschen

Angesichts der besonderen Herausforderungen, denen schwer kranke, obdachlose Menschen in Köln gegenüberstehen, fordern wir die Einrichtung spezialisierter Pflegeplätze, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Diese Plätze sollen eine pro-



fessionelle medizinische und pflegerische Versorgung bieten, die sowohl die physischen als auch die psychosozialen Aspekte ihrer Situation berücksichtigt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit lokalen Gesundheits-

diensten und sozialen Einrichtungen diese Pflegeplätze schafft. Die Einrichtungen sollen nicht nur Unterkunft und medizinische Pflege bieten, sondern auch Zugang zu Rehabilitation und sozialen Betreuungsangeboten ermöglichen, um den Betroffenen eine möglichst ganzheitliche Unterstützung zu bieten.

Unser Ziel ist es, durch diese Initiative die Lebensqualität dieser besonders vulnerablen Gruppe zu verbessern und ihnen die Würde und Fürsorge zukommen zu lassen, die sie benötigen. Diese Maßnahme wird nicht nur den Betroffenen selbst zugun-

tekommen, sondern auch zur allgemeinen Gesundheits- und Sozialfürsorge in Köln beitragen. Dazu gehört auch die Beibehaltung des anonymen Krankenscheins, der die erforderliche medizinische Behandlung der Erkrankungen dieser in der Regel nicht krankenversicherten Menschen ermöglicht.

#### 4.7 Pflege

##### 4.7.1 Mehr Kurzzeitpflege in Köln

Menschen in Köln erreichen heute ein höheres Lebensalter und wünschen sich, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Doch die Realität zeigt: Nach einem Krankenhausaufenthalt oder während einer Erkrankung steigt der Bedarf an Betreuung oft schlagartig. Kurzzeitpflegeeinrichtungen bieten in diesen Phasen eine wertvolle Unterstützung, um die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit zu erleichtern und ein selbstbestimmtes Leben zu fördern.

Aktuell stehen in Köln 76 Betten in spezialisierten Kurzzeitpflegeeinrichtungen und zusätzlich 459 eingestreute Plätze in 82 vollstationären Einrichtungen zur Verfügung. Mit einer Quote von 42,0 Pflegebedürftigen pro Kurzzeitpflege-Platz liegt Köln hinter dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen (31,4). Diese Zahlen verdeutlichen einen deutlichen Handlungsbedarf: Es fehlt an einer umfassenden Pflegeplanung, die die Bedürfnisse unserer älteren Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

#### 4.7.2 Unsere Ziele für eine bessere Pflege in Köln

Wir setzen uns dafür ein, dass Köln eine zukunftsorientierte Pflegeplanung erhält, die sich mindestens am Landesdurchschnitt orientiert und gezielt auf die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung eingeht. Um den steigenden Bedarf zu decken, ist ein gezielter Ausbau der Kapazitäten in der Kurzzeitpflege notwendig.

Bei der Weiterentwicklung unserer Stadt sollen neben Kitas und Schulen auch die Bedürfnisse der älteren Generation berücksichtigt werden, um lebenswerte Quartiere für alle Generationen zu schaffen.

In einem Köln, das seine älteren Bürgerinnen und Bürger wertschätzt und unterstützt, sollen alle die Möglichkeit haben, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt zu leben. Gemeinsam können wir eine Stadt gestalten, die ihren älteren Bürgerinnen und Bürgern nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein Zuhause bietet.

#### 4.7.3 Innovative Ansätze für nachhaltige Pflegelösungen in der stationären Pflege

Die Pflegeeinrichtungen in Köln stoßen mit einer Auslastung von 97,8% bereits jetzt an ihre Grenzen, weit über dem Bundesdurchschnitt von 92,4%. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der wir handeln müssen, besonders im Hinblick auf

die demographische Entwicklung. Das Statistische Bundesamt prognostiziert für Köln bis 2040 einen Anstieg der Bevölkerung über 65 Jahre um fast 50%. Der Pflegeheim-Atlas 2018 identifiziert Köln als eine der sechs deutschen Städte mit dem größten Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen bis 2030 und 2035. Es ist daher unerlässlich, dass wir die Anzahl der Pflegeplätze von derzeit etwa 8.200 auf rund 12.100 erhöhen.

#### 4.7.4 Unsere Maßnahmen zur Bewältigung des Pflegeplatzmangels:

Um den immensen Bedarf zu decken, muss Köln dringend geeignete Grundstücke für den Bau neuer Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stellen. Wir planen, spezielle Zonen für Pflegeeinrichtungen auszuweisen, um eine schnelle und effiziente Nutzung zu ermöglichen.



Eine Reform der gesetzlichen Refinanzierungsbedingungen ist essentiell, um nachhaltige Investitionen in die Pflegeinfrastruktur zu fördern. Bessere finanzielle Anreize werden es ermöglichen, qualitativ hochwertige Pflegeangebote zu schaffen und zu erhalten.

Wir wollen innovative Pflegemodelle fördern und Partnerschaften zwischen der Stadt, privaten Investoren und sozialen Trägern stärken. Ziel ist es, flexible und zukunftsorientierte Pflegeleistungen zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen unserer älteren Bürgerinnen und Bürger gerecht werden.

Durch diese gezielten Maßnahmen werden wir nicht nur die dringend benötigten zusätzlichen Pflegeplätze schaffen, sondern auch eine nachhaltige und würdevolle Versorgung für Kölns ältere Generation sicherstellen. Es ist unsere Verantwortung und unser Bestreben, dass jede Kölnerin und jeder Kölner die Unterstützung und Pflege erhält, die sie oder er im Alter benötigt.

#### **4.7.5 Zukunftsweisende Stadtentwicklung: Pflege und Mehr-Generationen-Konzepte**

Die Stadtentwicklung Kölns steht vor der Herausforderung, dem steigenden Bedarf an stationären Pflegeplätzen gerecht zu werden. Bei der Planung neuer Wohngebiete ist es daher unerlässlich, von Beginn an Flächen für Pflegeeinrichtungen einzuplanen. Dies gewährleistet, dass wir nicht nur den aktuellen, sondern auch den zukünftigen Bedarf decken und eine umfassende Versorgung sicherstellen können.

#### **4.7.6 Förderung des generationsübergreifenden Zusammenlebens**

Um die Lebensqualität für Menschen aller Altersgruppen zu erhöhen, setzen wir auf die Schaffung von Wohnraum, der flexibel an unterschiedliche Lebensphasen angepasst werden kann. Dies beinhaltet die Möglichkeit, Wohnungen je nach Bedarf zu vergrößern oder zu verkleinern.

Wir wollen Dienste fördern, die älteren Menschen den Umzug in geeignetere Wohnformen erleichtern. Dies trägt dazu bei, dass ältere Bürgerinnen und Bürger länger selbstständig und in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

Programme wie „Wohn mobil“ oder „Neues Wohnen im Alter“ bieten wichtige Beratungs- und Unterstützungsleistungen, die wir intensivieren möchten. Diese Initiativen sind essenziell, um ältere Menschen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und ihnen den Zugang zu angepassten Wohnformen zu erleichtern. Durch diese Ansätze wird Köln zu einer Stadt, die nicht nur baulich, sondern auch sozial auf die Bedürfnisse ihrer älteren Bevölkerung eingeht. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Förderung des Zusammenlebens mehrerer Generationen, um durch gegenseitige Unterstützung und soziale Interaktion die Lebensqualität für alle zu erhöhen. Wir streben eine Gemeinschaft an, in der sich jedes Mitglied unterstützt und wertgeschätzt fühlt, unabhängig von seinem Alter.

#### 4.7.7 Innovative Arbeitsmarktintegration und Entlastung im Pflegesektor



In Köln, wie in ganz Deutschland, steht der Pflegesektor aufgrund demografischer Veränderungen und medizinischem Fortschritt vor großen Herausforderungen. Der steigende Bedarf an qualifiziertem Pflegepersonal und die hohe Belastung der Fachkräfte machen innovative Lösungen dringend erforderlich.

#### 4.7.8 Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung von Pflegefachkräften

Um den Arbeitsalltag von Pflegekräften zu erleichtern, setzen wir auf attraktive Anreize wie Betriebswohnungen, Jobtickets und Anwohnerparkausweise. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass Pflegekräfte ihre Klientinnen und Klienten schnell und ohne finanzielle Einbußen erreichen können.

In Pflegeeinrichtungen und betreutem Wohnen planen wir den verstärkten Einsatz von Pflegerobotern sowie intelligenten Assistenzsystemen wie Siri und Wii. Diese Technologien können Pflegekräfte entlasten, indem sie Routineaufgaben übernehmen wie die Erinnerung an Medikamenteneinnahme und die

Unterstützung bei körperlichen Übungen. Dadurch kann sich das Pflegepersonal intensiver den persönlichen Bedürfnissen der Betreuten widmen.

Zusätzlich zur technologischen Unterstützung sehen wir großes Potential in der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, speziell im Pflegebereich. Durch die Umsetzung des ‚Jobturbo‘-Programms der Bundesregierung in Köln wollen wir Flüchtlingen den Zugang zu Qualifikationen und Arbeitsmöglichkeiten im Pflegesektor erleichtern. Dies hilft nicht nur, den Fachkräftemangel zu lindern, sondern fördert auch die soziale Integration.

#### 4.7.9 Förderung von Mehrwert durch technologische und soziale Innovationen

Diese Initiativen sind Teil unserer Vision für ein zukunftsfähiges Köln, das technologische Innovationen und soziale Integration als Schlüssel zu einer besseren Lebensqualität und effektiveren Pflege sieht. Mit diesen Maßnahmen streben wir danach, die Pflegequalität zu erhöhen, während wir gleichzeitig den Pflegekräften mehr Raum für menschliche Zuwendung und professionelle Entfaltung bieten.

#### 4.8 Sport und Freizeit

Sport ist mehr als nur Freizeitbeschäftigung; er ist eine Quelle des Wohlbefindens und der Gemeinschaft. In Köln erkennen wir



das immense Potenzial des Sports, sowohl im Breiten- als auch im Spitzensport, und seine Fähigkeit, Menschen aller Altersgruppen zusammenzubringen. Ob Schulsport, Vereinssport, Individual- oder Teamsport – alle Formen tragen entscheidend zur Lebensqualität unserer Stadt bei.

#### **4.8.1 Zustand der Sportanlagen**

Aktuelle Berichte zeigen, dass die Stadtverwaltung oft nicht über den Zustand der Sportanlagen informiert ist. Dies ist inakzeptabel. Wir setzen uns für eine umfassende Bestandsaufnahme und regelmäßige Wartung aller Sportstätten ein, um sicherzustellen, dass sie sicher und zugänglich sind.

#### **4.8.2 Schwimmfähigkeit von Schulkindern**

Es ist besorgniserregend, dass nur noch sechs von zehn Schulkindern schwimmen können. Wir fordern die Einführung eines verstärkten Schwimmunterrichts an allen Schulen, um diese grundlegende Fähigkeit zu fördern und die Sicherheit unserer Kinder zu gewährleisten.

#### **4.8.3 Nachwuchsprobleme in Sportvereinen**

Um dem Rückgang bei den Mitgliederzahlen entgegenzuwirken, wollen wir gezielte Programme zur Nachwuchsförderung implementieren. Diese sollen nicht nur junge Talente ansprechen, sondern auch den Spaß am Sport vermitteln und langfristiges Engagement fördern.

#### **4.8.4 Unsere Vision: Köln in Bewegung**

Wir Freie Demokraten verstehen Sport als essentiellen Bestandteil einer lebendigen Stadt. Deshalb möchten wir:

1. Investitionen in moderne Sportinfrastruktur erhöhen, um attraktive und vielseitige Angebote zu schaffen.
2. Sport als integratives Element nutzen, um soziale Bindungen zu stärken und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu fördern.
3. Sportprogramme und Veranstaltungen ausbauen, die das gemeinschaftliche Erlebnis in den Vordergrund stellen und Köln als aktive, gesundheitsbewusste Gemeinschaft präsentieren.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir Köln nicht nur in Bewegung setzen, sondern auch als Vorreiter für eine gesunde, integrative und dynamische Stadtgemeinschaft positionieren. Wir wollen gemeinsam das volle Potenzial des Sports in Köln nutzen und entfalten.

#### **4.8.5 Verbesserung der Jugendsportförderung**

Erhöhung der Jugendsportpauschale: Die Mitgliedschaft in Sportvereinen hat signifikante positive Effekte auf die körperliche, soziale und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. In Köln unterstützen wir diese wichtige Tätigkeit mit einer jährlichen Förderung von 1 Million Euro, was derzeit etwa 13 Euro pro Kind entspricht.

Wir setzen uns dafür ein, die jährliche Förderung pro Kind von 13 Euro auf 25 Euro zu erhöhen. Diese Steigerung wird es Kölner Sportvereinen ermöglichen, ihre Angebote zu erweitern, professioneller zu gestalten und somit attraktiver für junge Menschen zu machen.

Neben der finanziellen Förderung ist es notwendig, die Struktur und Ausrichtung der Unterstützungsprogramme zu überdenken. Wir wollen Programme entwickeln, die gezielt auf die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen eingehen und die Teilnahme an Sportaktivitäten attraktiver und zugänglicher machen.

Um eine breitere Wirkung zu erzielen, sollten Sportvereine eng mit lokalen Schulen und Gemeindezentren zusammenarbeiten. Dies könnte durch gemeinsame Veranstaltungen, Sportfeste und regelmäßige Schnuppertage geschehen, die das Interesse am Sport wecken und langfristige Bindungen fördern.

#### **4.8.6 Sport im Alter**

Unser Ziel ist es, die Lebensqualität unserer älteren Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und ihre Gesundheit zu fördern. Sport und Bewegung spielen dabei eine zentrale Rolle. Regelmäßige körperliche Aktivität fördert nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch das geistige Wohlbefinden und die soziale Teilhabe.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Seniorinnen und Senioren bestmögliche Bedingungen vorfinden, um sportlich aktiv zu bleiben. Unsere Ziele und Maßnahmen im Bereich Sport und Gesundheit im Alter umfassen:

1. Förderung von Sport- und Bewegungsangeboten für Seniorinnen und Senioren durch Ausbau von altersgerechten Sportkursen und Bewegungsprogrammen in kommunalen Einrichtungen und Sportvereinen.
2. Förderung von speziellen Programmen wie Yoga, Tai Chi und Wassergymnastik, die sich besonders gut für ältere Menschen eignen.
3. Schaffung und Erhaltung von barrierefreien Sportstätten und Parks.



#### **4.8.7 Körperliche Gesundheit fördern**

Herz-Kreislauf-Gesundheit stärken: Wir werden Programme unterstützen, die regelmäßige körperliche Aktivität fördern und damit Herzkrankheiten vorbeugen.

Erhalt der Muskelmasse und Knochengesundheit: Durch gezielte Bewegungsangebote wollen wir die Muskelmasse stärken und Osteoporose vorbeugen. Wir fördern Aktivitäten wie Krafttraining und Gymnastik speziell für ältere Menschen.

Flexibilität und Gelenkgesundheit verbessern: Wir setzen uns für ein umfassendes Angebot an Bewegungskursen wie Yoga und Tai Chi ein, um die Flexibilität zu erhöhen und Arthritis-Symptome zu lindern.

#### **4.8.8 Geistige und emotionale Gesundheit stärken**

Geistige Gesundheit verbessern: Wir werden Initiativen fördern, die Sport als Mittel zur Stressbewältigung und zur Verbesserung der Stimmung einsetzen. Dazu gehören spezielle Programme für Seniorinnen und Senioren in Sportvereinen und Bürgerzentren sowie Angebote von Initiativen, die sich speziell an die ältere Generation wenden.

Kognitive Funktionen stärken: Wir unterstützen Aktivitäten, die die geistige Leistungsfähigkeit fördern und das Risiko von Demenz verringern. Regelmäßige Bewegung wird dabei als präventive Maßnahme anerkannt und gefördert.

Soziale Interaktion fördern: Wir setzen uns für Sportangebote ein, die es älteren Menschen ermöglichen, gemeinsam aktiv zu sein und so soziale Kontakte zu pflegen und Einsamkeit zu verhindern.

#### **4.8.9 Zugang zu Sportangeboten erleichtern**

##### **Barrierefreie Sportstätten:**

Wir werden sicherstellen, dass Sportanlagen und Fitnessstudios barrierefrei zugänglich sind, um allen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen.

##### **Finanzielle Unterstützung:**

Wir planen Zuschüsse und finanzielle Unterstützung für Seniorinnen und Senioren, die an Sport- und Fitnessprogrammen teilnehmen möchten.

##### **Informationskampagnen:**

Durch gezielte Informationskampagnen wollen wir ältere Menschen über die Vorteile von Sport und Bewegung aufklären und sie zur Teilnahme ermutigen.

#### **4.8.10 Nachhaltige und integrative Ansätze**

Schlafqualität verbessern: Durch die Förderung regelmäßiger Bewegung wollen wir die Schlafqualität unserer älteren Bürger verbessern, was sich positiv auf ihre gesamte Gesundheit auswirkt.



Längeres und gesundes Leben: Unser Engagement für Sport im Alter zielt darauf ab, die Gesundheit unserer älteren Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und damit die Lebenserwartung zu erhöhen. Darüber hinaus wollen wir mit unseren Angeboten die Freude an Bewegung sowie das soziale Miteinander fördern.

#### **4.8.11 Bekenntnis zum Leistungssport**

Köln ist eine Stadt, in der der Leistungssport zu Hause ist. In zahlreichen Sportarten gibt es Kölner Erst- und Zweitligacclubs. Die Deutsche Sporthochschule Köln vereint qualifizierte Lehre, internationale Forschung und Spitzensport als Deutschlands einzige Universität, die sich ausschließlich dem Themenfeld Sport und Bewegung widmet – mit 19 Instituten, 4 An-Instituten und 9 wissenschaftlichen Zentren.



Wir bekennen uns klar zum Leistungssport und wollen, dass auch in Kölner Schulen und Vereinen mehr für den Leistungssport getan wird. Schulen und Vereine sind die Einrichtungen, in denen Talente entdeckt und gefördert werden, so sie denn über die entsprechende Ausstattung und ausreichende Mittel verfügen. Damit wird weit mehr erreicht als nur der Grundstein für die Sportkarrieren Einzelner gelegt. Denn zukünftig kommende Spitzensportler aus Köln wirken positiv als Vorbilder für die Jugend.

#### **4.8.12 Vereinssport als Teil des schulischen Ganztags**

In Köln stehen wir vor einer Herausforderung: Viele Schülerinnen und Schüler sind zu wenig sportlich aktiv, Sportvereine kämpfen mit Nachwuchsmangel, und sportliche Talente bleiben oft unentdeckt. Um dies zu ändern, setzen wir uns dafür ein, dass der Vereinssport stärker in den schulischen Ganztags integriert wird. Diese Kooperationen sollen nicht nur die Gesundheit fördern und sportliche Fähigkeiten vermitteln, sondern auch gezielt Talente fördern und bis hin zum Ligasport entwickeln.

Ab 2026 besteht bundesweit ein Anspruch auf Ganztagsplätze in Schulen. Dies bietet eine hervorragende Gelegenheit, Sportprogramme noch intensiver in den Schulalltag zu integrieren und Kindern und Jugendlichen den Zugang zu regelmäßiger und qualifizierter sportlicher Betätigung zu erleichtern. Mit qua-



lifizierten Trainern und Trainerinnen in den Sportvereinen kann so ein Umfeld geschaffen werden, in dem junge Talente erkannt und gefördert werden.

Weitere Schritte zur Förderung des Schulsports:

- **Verstärkte Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Sportvereinen:** Durch die Zusammenarbeit können Sportangebote direkt in den Schulalltag eingebunden werden. Dies erleichtert den Schülerinnen und Schülern die Teilnahme und stärkt die Verbindung zwischen Schule und Verein.
- **Schulkinderbetreuung an Standorten der Sportvereine:** Wie die Stadt Düsseldorf soll Köln ein Konzept der schulischen Ganztagsbetreuung an Standorten von Sportvereinen erarbeiten und auszubauen.
- **Förderung von Sport als regulärem Teil des Ganztagsangebots:** Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung sollten Sportprogramme fest im Curriculum verankert werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund Zugang zu qualitativer sportlicher Förderung erhalten.

#### **4.8.13 Entwicklung spezialisierter Förderprogramme für talentierte Jugendliche**

Neben der Breitenförderung ist es wichtig, spezielle Programme für die Förderung hochtalentierter Schülerinnen und Schü-

ler zu etablieren, die möglicherweise Interesse an einer sportlichen Karriere haben.

Diese Initiativen werden nicht nur die physische und psychische Gesundheit der jungen Menschen in Köln verbessern, sondern auch die Sportvereine stärken und das sportliche Niveau in der ganzen Stadt heben. Indem wir Sport als wesentlichen Bestandteil der schulischen Bildung etablieren, investieren wir in eine gesunde, integrative und leistungsfähige Zukunft für unsere Kinder und Jugendlichen.

#### **4.8.14 Zwei neue Schulschwimmbäder zur Sicherung der Schwimmfähigkeit von Kindern**

Die Fähigkeit zu schwimmen ist eine lebenswichtige Kompetenz, die in den letzten zehn Jahren bei Kindern in Köln alarmierend zurückgegangen ist. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzen wir uns entschieden dafür ein, dass alle Kölner Kinder schwimmen lernen können. Dies betrachten wir nicht nur als eine Frage der Sicherheit, sondern als ein grundlegendes Recht jedes Kindes.

**Unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit:**

- Wir fordern den Bau von zwei neuen Schulschwimmbädern: Um den Zugang zum Schwimmunterricht zu verbessern, planen wir den Bau von zwei neuen Schulschwimmbädern, jeweils eines rechts- und eines linksrheinisch.

Diese Schwimmbäder mit 25-Meter-Bahnen sollen es ermöglichen, dass deutlich mehr Kinder Schwimmunterricht erhalten und der Vereinssport im Schwimmen endlich die geforderten erhöhten Wasserzeiten erhält.

- Ein zusätzliches Schwimmbad im Kölner Westen: Angesichts der geografischen Verteilung der Bevölkerung und der bestehenden Infrastruktur schlagen wir vor, eines der neuen Schulschwimmbäder im Kölner Westen zu errichten. Dies wird den Zugang zu Schwimmeinrichtungen in dieser Region verbessern und die Teilnahme am Schwimmunterricht erleichtern.
- Integration der Schwimmbäder in Schulbaupakete: Um eine zügige Realisierung zu gewährleisten, sollen die Schwimmbäder in die bereits ausgeschriebenen Schulbaupakete integriert werden. Dies ermöglicht eine effiziente Nutzung der Ressourcen und eine schnelle Umsetzung des Projekts.
- Neubau des Genoveva-Bades: Zusätzlich zu den Schulschwimmbädern fordern wir den Neubau des Genoveva-Bades in Köln-Mülheim, um die dort vernachlässigte Schwimm-Infrastruktur zu stärken.
- Fortführung des Programms „Sicheres Schwimmen“: Dieses Programm der KölnBäder GmbH (Kölner Stadtwerke) und der Stadt Köln hat sich als effektiv erwiesen und sollte fortgeführt und ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder in Köln sicher schwimmen lernen.

Durch diese Maßnahmen können wir die Schwimmfähigkeit unserer Kinder verbessern und sicherstellen, dass sie nicht nur in der Schule, sondern ihr Leben lang von den Vorteilen und der Sicherheit, die das Schwimmen bietet, profitieren. Unsere Kinder verdienen die bestmögliche Ausbildung und Förderung ihrer Fähigkeiten – das Schwimmenlernen ist dabei eine fundamentale Säule.

#### **4.8.15 E-Sports als Sport anerkennen**

Als deutsche Gaming-Hauptstadt mit vielen Arbeitsplätzen in der Entwicklung und mit vielen Messegästen muss Köln das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial von E-Sports für unsere Stadt erkennen und nutzen. Wichtig ist für uns Liberale die Gleichwertigkeit von E-Sports mit “klassischen” Sportarten.

#### **4.8.16 Ausbau von Outdoor-Fitness-Parks in jedem Kölner Stadtbezirk**

Der Trend zum vereinsungebundenen Sport im Freien wächst kontinuierlich. Laufstrecken und Fitness-Parcours im Freien erfreuen sich steigender Beliebtheit, doch in Köln gibt es derzeit noch zu wenige dieser Sportmöglichkeiten. Inspiriert vom Erfolg des Outdoor-Fitness-Parks



im Inneren Grüngürtel, setzen wir uns dafür ein, in jedem Stadtbezirk mindestens zwei ähnliche Anlagen zu errichten.

Diese öffentlichen Sporteinrichtungen haben sich als äußerst beliebt erwiesen und dienen nicht nur der körperlichen Betätigung, sondern auch als Treffpunkte der sozialen Interaktion.

Weitere Schritte zur Förderung des Outdoor-Sports:

1. **Integration lokaler Sportvereine:** Lokale Sportvereine sollen aktiv in die Planung und Errichtung neuer Fitness-Parks eingebunden werden. Dies fördert die lokale Vernetzung und Nutzung der Anlagen durch organisierte Sportgruppen.
2. **Unterstützung des Sportmobils der Sportjugend Köln:** Das Sportmobil der Sportjugend Köln, das speziell darauf ausgerichtet ist, Kinder und Jugendliche zu mehr Bewegung zu motivieren, soll besser gefördert werden. Durch gezielte Programme und Veranstaltungen in den neuen Outdoor-Fitness-Parks kann das Sportmobil effektiv zur Steigerung der sportlichen Aktivität beitragen.
3. **Kommerzielle Fitnesskurse auf städtischen Grünflächen:** Die Stadtordnung soll geändert werden, um bezahlte Angebote, ob nun durch Fitnesstrainer/innen oder durch Sportvereine auf städtischen Grünflächen zu erlauben. Wir unterstützen eine Nutzungsgebühr für kommerzielle Angebote zur Instandhaltung der Parkanlagen, immerhin

**nutzen gepflegte Parks neben der Öffentlichkeit auch den Sportangeboten.**

Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Zugang zu qualitativen Sport- und Bewegungsmöglichkeiten zu verbessern und die Lebensqualität in Köln durch aktive Förderung der körperlichen Fitness und des sozialen Miteinanders zu erhöhen.

#### **4.8.17 Vollständige Umsetzung des Kunstrasenprogramms in Köln**

Trotz der fortschrittlichen Planung steht in Köln immer noch die Errichtung von mehr als 30 mikroplastikfreien Kunstrasenplätzen aus, die mit Kork oder Sand gefüllt sind. Diese Plätze bieten im Vergleich zu traditionellen Rasenplätzen zahlreiche Vorteile: Sie sind dreimal so belastbar, benötigen weniger Fläche, sind wintertauglich, erfordern geringeren Wartungsaufwand und weisen eine Lebensdauer von bis zu 10 Jahren auf.

Wir fordern, dass die Stadt Köln ihrer Verpflichtung nachkommt und das Kunstrasenprogramm zügig und vollständig umsetzt. Die Einrichtung der ausstehenden 30 Kunstrasenplätze ist essentiell, um den Sportbetrieb in der Stadt nachhaltig zu verbessern und den Vereinen sowie den Bürgern ganzjährig nutzbare Sportflächen zur Verfügung zu stellen.

#### **Zukünftige Maßnahmen:**

1. **Schnelle und effiziente Umsetzung:** Die Stadt soll einen

konkreten und zeitnahen Plan für die Fertigstellung der Kunstrasenplätze vorlegen und umsetzen.

2. **Nachhaltigkeit und Umweltschutz:** Bei der Auswahl der Materialien ist besonders auf Umweltverträglichkeit zu achten. Mikroplastikfreie Füllmaterialien wie Kork und Sand sind nicht nur umweltfreundlich, sondern bieten auch hervorragende Spieleigenschaften.
3. **Einbeziehung der Nutzer:** Sportvereine und Nutzer sollten in den Planungsprozess miteinbezogen werden, um sicherzustellen, dass die neuen Anlagen ihren Bedürfnissen entsprechen.

Durch die vollständige Realisierung dieses Programms wird Köln als eine Stadt positioniert, die aktiv moderne und umweltfreundliche Sportinfrastrukturen fördert. Dies verbessert nicht nur die sportlichen Bedingungen, sondern trägt auch zum Umweltschutz bei.

#### **4.8.18 Dynamischer Ausbau der Sportinfrastruktur**

Die Stadt Köln hat ihren ersten umfassenden Sportentwicklungsplan verabschiedet, der den städtischen Raum für mehr Sport und Bewegung öffnet. Auf unseren Antrag hin wurde auch das Verbot, in städtischen Grünanlagen Fußball zu spielen, aufgehoben, wodurch neue Trendsportarten, die besonders junge Menschen ansprechen, nun verstärkt gefördert werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Integration von Sportanlagen für alle Altersgruppen ein fester Bestandteil der Planung neuer Wohngebiete wird. Zudem fordern wir eine beschleunigte Sanierung und den Neubau von Sporthallen und weiteren Sportanlagen, basierend auf einer klaren Auflistung der aktuellen und zukünftigen Bedarfe.

Ein jährlicher Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung des Sportentwicklungsplans soll sicherstellen, dass beschlossene Maßnahmen effektiv umgesetzt und bei Bedarf angepasst werden. Dieser Bericht wird es ermöglichen, dass weder die kreativen Ideen noch die Vorschläge für eine sportlich aktive Großstadt in den bürokratischen Mühlen untergehen. Sportvereine sowie die Sportverwaltung werden aufgefordert, basierend auf ihren Erfahrungen mit der Umsetzung, notwendige Korrekturen und Verbesserungen vorzuschlagen, um den Plan dynamisch weiterzuentwickeln.

#### **4.8.19 Förderung und Ausbau von Behindertensportangeboten**

Köln ist stolz auf seine lange Tradition im Behindertensport, sowohl im Leistungs- als auch im Breitensport.





Über 5.000 Mitglieder in etwa 50 Sportvereinen engagieren sich im organisierten Behindertensport der Stadt. Der Behindertensport fördert die Emanzipation und gesellschaftliche Akzeptanz von Menschen mit Behinderung, verbessert das Selbstbild der Sportlerinnen und Sportler und stärkt ihre Position in der Gesellschaft.

Dennoch stehen wir vor Herausforderungen: Viele Sportanlagen sind nicht behindertengerecht gestaltet, sowohl für Aktive als auch für Zuschauende. Zudem bestehen weiterhin viele Berührungspunkte.

Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung des Behindertensports ein und wollen die Sportanlagen entsprechend ausbauen. Ein konkretes Projekt, das wir unterstützen, ist die Initiative des Rollstuhl-Basketballvereins „Köln 99ers“ in Köln-Stammheim zur Realisierung eines barrierefreien Sportparks.

#### **4.8.20 Verantwortung für Bezirkssportanlagen**

In Köln wird die Bedeutung der Bezirkssportanlagen als Orte der Gemeinschaft und des Sports großgeschrieben. Es ist essenziell, dass die Stadt ihre Verantwortung für die Instandhaltung und Sanierung dieser Anlagen ernst nimmt. Trotz der wertvollen Beiträge einiger Vereine kann und sollte die Hauptlast nicht allein auf diesen liegen. Die Stadt muss eine aktive Rolle einnehmen, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger

Zugang zu qualitativ hochwertigen Sportanlagen haben, was ein Grundrecht auf körperliche Betätigung unterstreicht.

#### **4.8.21 Erweiterung des Sportentwicklungsplans mit präziser Bedarfsanalyse**

Wir setzen uns für eine umfangreiche und unvoreingenommene Bedarfsanalyse ein, die bestimmt, wie viele und welche Arten von Sportplätzen in Köln noch benötigt werden. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei nicht nur, aber auch den populären Sportarten wie Fußball und Tennis gewidmet werden. Dieser proaktive Ansatz fördert eine zukunftsorientierte städtische Planung, die den Bedürfnissen aller gerecht wird und die Sportlandschaft in Köln dynamisch weiterentwickelt.

#### **4.8.22 WLAN in allen städtischen Sportanlagen**

Das Angebot von freiem WLAN in Sportanlagen und Sporthallen ist ein entscheidender Schritt zur Digitalisierung und Modernisierung der städtischen Infrastruktur. Dies verbessert nicht nur die Erfahrung der Nutzerinnen und Nutzer, sondern fördert auch die Möglichkeiten für digitale Trainingsmethoden und den einfachen Zugang zu sportlichen Informationen und Veranstaltungen.

#### **4.8.23 Sicherung des Mitternachtssports**

Die Mitternachtssportangebote sind in Köln sehr erfolgreich und erreichen Jugendliche, die häufig Sport nicht als Freizeitangebot



nutzen bzw. nicht nutzen können. Mitternachtssport dient auch als präventive Maßnahme für sinnvolle Freizeitgestaltung und fördert gesunde Lebensweisen. Indem wir Jugendlichen und jungen Erwachsenen attraktive sportliche Alternativen in den Abendstunden bie-

ten, tragen wir zur Lebensqualität in unserer Stadt bei.

#### **4.8.24 Integration von Sport-Sozialarbeit zur Gewaltprävention**

Sportliche Aktivitäten kombiniert mit Sozialarbeit sind ein bewährtes Mittel zur Förderung von sozialen Kompetenzen und zur Prävention von Gewalt. Programme, die Sport und soziale Betreuung verbinden, sollen in Köln verlässlich und dauerhaft etabliert werden, um allen Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialem Stand, Teilhabe zu ermöglichen.

#### **4.8.25 Entwicklung und Umsetzung von BMX- und Skateranlagen inklusive Parkour**

Auf Basis bestehender Machbarkeitsstudien sollen neue Anlagen für BMX, Skaten und Parkour entwickelt und realisiert werden. Diese modernen Sportarten ziehen insbesondere die Jugend an und sind wichtig für die urbane Kultur. Deren Ausbau

unterstreicht das liberale Verständnis von individueller Freiheit und Selbstverwirklichung. Wir setzen uns auch für eine Skaterhalle, betrieben durch einen Verein, im linksrheinischen Köln ein, da dafür großer Bedarf besteht.

#### **4.8.26 Professionellere Organisation von Sportveranstaltungen**

Köln soll wie das Beispiel Düsseldorf eine spezialisierte Organisationseinheit gründen, die sich ausschließlich um eine Bewerbung und Durchführung von großen Sportveranstaltungen kümmert. Dies würde es der Stadt ermöglichen, sich noch mehr als attraktiven Austragungsort für nationale und internationale Sportevents zu etablieren. Durch diese zentralisierte und professionelle Herangehensweise können wir die wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile maximieren, die solche Veranstaltungen für Köln bringen.

### **4.9 Kultur**

Unsere Gesellschaft wird aktuell geprägt von tiefgreifenden Verunsicherungen. Populistische Bewegungen wollen polarisieren, unsere freiheitlich demokratische Ordnung gerät unter Druck – ähnliche Bewegungen können wir in benachbarten Ländern beobachten. Autoritär-nationalistische, illiberale Politikmodelle erscheinen vielen Menschen attraktiv, versprechen sie doch einfache Ordnung in unordentlichen Zeiten. Kunst und Kultur sind Felder, die nicht nur selbst von Freiheit und Toleranz leben,

sie sind auch hervorragende Übungsfelder für den Umgang mit komplexen und herausfordernden Situationen. Kunst macht es uns nicht leicht, aber eine Gesellschaft, die die Freiheit und die Herausforderung der Kunst schätzt und pflegt, hat es leichter, den falschen Versprechen einfacher Lösungen zu widerstehen. Kunst und Freiheit sind eng miteinander verbunden, und wir Freien Demokraten fühlen uns der Kultur und denen, die Kultur schaffen, in besonderer Weise verbunden und verpflichtet.

Von einem Kulturdiskurs, der diese Dimensionen von Kultur für die Stadtgesellschaft anspricht, ist in Köln leider wenig zu spüren. Stattdessen dominiert ein deprimierender Kulturbau-tendiskurs, der von Planungsversagen und Kostenexplosionen geprägt ist. Obwohl diese Baudesaster eigentlich mit Kultur und Kulturpolitik reichlich wenig zu tun haben, leidet das Image der Kultur unter diesen Vorgängen.

Damit werden Chancen für die Ausstrahlung und die Entwicklung unserer Stadt sträflich vertan. Anderes kommt erschwerend hinzu: ein schwächliches Kulturmarketing weit unterhalb dessen, was z.B. Hamburg, Bremen oder Berlin investieren, oder eine Förderung der Freien Szene, die deren Potentiale nicht nur unzulänglich hebt, sondern mit Kürzungen noch weiter limitiert.

Die Kölner Kulturpolitik braucht dringend einen klaren, nachvollziehbaren Plan für die konsequente Profilierung Kölns als

Kulturstadt, die national und international ausstrahlt. Dafür braucht es klare Weichenstellungen durch die Politik und eine konsequente Umsetzung durch die Verwaltung.

#### **4.9.1 Haushaltspolitik mit Gespür für vulnerable Strukturen**

Der Kulturhaushalt der Stadt Köln macht über 4% vom Gesamthaushalt aus. Die insgesamt 300 Millionen Euro werden zum größten Teil von Institutionen und Bauinvestitionen beansprucht. Das Kölner Kulturstadtrat, das für die Förderung der Freien Szene zuständig ist, verfügt dagegen nur über 11 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass gerade hier viele Mittel nicht institutionell gesichert, sondern in Projektförderungen fließen, die als „freiwillige Leistungen“ schnell von Haushaltskonsolidierungen bedroht sind. Mit solchen Einsparungen im Kulturretat saniert man keinen Haushalt, aber man gefährdet die vulnerabelsten Strukturen, die gleichzeitig die kreativsten und innovativsten sind. Wir Freien Demokraten wollen eine Haushaltspolitik, die diese Bereiche schützt, nicht gefährdet.

#### **4.9.2 Kulturentwicklungsplan umsetzen und konsequent weiterentwickeln**

Mit dem Kulturentwicklungsplan (KEP) liegt eine gute Analyse der Kölner Kulturszene und Beschreibung der Aufgabenfelder vor. Köln muss aber auch die Kraft zur Prioritätensetzung und gezielten Umsetzung haben. In den letzten Jahren ist das Ratsbündnis nicht über kleinere Maßnahmen hinausgekommen. Wir wollen dagegen, dass der KEP zu einer echten Richtschnur fortentwi-

ckelt wird und zu konkreten Maßnahmen führt. Dafür soll in der kommenden Wahlperiode auch eine gründliche Evaluierung des Umsetzungsstandes und der Zielsetzungen erfolgen.

#### **4.9.3 Nachhaltige Bewirtschaftung kultureller Einrichtungen**

Die städtischen Kulturinstitutionen müssen in die Lage versetzt werden, wirtschaftlich selbstständig geführt werden zu können. Mehr Vertrauen in die Mitarbeitenden und die Befreiung von den bürokratischen Fesseln führen auch zu mehr kreativem Freiraum. Wir wollen, dass notwendige Kontrollen und Prüfungen regelmäßig in nachgeordneten Verfahren mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten sichergestellt werden. Wir möchten den Institutionen also Freiraum in der Umsetzung geben, erwarten aber umgekehrt zuverlässige Berichterstattung und Bilanzerstellung.

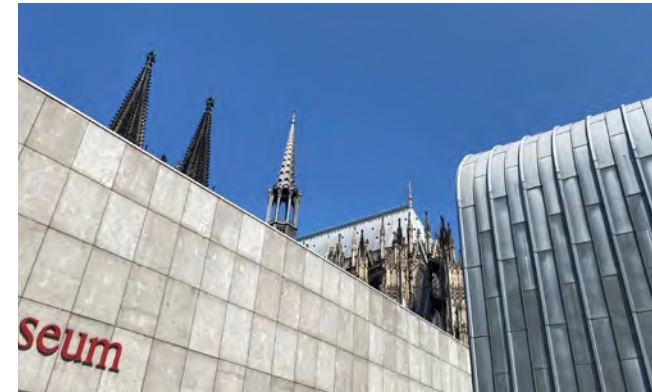
#### **4.9.4 Die Kölner Museen müssen wieder strahlen**

Die Kölner Museumslandschaft ist in keinem guten Zustand. Häuser sind geschlossen und sind in Interims, andere stehen vor Sanierungen. Die personelle Ausstattung ist oft unzureichend. Die Folgen sind spürbar: Die Besucherzahlen sind enttäuschend, bundesweit ausstrahlende Ausstellungen selten. Die Strukturen des Museumsverbundes müssen überprüft und angepasst werden. Zentrale Services können die einzelnen Häuser entlasten, z.B. im Ticketing, für technische Dienste,

Buchhaltung und Finanzen. Museumsdirektionen sollten sich auf das künstlerische und wissenschaftliche Programm konzentrieren können. Gleichzeitig muss endlich ernst gemacht werden mit der Befreiung der Museen aus den Verwaltungs- und Politikfesseln. Sponsoring- und Marketingpotenziale der Kölner Museen müssen gesteigert werden. Die Stadt selbst muss mit einer Steigerung des Museumsetats ihren eigenen Beitrag leisten. Das Ziel von all dem sollte klar sein: Der Zuspruch muss deutlich gesteigert werden. Wir begrüßen die Zielmarke des Kulturdezernenten, der für das Jahr 2029 zwei Millionen Besucherinnen und Besucher fordert. Dies kann mit attraktiverem Programm, das mehr Kulturinteressierte nach Köln lockt, einem Vermittlungsprogramm, das neues Publikum erschließt, aber auch mit der Öffnung der Häuser für die Stadtgesellschaft im Sinne Dritter Orte gelingen.

#### **4.9.5 Depotsituation der Kölner Museen zukunftsfähig lösen**

Zuletzt hat die Kulturverwaltung den Vorschlag eines Zentraldepots für die Kölner Museen gemacht. In den Raum wurde die erstaunliche Summe von 280 Millionen Euro gestellt. Wir





sind davon überzeugt, dass das günstiger geht. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation muss es das auch! Klar ist, dass die aktuelle, in teils ungeeigneten Lagern zerstreute Situation unhaltbar ist. Wir wollen eine transparente Prüfung realistischer Alternativen zu einem Zentraldepot. Hierfür soll externe Expertise hinzugezogen werden. Auch die Ausschreibung eines Depots, das von Investoren für die Stadt Köln geplant, errichtet und möglicherweise sogar betrieben wird, muss geprüft werden.

#### **4.9.6 Zeughaus als Standort des Stadtmuseums optimal nutzen**

Die Stadt Köln hat über Jahre viel Geld für Pläne ausgegeben, das sanierungsbedürftige Zeughaus als Standort des Stadtmuseums aufzugeben und es in die geplante „Historische Mitte“ an



den Roncalliplatz zu verlegen. Den geschichtsträchtigen und ebenso zentralen Ort für das Stadtmuseum aufzugeben, haben wir immer für einen schweren Fehler gehalten. Es ist dem finanziellen Sachverstand der Hohen Domkirche zu verdanken, dass dieses Projekt nicht weiter verfolgt wird. Es öffnet

sich nun wieder die Chance, das Stadtmuseum im historischen Zeughaus der Stadt mit der preußischen Wache direkt an der rö-

mischen Stadtmauer zu belassen. Für das inzwischen leer gezeichnete Gebäude braucht es schnellstmöglich einen ideenreichen Sanierungsplan. Am Roncalliplatz muss nun eine alternative Nutzung entwickelt werden. Das architektonisch wertvolle Studiengebäude sollte erhalten bleiben.

#### **4.9.7 Ein Ideenlabor für die zukünftige Stadtentwicklung**

Direkt neben dem Zeughaus verfügt die Stadt Köln über einen Parkplatz. Dort wurden schon oft aufwändige Anbauten für das Zeughaus diskutiert. Wir schlagen eine einfache Lösung auf einer schlichten Fundamentplatte vor, um ein Ideenlabor für die zukünftige Stadtentwicklung zu errichten. Der unmittelbare Zusammenhang zum Stadtmuseum vereint Vergangenheit und Zukunft an einem Standort. Stadtgeschichte ist niemals abgeschlossen, sondern muss von einer aktiven Stadtgesellschaft immer neu vorangetrieben werden.

#### **4.9.8 Die Freie Szene in allen Sparten stärken**

Neben den hohen Summen für die städtischen Institutionen erscheint der Anteil für die Akteure der Freien Szene sehr klein – zu klein angesichts der hohen Zuschauer- und Besucherzahlen und des breiten Angebots. Die Forderung der Freien Szene nach einem festen Anteil (20%) an der institutionellen Förderung unterstützen wir. Wir wollen, dass Förderungen nicht mehr auf das Prinzip der Selbstausbeutung der Künstlerinnen und Künstler bauen. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderwürdiges

**Die Stadt der selbstbestimmten,  
freien Entfaltung**

auskömmlich finanziert werden soll. Mindesthonorare sollten auch für Förderungen der Stadt Köln verbindlich werden.

#### **4.9.9 Depot 1 und Depot 2 im Carlswerk als Produktions- und Aufführungszentrum entwickeln**

Wir begrüßen, dass das Carlswerk als Außenspielstätte der Bühnen Köln und als Spielort für die Freie Szene mit dem Schwerpunkt Tanz erhalten bleibt. Konkrete Modelle für die



Bespielung müssen in realistische Szenarien ausgearbeitet werden. Zwar werden in einem ersten Schritt die Bühnen Köln die betrieblichen Strukturen sicherstellen, perspektivisch sollte aber eine selbstständige Struktur im Sinne eines Aufführungs- und Produktionszentrums unter

gleichberechtigter Beteiligung der Freien Szene entwickelt werden. Das Ziel muss der Anschluss Kölns an die erste Liga der nationalen und internationalen performativen Künste sein.

#### **4.9.10 Kulturelle Bildung und Partizipation systematisch weiterentwickeln**

Ästhetische Erfahrung ist ein wichtiges Element freiheitlicher Identitätsbildung. Berührung mit Kunst und Kultur kann Hori-

zonte erweitern. Die damit verbundenen Chancen sollten wir allen Kindern eröffnen. Dafür brauchen wir ein ganzheitliches Konzept kultureller Bildung, das in Zusammenarbeit mit unseren Bildungseinrichtungen von KiTa bis zu weiterführenden Schulen entwickelt wird und gerade Kinder und Jugendliche mit bildungsferneren und einkommensschwächeren Hintergründen erreicht.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Einrichtungen, den Kitas und weiterführenden Schulen in Köln stärken und die Kinder früh an Kultur heranzuführen. Das verpflichtende Angebot des Offenen Ganztages ab 2026 eröffnet neue Möglichkeiten für die Integration kultureller Bildungsangebote in den schulischen Alltag. Diese wollen wir nutzen!

#### **4.9.11 Popkultur ernst nehmen und die Clubszene schützen und stärken**

Popmusik und -kultur sind für das Kölner Kultur- und Nachtleben wichtige Anker. Vernetzungsstrukturen, Nachwuchsförderung und Professionalisierungsunterstützung sind wichtige Aspekte für die Stärkung der Popszene. Hier hinkt Köln aber anderen Großstädten hinterher. Hamburg und Berlin machen vor, wie mit professioneller Förderung aus guten Voraussetzungen mehr gemacht werden kann. Wir wollen, dass Popmusik und -kultur als Bestandteil der Kölner Kulturszene ernst genommen werden. Dazu gehört auch, wichtige Orte der Club-

szenen zu erhalten. Köln hat die gleichen Voraussetzungen wie etwa Hamburg und Berlin. Wir dürfen den Anschluss nicht verpassen. Aus diesem Grund wollen wir uns für das gezielte Voranbringen von Vernetzungs- und Unterstützungsinitiativen wie dem Club-Cluster einsetzen. Wo wichtige Orte der Clubszene in Konflikt geraten mit dem Wunsch nach mehr Wohnraum, müssen Bebauungspläne den Erhalt dieser Orte sicherstellen. Wir sprechen uns gegen jegliche Form von Tanzverboten aus.

#### **4.9.12 Vergnügungssteuer für Tanz-, Musik- und Filmveranstaltungen abschaffen**

Die Stadt Köln hat in der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer Art festgelegt, dass gewerbliche Tanz- und Filmveranstaltungen der Vergnügungssteuer unterliegen. Viele solcher Veranstaltungen sind ein Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt. Ohne solche Veranstaltungen würde sich die Kreativszene nicht derart frei entfalten können, wie es in unserer Stadt möglich ist. Durch viele Abgaben ist es für die Veranstalter aber heutzutage immer schwieriger, kostendeckend tätig zu sein. Gleichzeitig fallen für kulturelle Veranstaltungen mit Musik und Tanz keine Steuern an. Die Grenzen, wann eine kulturelle Veranstaltung und wann eine der Vergnügungssteuer unterfallende Veranstaltung vorliegt, verlaufen allerdings fließend. Wir wollen die Vergnügungssteuer für gewerbliche Tanz-, Musik- und Filmveranstaltungen abschaffen. Köln soll damit dem Beispiel vieler anderer Kommunen folgen.

Somit wollen wir die Veranstalter entlasten und ein breitgefächertes Angebot in unserer Stadt sichern.

#### **4.9.13 Professionelles Kulturmarketing nachhaltig verstärken**

Städte wie Frankfurt, Hamburg oder Bremen haben es längst vorgemacht: Das Werben um Kulturtouristen lohnt sich. Besucherzahlen können deutlich gesteigert und so auch finanzielle Spielräume erweitert werden. Auch die Stadt als Ganzes profitiert von kulturellem Stadtmarketing – durch Umsatzsteigerungen sowie durch positive Imagebildung. Die Kampagne „Kultur lebt in Köln“ hat im Herbst 2019 einen Anfang gemacht, konnte aber nicht überzeugen und wurde sang- und klanglos eingestellt. Das darf nicht das letzte Wort gewesen sein! Es braucht – mehr denn je – eine seriös geplante und wettbewerbsfähige Kampagne, die mit einem tragfähigen Budget und einem nachhaltigen Konzept für die Kulturstadt Köln wirbt. Eine weitere Eintagsfliege darf es nicht geben! Die erste Bewährungsprobe stellt die Eröffnung der Bühnen am Offenbachplatz dar.



## 5. Die weltoffene Heimatstadt



Heimat ist dort, wo man verwurzelt ist und neue Wurzeln schlagen kann. Köln war schon immer offen für verschiedene Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt. Wir wünschen uns ein Köln, das all diejenigen anzieht, die ihr Leben aktiv gestalten und bereit zur Integration sind – um damit einen positiven Beitrag zum Zusammenleben zu leisten.

„Neukölner“ werden schnell zu echten Kölnern, da unser liebevoll gepflegtes Brauchtum niemanden ausschließt

und die traditionell weltoffene Haltung Kölns Raum für neue Impulse bietet. Köln, die Stadt der Vielfalt, soll dies auch weiterhin bleiben. Wir verstehen Internationalität als Schlüssel zur Entwicklung Kölns hin zu einer europäischen Metropole, die sich Gästen aus aller Welt als erstklassiger Gastgeber präsentiert.

### 5.1 Köln - unsere Heimatstadt

#### 5.1.1 Veedelsbezeichnungen auch für die Innenstadt

Die Kölner Veedel und ihre Namen sind identitätsstiftend in einer wachsenden Millionenstadt und auch Ausdruck für Heimat. In ganz Köln haben sich offiziell die Veedelnamen durchgesetzt, nur in der Innenstadt hält die Stadtverwaltung an den alten, preußischen „Verwaltungseinheiten“ Altstadt Nord und Süd sowie Neustadt Nord und Süd fest. Wir wollen auch in der Innenstadt den Veedeln ganz offiziell ihre Bezeichnungen wie Belgisches Viertel oder Kunibertsviertel geben und haben eine entsprechende politische Initiative gestartet. Die Verwaltung soll ein Bürgerbeteiligungsverfahren einleiten, um die Veedelsbenennungen in der Innenstadt umzusetzen.



**Die weltoffene Heimatstadt Stadt**



### 5.1.2 Karneval als Ausdruck Kölner Lebensfreude und von Zusammenhalt

Der Kölner Karneval bringt die unterschiedlichsten Menschen unter dem Banner der Kölner Lebensfreude zusammen. Gerade sein integrativer Charakter erfüllt eine wichtige Funktion in einer vielfältigen Stadtgesellschaft, die es zu stärken gilt. Darum wollen wir Initiativen, die den Karneval an Kitas, Schulen und in den Veedeln organisieren, fördern. Vereine, die Umzüge sowie



Karnevalssitzungen durchführen und unter Auflagen, Gebühren und Genehmigungsgutachten bis hin zur Aufgabe leiden, soll die Stadt ebenso wie ehrenamtlich Engagierten unbürokratisch helfen. Karneval verstehen wir als ein Stück Heimat im besten Sinne. Darum unterstützen wir auch das

Festkomitee Kölner Karneval bei seiner Suche nach einem neuen attraktiveren Standort für das Kölner Karnevalsmuseum in der Innenstadt.

### 5.1.3 Die kölsche Sprache pflegen und fördern

Viel zu lange war es verpönt, Kölsch zu sprechen. Das hat sich gerade auch durch die vielen populären Kölsch singenden Bands geändert, doch im Alltag verschwindet die Kölsche

Sprache immer mehr. Wir wollen unseren Dialekt wieder mehr pflegen und fördern, indem die Vermittlung an Schulen und anderen Institutionen unterstützt wird.

### 5.2 Integration und Geflüchtete

Köln ist Heimat und hat eine 2000-jährige Zuwanderungsgeschichte, die nicht umsonst viel besungen wird. Abseits vom Pathos ist die Multinationalität Kölns und seiner Einwohnerinnen und Einwohner eine Bereicherung für unsere Stadt und im Alltag überall sichtbar.

Dennoch sehen wir auch hier noch großen Nachholbedarf. Köln muss seinem Ruf gerecht werden, Menschen verschiedenster Hintergründe eine Heimat bieten zu können und Menschen in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Wir streben nach einem weltoffenen und toleranten Köln. Individualität, Pluralismus sowie kulturelle und religiöse Vielfalt bereichern unser Zusammenleben. Für uns Freie Demokraten ist erfolgreiche Integration ein zentraler Schlüssel für die gemeinsame Entwicklung unserer Stadtgesellschaft in Wohlstand und Demokratie. Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn ethnische und kulturelle Unterschiede anerkannt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Zugewanderte keine Parallelgesellschaften bilden.

### 5.2.1 Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen

Für uns Freie Demokraten ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung, Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, müssen menschenwürdig untergebracht werden. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung ein, die sich an den städtischen Leitlinien orientiert, das heißt, dass nicht mehr als 80 Personen an einem Standort leben.

Im Jahr 2015 kamen Hunderte von geflüchteten Menschen in unsere Stadt. Sie fanden keine adäquate Unterkunft und mussten sogar in Turnhallen untergebracht werden. Diesen Zustand gilt es künftig zu verhindern. Wir benötigen Unterbringungskapazitäten, die als Reserve dienen, falls wieder mehr geflüchtete Menschen in unsere Stadt kommen.

Städtische Flüchtlingsunterkünfte sollten mit entsprechenden Breitbandanschlüssen ausgestattet werden, damit die Geflüchteten im Kontakt zu den Angehörigen in ihren Heimatländern bleiben können.

### 5.2.2 Integration von Geflüchteten mit Bleiberecht

Ehrenamtlich Engagierte waren und sind eine hervorragende Unterstützung bei der Integration von Geflüchteten, sei es im Sportverein oder bei der Hausaufgabenhilfe. Kindergärten und

Schulen spielen für die Integration von Flüchtlingskindern eine zentrale Rolle. Für diese Aufgabe braucht es aber neben dem ehrenamtlichen Engagement vor allem Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher.

Wer bei uns arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen möchte, soll daran nicht durch Arbeitsverbote gehindert werden. Ganz im Gegenteil: Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht ist die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

### 5.2.3 Mehr frühkindliche Sprachförderung und bilinguale Kindergärten

Die Forschung zur Mehrsprachigkeit hat deutlich herausgearbeitet, dass für Kinder, die Deutsch als Zweitsprache erwerben, die richtige Beherrschung der Muttersprache eine wichtige Voraussetzung ist. Wir möchten, dass diese Kinder zwei Sprachen gut beherrschen und nicht beide schlecht oder mittelmäßig. Diese Förderung muss so früh wie möglich erfolgen. Wir fordern deshalb den Ausbau von herkunftssprachlich bilingualen KiTa-Gruppen.



#### **5.2.4 Förderung der Diversität im öffentlichen Dienst**

Die personelle Struktur des öffentlichen Dienstes sollte die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegeln. Leider sehen viele Menschen mit Migrationshintergrund den öffentlichen Dienst nicht als potenzielle Karriereoption für sich. Um diese Barrieren abzubauen, sollten gezielte Werbemaßnahmen, auch in Kölner Schulen, durchgeführt werden. Dabei steht die individuelle Eignung im Vordergrund, nicht die Herkunft.

#### **5.2.5 Kulturfest in Köln**

Die Freien Demokraten schlagen die Einführung eines Kulturfests vor, das als Familienveranstaltung die verschiedenen Kulturen Kölns sichtbar und erlebbar macht. Es wäre denkbar, dieses Fest in wechselnden Stadtbezirken abzuhalten, um die lokale Vielfalt hervorzuheben.

#### **5.2.6 Unterstützung von Integrationsprojekten in Vereinen**

Vereine, sei es im Sport, Brauchtum oder anderen Bereichen, spielen eine zentrale Rolle für den sozialen Zusammenhalt. Allerdings bestehen für Zugewanderte oft unsichtbare Hürden, die den Vereinen selbst nicht immer bewusst sind. Wir plädieren dafür, dass die Stadt Beratungsangebote zur interkulturellen Öffnung von Vereinen bereitstellt, an die sich die Verantwortlichen wenden können. Die Auszeichnung von Best-Practice-Beispielen könnte zudem als Inspiration dienen.

#### **5.2.7 Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen strukturell ausbauen**

In Köln gibt es über 100 Migrantenselbstorganisationen. Das ist ein starker eigenständiger Beitrag für eine gelingende Integration. Wir regen an, diese Strukturen durch einen Verbund zu stärken. Dies soll dem Austausch untereinander dienen und auch die weitere Vernetzung mit der Stadtgesellschaft erleichtern. Eine solche Verbundstruktur sollte vom neu geschaffenen Amt für Integration und Vielfalt unterstützt und begleitet werden.

#### **5.2.8 Einführung von freiwilligen Willkommenspersonen**

Wir fordern den Einsatz von Willkommenspersonen, die ausländische Fach- und Führungskräfte im Rahmen des vom Rat der Stadt Köln beschlossenen Welcome Desks zusätzlich unterstützen. Dabei soll es sich um freiwillige Bürgerinnen und Bürger handeln, die die Fachkräfte in der ersten, kritischen Ankunftsphase persönlich betreuen und als Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner für alle Belange fungieren.

Das bisherige Konzept des Welcome Desks weist eine solche persönliche Note in der Integration nicht auf. Vorgesehen ist hier lediglich die Betreuung ausländischer Fach- und Führungskräfte durch die Stadt Köln sowie durch externe Netzwerke.

Der persönliche Faktor aber ist gerade mit Blick auf eine gelingende Integration sowie auf eine nachhaltige Arbeitsmarktpoli-

tik entscheidend. Neben der Unterstützung bei den administrativen Herausforderungen, die im Rahmen des Welcome Desks durch professionelle Kräfte seitens der Stadt Köln bearbeitet werden, erlauben die freiwilligen Betreuerinnen und Betreuer einen direkten Einblick in die Lebenswelt Deutschlands und insbesondere der Stadt Köln. Durch diesen empathischen Zugang zur Gesellschaft helfen sie den Fach- und Führungskräften, in der Stadt Köln nachhaltig Fuß zu fassen, wodurch deren Integration beschleunigt und gefestigt wird.

Letztlich sollen sie das noch fehlende, essentielle Puzzlestück des Welcome Desks sein, das den persönlichen, kölschen „Touch“ liefert und dem Welcome Desk nachhaltig zum Erfolg verhilft.

### **5.2.9 Informationsbroschüre zur mehrsprachigen Erziehung**

Wir setzen uns für die Erstellung einer Informationsbroschüre zur mehrsprachigen Erziehung von Kindern ein. Diese Broschüre soll Eltern aufzeigen, wie sie eine effektive Zwei- oder Mehrsprachigkeit in der Familie fördern können. Sie soll bei allen Kölner Kinderärztinnen und -ärzten ausgelegt und im Rahmen der Einschulungen sowie der KinderWillkommen-Besuche (KiWi) der Stadt Köln verteilt werden. Auf diese Weise erreichen wir die Eltern direkt und bieten ihnen wertvolle Informationen über die Vorteile und bewährten Methoden der mehrsprachigen Erziehung.

Die Broschüre beinhaltet praktische Ratschläge und bewährte Methoden, um eine erfolgreiche mehrsprachige Erziehung zu gewährleisten. Sie stärkt das Bewusstsein für die Bedeutung aller Sprachen und ermutigt Eltern dazu, jede Sprache gleichermaßen zu fördern sowie ihre Muttersprache in die Bildung ihrer Kinder einzubeziehen.

Diese Maßnahme ist besonders wichtig, da viele Familien bei der mehrsprachigen Erziehung auf interne und externe Herausforderungen stoßen. Häufig fehlen ihnen die nötige Kompetenz und das Wissen für eine erfolgreiche mehrsprachige Förderung. Externe Faktoren wie ablehnende Einstellungen gegenüber bestimmten Sprachen oder der Mehrsprachigkeit können ebenfalls den Erfolg der Erziehung zur Mehrsprachigkeit beeinträchtigen.

Eine mehrsprachige Erziehung fördert nicht nur die Sprachkenntnisse, sondern auch das Verständnis und die Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen. Durch die gebündelte Bereitstellung notwendiger Informationen tragen wir zur Förderung einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft bei.





### 5.2.10 Willkommenspersonen für Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus



Wir fordern den Einsatz von Willkommenspersonen für geflüchtete Neubürgerinnen und Neubürger mit Aufenthaltsstatus. Die Willkommenspersonen sollen mit den Verwaltungsvorgaben und den Prozessen der lokalen Administration vertraut sein, um den Geflüchteten die erste, für das Ankommen in Deutschland und die weitere Integration kritische Phase zu erleichtern.

Die Willkommensperson fungiert als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für alle Fragen. Sie informiert die Geflüchteten nicht nur über alle notwendigen Schritte bei ihrer Ankunft in der Stadt, sondern kann sie auch zu allen Terminen persönlich begleiten. Insbesondere bei Neubürgerinnen und Neubürgern, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, können Willkommenspersonen mit ähnlichem kulturellem oder nationalem Hintergrund eingesetzt werden. Sie dienen nicht nur als Übersetzerinnen oder Übersetzer im sprachlichen, sondern auch im interkulturellen Sinne.

Die Willkommensperson schafft dadurch auch einen Zugang zur Kultur und Gesellschaft der Stadt. Dadurch hat sie direkten Einfluss auf eine gelingende Integration der Neubürgerinnen und Neubürger.

Die deutsche Bürokratie kann für ausländische und/oder der deutschen Sprache nicht gänzlich mächtige Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einer Vielzahl an Hürden und Herausforderungen verbunden sein. Angefangen bei der Anmeldung des Wohnsitzes über die Registrierung eines Kraftfahrzeugs bis zur Schulanmeldung der Kinder oder der Eröffnung eines Kontos stehen komplexe Anmeldeverfahren im Vordergrund. Dies gilt besonders angesichts der mangelnden Digitalisierung der deutschen Verwaltung.

Die Sprachbarriere führt oft dazu, dass die Kommunikation mit den Fachkräften in der Verwaltung und behördliche Anforderungen zu schwer überbrückbaren Hindernissen für Neuankömmlinge wird, insbesondere wenn es keine ausreichenden Übersetzungsdienste gibt. Die relative Strenge der deutschen Bürokratie bedeutet, dass Fehler oder unvollständige Dokumente zu Verzögerungen im Anmeldeverfahren führen können. Gleiches gilt für die langen Wartezeiten in der Verwaltung.

### 5.2.11 Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK)

Mit Unterstützung der FDP wurde bereits im Jahr 2005 die Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK) für die Stadt

Köln eingerichtet. Die Kommission setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Verwaltung, des Integrationsrates, der freien Wohlfahrtspflege und der Flüchtlingsberatungsstellen zusammen und berät die kommunale Ausländerbehörde bei Härtefallentscheidungen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag für Menschen, die sich vorbildlich in unserer Stadt integriert und hier ihr Zuhause gefunden haben. Wir setzen uns für den Erhalt der Kommission ein.

#### **5.2.12 Zugang zu Integrationskursen erleichtern**

Um jungen Müttern den Zugang zu Integrationskursen zu erleichtern, sollten passende Kinderbetreuungsangebote in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Die Stadt könnte hier mit der Volkshochschule (VHS) eine Vorreiterrolle übernehmen.



Leider gibt es auch Integrationskurse von Anbietern, deren Abschlüsse von den zuständigen Behörden nicht anerkannt werden, was für die Teilnehmenden zu einem unnötigen Zeit- und Kostenaufwand führen kann. Für Neuankömmlinge, die sich in

der Sprache und im Kurssystem noch nicht auskennen, ist dies oft schwer zu erkennen. Daher fordern wir die Einführung eines

Gütesiegels für Integrationskursanbieter, um Transparenz und Qualität zu gewährleisten.

#### **5.2.13 Initiativen wie „Stadtteilerlern“ und „Integrationslotsen“ ausbauen und systematisieren**

Gelingende Integration ist nicht nur eine Frage der Bereitschaft der Neuankommenden, sondern auch eine der Chancen und Möglichkeiten, die unsere aufnehmende Gesellschaft bietet. Einen wichtigen Beitrag können hier schon integrierte Zuwanderinnen und Zuwanderer leisten, weil sie aus ihrer Erfahrung besonders glaubwürdige Helfer und Unterstützer sein können. Den Aufbau solcher Unterstützungsstrukturen, wie es Projekte wie „Stadtteilerlern“ oder „Integrationslotsen“ darstellen, sollten wir systematisieren und ausbauen.

#### **5.2.14 Haus der Einwanderungsgesellschaft**

Schon seit vielen Jahrzehnten engagiert sich Domid e.V. für die Dokumentation und Erforschung der Einwanderungsgeschichte in Köln. Inzwischen ist daraus eine bundesweit bedeutsame Einrichtung geworden. Wir freuen uns sehr, dass der Bund und das Land NRW sich für Köln als Standort für ein Haus der Einwanderungsgesellschaft entschieden haben. Mit der Industriehalle in Kalk ist auch ein guter Standort gefunden, den die Stadt Köln einbringen will. Wir unterstützen Idee und Standort und wollen mit Land und Bund eng für die Realisierung zusammenarbeiten.

### 5.3 Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit

In unserer Gesellschaft werden Menschen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes oder ihrer religiösen Zugehörigkeit immer wieder ausgegrenzt und bedroht. Rechtspopulistische Hetze und verbale Angriffe gefährden das gesellschaftliche Zusammenleben, indem sie im vermeintlichen Namen der Deutschen gegen Minderheiten hetzen. Besonders unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind häufig von fremdenfeindlichen Vorurteilen betroffen, und der Islam wird von Rechtspopulisten als Feindbild instrumentalisiert und rassistisch aufgeladen. Wir tolerieren es nicht, dass Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder ihres Aussehens diskriminiert, angefeindet oder bedroht werden.

Leider stellt auch Antisemitismus ein wachsendes Problem dar. 75 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Vernichtungszuges gegen das europäische Judentum müssen wir feststellen, dass Antisemitismus nie vollständig verschwunden war und sogar wieder zunimmt. Unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich zunehmend bedroht. Zuwanderung aus Ländern, in denen Hass auf Juden und Israel staatlich gefördert wird, trägt zu einem veränderten gesellschaftlichen Klima bei. Dennoch bleibt der rechtspopulistische Antisemitismus die größte Bedrohung für das gesellschaftliche Miteinander. Wir stehen entschieden an der Seite unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Für uns Freie Demokraten ist es unmissverständlich, dass Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit keinen Raum in unserer Gesellschaft haben dürfen.

#### 5.3.1 Bekämpfung von Antisemitismus

Jüdisches Leben hat in Köln eine lange Geschichte. Jüdinnen und Juden kamen mit den Römern in die Stadt, haben die Gesellschaft auf vielfältige Weise geprägt und mitgestaltet. Seit nachweislich mehr als 1700 Jahren gibt es jüdisches Leben in der Stadt. Als Beleg gilt das Edikt des römischen Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321, welches auch den Anstoß gab für das bundesweit begangene Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland war.



Köln kommt also mit Blick auf die Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland eine ganz besondere Rolle zu. Die Stadt ist heute wieder Heimat verschiedener jüdischer Communities.

Jüdisches Leben ist jedoch bedroht und gefährdet durch Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungsformen. Antisemitismus stellt eine permanente Belastung und Einschränkung für Jüdinnen und Juden in Köln dar. Darüber hinaus ist er ein Angriff auf die demokratische Kultur unseres Landes.

Wir setzen uns dafür ein, dass endlich Maßnahmen ergriffen werden, die Antisemitismus wirksam bekämpfen und nachhaltig vorbeugen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Antisemitismus in all seinen Ausprägungen erkannt und entsprechend benannt wird. Wir fordern,

1. dass sich Köln der internationalen Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anschließt. Die Bundesregierung unterstützt diese Definition bereits seit 2017. Sie sollte auch für Köln handlungsleitend sein.
2. eine qualifizierte Ansprechperson in der Stadtverwaltung, die ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Antisemitismus in Köln erarbeitet und eine koordinierende Rolle einnimmt.
3. keine städtische Förderung von Antisemitismus.

Wir fordern, dass Vereine, Initiativen und Institutionen, die antisemitischen Inhalten einschließlich israelbezogenem Antisemitismus Raum geben, keine kommunalen Fördermittel mehr bekommen. Mit Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus soll auf den sogenannten „3D-Test“ zurückgegriffen werden. Alle Institutionen und Projekte, die kommunal gefördert werden, müssen die Arbeitsdefinition der IHRA anerkennen und anwenden.

Es wird zunehmend berichtet, dass „du Jude“ auf Schulhöfen wieder als Beleidigung verwendet wird. Besonders seit dem 7. Oktober 2023 häufen sich Berichte über offen antisraelischen Antisemitismus in Schulen. Wir fordern Schulleitungen und Lehrkräfte auf, entschlossen gegen diese Entwicklungen vorzugehen, unterstützt von der Schulverwaltung. Das Thema Antisemitismus muss präventiv in den Unterricht eingebunden werden. Neben der Aufklärung über die Verbrechen des Nationalsozialismus ist es wichtig, jüdisches Leben in Deutschland positiv zu vermitteln. In Zusammenarbeit mit der Jüdischen

Gemeinde sollte ein strukturiertes Besuchs- und Austauschprogramm entwickelt werden. Latente und manifeste antisemitische Einstellungen sind weit verbreitet und kommen in allen gesellschaftlichen Milieus vor. Schulen sind Spiegel der Gesellschaft

und insofern gleichermaßen betroffen. Schule ist, neben der Familie, zentraler Sozialisationsort für Kinder und Jugendliche. Insofern sollten Schulen in der Bekämpfung von Antisemitismus eine Schlüsselrolle zukommen. Den Schwerpunkt der Anstrengungen auf Schulen in Köln zu legen und damit frühzeitig bei jungen Menschen anzusetzen, kann wesentlich dazu beitragen, mittel- und langfristig das Ausmaß an antisemitische





Einstellungen in der Gesellschaft zu reduzieren. Zudem tragen Schulen die Verantwortung dafür, allen Kindern eine diskriminierungsfreie Schulzeit zu ermöglichen und jüdische Schülerinnen und Schüler vor antisemitischer Diskriminierung zu schützen. Daher fordern wir umfassende Sensibilisierungskampagnen sowie Fortbildungsangebote für Beschäftigte in der Schulsozialarbeit und für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen. Zudem sollten alle Kölner Schulen verpflichtet werden, ein Konzept zur Prävention und zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu entwickeln und umzusetzen. Darüber hinaus ist es wichtig, Schulpartnerschaften mit israelischen Schulen sowie den Schüleraustausch verstärkt zu fördern und zu unterstützen.

Auch im Kulturbereich ist struktureller Antisemitismus ein großes Problem. Der Skandal um die Documenta steht nur für eines von vielen Beispielen. Wir fordern, dass kulturelle Angebote, die antisemitische Inhalte und Motive transportieren, nicht mehr seitens der Stadt Köln gefördert werden. Vielfach fehlt das Bewusstsein für die Problematik und Antisemitismus wird als solcher oft nicht erkannt. Breite Sensibilisierungs- und Aufklärungsangebote für Mitarbeitende im Kölner Kulturbetrieb sind daher unerlässlich, sollten angeboten und entsprechend kommuniziert werden.

Auch die Erwachsenenbildung ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Antisemitismus. Wir fordern aus diesem Grund

eine Förderung Maßnahmen in der Erwachsenen- und der politischen Bildung zur Aufklärung zu allen Formen von Antisemitismus, auch und insbesondere zum Israelbezogene Antisemitismus und zur Sichtbarmachung jüdischen Lebens und Vielfalt in Köln und darüber hinaus.

Bildung gegen Antisemitismus, für Demokratie und zur vorurteilsbewussten Erziehung beginnt bereits im Vorschulalter. Wir fordern daher die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte in kommunalen Kindertagesstätten, um Konzepte zur vorurteilsbewussten Erziehung und zur Prävention gegen Antisemitismus zu implementieren.

Lebendige Städtepartnerschaften sind unerlässlich für den Austausch mit anderen Kulturen und zum Abbau von Vorurteilen. Köln hat das Privileg, mit Tel Aviv eine pulsierende Metropole als Partner zu haben. Wir fordern eine Intensivierung des Austauschs zwischen Köln und Tel Aviv, vor allem im Bereich der Kultur und der Wirtschaft. Gerade die lebendige Startup-Szene von Tel Aviv, die Digitalisierung sowie die Maßnahmen zum Umgang mit den Herausforderungen



im Zuge des Klimawandels sind in Israel exemplarisch und sollten einen besonderen Stellenwert und mehr Sichtbarkeit in der Stadtgesellschaft bekommen.

Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen muss gewährleistet werden. Leider ist es notwendig, jüdische Einrichtungen besonders vor Übergriffen zu schützen. Obwohl die jüdischen Gemeinden bereits viel für ihre eigene Sicherheit tun, dürfen wir sie damit nicht allein lassen. Wir Freie Demokraten setzen uns uneingeschränkt für den Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein und werden in diesem Bereich keine Kompromisse eingehen.

### **5.3.2. Aufklärung gegen Alltagsrassismus**

Die Stadt Köln muss sich gut sichtbar gegen Rassismus stellen und für die Betroffenen deutlich Stellung beziehen, damit deutlich wird, dass die Kölnerinnen und Kölner in großer Mehrheit an ihrer Seite stehen. Wir fordern dafür eine konstante Kampagne für Toleranz und gegen Ausgrenzung, die fest zum Erscheinungsbild der Stadt gehören soll. Nicht als einmalige Aktion, sondern dauerhaft!

### **5.3.3 Bildung gegen Rassismus**

Vorurteile sind der Nährboden für Rassismus und sie basieren oft auf Unkenntnis. Aufklärung gelingt am besten in direkter Begegnung. Deshalb unterstützen wir Bildungsprojekte wie

z.B. das Projekt Brückenbauer. Hier werden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dabei unterstützt, durch gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv vorzugehen.

### **5.3.4 Religiöse Vielfalt wertschätzen und sichern**

Das Bekenntnis zur religiösen Vielfalt verlangt, dass wir Menschen unterschiedlichen Glaubens ermöglichen, ihren Glauben in der Praxis offen und angstfrei auszuüben. Das erschöpft sich nicht in einer Vorzeigemoschee. Die Stadt Köln soll Religionsgemeinschaften bei der Suche nach würdigen Räumlichkeiten aktiv unterstützen und sensibel auf Sicherheitsbedürfnisse reagieren.

### **5.3.5 Muslimische Bestattungen ermöglichen**

Jede Religion sollte das Recht haben, ihre eigenen Rituale zu praktizieren. In Köln lebt eine große Zahl muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln private islamische Friedhofsflächen zulässt, auf denen nach den Regeln des muslimischen Ritus bestattet werden kann.

### **5.4 Diversity**

Köln ist eine Stadt, die offen für vielfältige Lebensweisen ist. Unabhängig von sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, religiösem Glauben oder körperlichen Besonderheiten möchten wir in einer toleranten und inklusiven Gesellschaft leben. Es reicht jedoch nicht aus, nur auf das kölsche Motto

„Jeder Jeck ist anders“ zu setzen – es bedarf eines aktiven Engagements gegen jede Form von Diskriminierung und Benachteiligung! Wir setzen uns für die Anerkennung und Wertschätzung sowohl selbstgewählter Lebensentwürfe als auch angeborener Identitäten ein. Kein Mensch soll aufgrund seiner Individualität ausgegrenzt oder angefeindet werden. Politische Maßnahmen zur Förderung von Diversität betreffen nicht nur Minderheiten, sondern alle Menschen – und damit jede und jeden von uns.

#### 5.4.1 Diversity-Konzept weiterentwickeln

Mit dem 2016 verabschiedeten Diversity-Konzept hat Köln einen wichtigen Schritt in Richtung eines umfassenden Diversity-Managements gemacht. Jetzt fordern wir eine Evaluierung, die die Perspektiven der betroffenen Gruppen einbezieht. Das Amt für Vielfalt sollte einen solchen Prozess initiieren und begleiten. Unser Ziel ist es, das Konzept in allen Bereichen der Stadt weiter umzusetzen und sicherzustellen, dass die Menschen in Köln sich frei entfalten und sie selbst sein können. Dazu gehört auch die Verbesserung der Situation von transsexuellen, transgender und intergeschlechtlichen Menschen, beispielsweise durch geschlechtergerechte Formulare in allen städtischen Einrichtungen oder durch verstärkte Schulungen für das Personal in städtischen Kliniken und Rettungsdiensten, um für die Belange dieser Menschen zu sensibilisieren.

#### 5.4.2 Die LGBTIQ\*-Community macht Köln aus

Die LGBTIQ\*-Community ist ein essenzieller Teil Kölns. Es freut uns, dass Köln für diese Gemeinschaft besonders attraktiv ist – laut einer Studie der Stadt aus dem Jahr 2019 identifizieren sich 10,6 % der Kölner Bevölkerung als lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intergeschlechtlich oder queer. Dies spricht nicht nur für die tolerante Atmosphäre der Stadt, sondern verpflichtet uns auch, diese Vielfalt weiter zu fördern. Köln soll seine internationale Bekanntheit als „Rainbow City“ weiter ausbauen, da die LGBTIQ\*-Community maßgeblich dazu beiträgt, dass Köln als weltoffene und vielfältige Stadt wahrgenommen wird. Veranstaltungen wie der CSD und der fest etablierte Come-Together-Cup haben unsere volle Unterstützung.



Doch über diese bekannten Events hinaus setzen wir uns für die Anerkennung verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten ein. Wir möchten Beratungszentren wie das Rubicon oder das Anyway für Familien und Jugendliche weiter stärken und ausbauen. Die Aufklärungsarbeit an Schulen soll intensiviert und für bestehende Angebote in der Stadt, wie die Fachstelle für Queerpolitik, ColognePride e.V., SC Janus, das Centrum Schwule Geschichte, Regenbogenfamilien

Köln und die Aidshilfe Köln, geworben und zusätzliche finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden. Zudem setzen wir uns für LGBTIQ\*-Ampeln, wie sie zum CSD am Heumarkt zu sehen sind, an ausgewählten Standorten im gesamten Stadtgebiet sowie für Regenbogen-Zebrastreifen, insbesondere im Bereich um die Schaafenstraße, ein.

#### **5.4.3 Interreligiösen Austausch verstärken mit einem „Tag der Religionen“**

Der bereits etablierte Rat der Religionen ist ein wichtiges Instrument. Der gemeinsame Austausch führt zu Achtung und Akzeptanz. In einer Zeit, in der religiöse Differenzen wieder politisiert und für Ausgrenzung und Diffamierung genutzt werden, müssen wir das gemeinsame Gespräch in der offenen und demokratischen Gesellschaft pflegen. Gegen Antisemitismus, Antiislamismus und alle religionsbezogene Hetze hilft auch besseres Kennenlernen. Wir Freie Demokraten möchten diesen Prozess stärken und schlagen deshalb einen „Kölner Tag der Religionen“ vor. In öffentlichen Veranstaltungen soll religiöse Vielfalt erklärt und erlebbar werden. Die Stadt Köln soll als neutrale Instanz des Gemeinwesens den gemeinsamen Bezugspunkt und eine organisatorische Plattform bilden.

#### **5.5 Ehrenamt fördern**

Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des Zusammenhalts in Köln. Dies wurde besonders beim starken Zustrom von Ge-

flüchteten deutlich, gilt aber ebenso für viele Initiativen, die abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit wirken. In Bereichen wie sozialen Einrichtungen, Sport oder Kultur wäre vieles ohne das Engagement von Ehrenamtlichen nicht möglich. Wir sind der Meinung, dass dieses Engagement Anerkennung und Unterstützung verdient.

#### **5.5.1 Digitale Plattform für das Ehrenamt**

Wir schlagen die Einführung einer digitalen Plattform für das Ehrenamt vor. Hier könnten Suchanfragen und Angebote gezielt zusammengeführt werden, um den Austausch zwischen Bedarf und Bereitschaft zum Engagement zu erleichtern. Diese Plattform sollte mit der Website des Kölner Ehrenamtspreises verknüpft werden, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

#### **5.5.2 Ehrenamtskarte ausbauen**

Zudem möchten wir die Ehrenamtskarte mit attraktiven Erweiterungen ausbauen und dadurch das ehrenamtliche Engagement noch stärker fördern. Auf der digitalen Plattform könnten Ehrenamtspunkte gesammelt werden, die in teilnehmenden Einrichtungen wie Museen, Theatern oder Sportveranstaltungen eingelöst werden können, um das Ehrenamt noch reizvoller zu gestalten.

#### **5.6 Internationale Perspektiven**

Köln, gegründet von den Römern, trägt die Internationalität seit jeher in sich. Von der Zeit als Hansestadt bis hin zur heutigen



Zuwanderung hat Köln immer über seine Stadtgrenzen hinausgewirkt. Gleichzeitig scheint auch eine gewisse Selbstbezogenheit zum Wesen der Stadt zu gehören, die oft wenig auf die Außenwelt blickt. Zwischen diesen beiden Extremen muss ein Gleichgewicht gefunden werden – wobei es deutlich wichtiger ist, die internationale Anschlussfähigkeit weiter zu fördern, als sich nach innen zu orientieren.

#### **5.6.1 Pflege der Städtepartnerschaften deutlich ausbauen**

Die Partnerschaften Kölns mit Städten weltweit bieten eine hervorragende Gelegenheit, den Horizont zu erweitern und Vorurteile abzubauen. Diese Möglichkeiten sollten entschlossener genutzt werden. Die ehrenamtlichen Vereine, die diese Beziehungen pflegen, brauchen mehr Unterstützung. Die Gründung des gemeinsamen Netzwerks „Cologne Alliance“ war ein wichtiger Schritt, nun muss die Stadt mehr Ressourcen bereitstellen, um das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial dieser Verbindungen auszuschöpfen.

#### **5.6.2 Mehr Schüleraustausch mit Partnerstädten**

Schüleraustauschprogramme mit den Partnerstädten sollten verstärkt werden, um der Jugend interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen und so Offenheit und Toleranz zu fördern. Es gilt, direkte Schulkontakte intensiver zu fördern und systematisch auszubauen.

#### **5.6.3 Köln mehrsprachig machen**

Um Köln zugänglicher zu machen, sollten mehrsprachige Informationen, insbesondere auf Englisch, im Stadtzentrum Standard werden. Im digitalen Bereich muss die Stadt ihre Serviceangebote in den Sprachen der wichtigsten Besucher und Neubürger ausbauen, beispielsweise durch eine „Köln International“-App.

#### **5.6.4 Köln als internationale Marke in Tourismus und Wirtschaft ausbauen**

Köln sollte sich stärker als internationale Marke im Tourismus und in der Wirtschaft positionieren. Die Stadt ist bereits ein bedeutendes Touristenziel, doch es braucht mehr Initiativen, um Köln als hochwertigen Kulturstandort und als attraktives Ziel für mehrtägige Aufenthalte zu vermarkten. Dies könnte auch das Image Kölns als attraktiven Standort für hochqualifizierte Arbeitsplätze stärken, was auf internationalen Arbeitsmärkten zunehmend entscheidend ist.



## 6. Die Stadt, die rechnen kann



**Politik muss gestalten, sie muss die Dinge so anpacken, dass sie funktionieren und finanzierbar sind. Wir brauchen eine Politik, die an nachfolgende Generationen denkt und so Verantwortung für die Zukunft übernimmt. Deshalb muss Köln aufhören, von seiner Substanz zu leben. Wir fordern einen ausgeglichenen Haushalt, die gelbe Null für Köln! Umso wichtiger ist es, Projekte seriös zu kalkulieren und zügig durchzuführen.**

**Die Kapazitäten der städtischen Verwaltung müssen auf die Aufgaben konzentriert werden, die für das Funktionieren unseres Gemeinwesens wichtig sind. Die Stadt muss sich nicht um alles kümmern, aber was sie macht, muss sie gut machen.**

### 6.1. Finanzen

#### 6.1.1 Aufgaben auf den Prüfstand stellen

Angesichts schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen (u.a. durch Inflation, Zinssteigerungen, Tarifsteigerungen, Baukostensteigerungen) sowie gestiegener Aufgaben, die zum Teil auf neue Gesetzgebungen von Bund und Land zurückgehen, aber nicht von diesen ausgeglichen werden, ist die Aufstellung eines soliden Haushalts in diesen Zeiten besonders herausfordernd. Teure Prestigeprojekte können wir uns nicht mehr leisten. Auf Projekte wie die Historische Mitte zu verzichten, wird jedoch nicht reichen. Ausgabenkürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ gilt es zu vermeiden. Es braucht einen umfassenden Überblick. Und: Alle Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Viele Positionen im Haushalt der Stadt Köln gehen auf gesetzlich vorgegebene Aufgaben zurück, andere gehen auf Aufgaben zurück, die zum Erhalt der Vielfalt in allen Bereichen notwendig sind. Die aktuelle Lage muss ein Anlass sein, alle Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen.

### 6.1.2 Einhaltung des Konnexitätsprinzips

Gesetzlich vorgegebene Aufgaben: Wie der Deutsche Städte- tag fordern auch wir die strikte Einhaltung des Konnexitätsprin- zips von Bund und Land. Das heißt, wer Gesetze auf Kosten der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger beschließt, muss diese auch finanzieren. Das gilt für Sozialleistungen wie auch auf den Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz oder einen Platz in der offenen Ganztagsbetreuung.

### 6.1.3 Überprüfung aller freiwilligen Leistungen der Stadt

Die Stadt verpflichtet sich aber auch zu einer Vielzahl freiwilliger Leistungen. Wir wollen, dass die städtischen Finanzmittel effek- tiv eingesetzt werden. Dazu bedarf es einer transparenten Kon- trolle. Wir wollen deshalb alle freiwilligen Leistungen der Stadt benennen.

Im nächsten Schritt sollen die freiwilligen Leistungen überprüft werden: Wie trägt die Aufgabe zur Erreichung der städtischen Zie- le bei? Wie gut werden die beispielsweise mit einer sozialen Maß- nahme verfolgten Ziele erfüllt? Ist diese Aufgabe noch zeitgemäß? Kann auf eine Aufgabenwahrnehmung verzichtet werden oder die Aufgabenwahrnehmung eingeschränkt werden, ohne dass eine gravierende Verfehlung der gesteckten Ziele droht?

Die städtischen Beteiligungen – 41 direkte Töchter; unter Einbe- ziehung der indirekten Töchter insgesamt über 250 Unterneh-

men – nehmen Aufgaben für die Stadt wahr. Viele Beteiligungen können diese Aufgabenwahrnehmung nicht aus eigener Kraft wirtschaftlich finanzieren und sind auf Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt angewiesen. Die Überprüfung der freiwill- igen Leistungen muss sich daher auch auf die Beteiligungen erstrecken.

Die deutliche Steigerung des Zuschusses an die Bühnen erfordert eine Überprüfung der Leistungen im Kulturbereich insgesamt. In der Konsequenz bedeutet dies aber auch, die städtischen Betei- ligungen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Es soll geprüft werden, ob sie für die jeweilige Aufgabenstellung notwendig sind. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob und inwiefern die Aka- demie der Künste der Welt zur Erreichung der Ziele der Kulturstadt Köln erforderlich ist.

Beteiligungen sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Dies bedeutet unter anderem, dass große Investitionsprojekte, die nicht allein der Daseinsvorsorge dienen, einen klaren Wirt- schaftlichkeitsnachweis benötigen.



#### 6.1.4 Ausgaben im städtischen Haushalt

Die Darstellung der Ausgaben im städtischen Haushalt ist intransparent. Wir wollen, dass im städtischen Haushalt ausgewiesen wird, welche Aufwendungen auf Pflichtaufgaben zurückzuführen sind und welche Aufwendungen mit freiwilligen Leistungen korrespondieren.

Es bedarf der klaren Differenzierung zwischen Leistungen, die der Stadt unabänderlich durch Bundes- oder Landesrecht auferlegt sind, und den freiwilligen Leistungen, um erkennbar zu machen, an welchen Stellen kommunalpolitisch Änderungen überhaupt möglich sind. Diese Differenzierung muss gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern klar kommuniziert werden.

#### 6.1.5 Priorisierung freiwilliger Bauprojekte

Ohne Frage muss die Stadt die notwendige Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken, Tunnel) erhalten und moderne und zweckmäßige Schulbauten schaffen, damit unsere Pänz unter besten Bedingungen lernen und vorankommen können. Aber es braucht eine klare Priorisierung freiwilliger Bauprojekte. Das bedeutet, dass Kulturbauten erst vollendet werden sollten, bevor neue Kulturbauten beschlossen werden. Nur so bleibt die Durchführung der Projekte leistbar. Und für freiwillige Maßnahmen insgesamt gilt: Erst wenn bestehende Maßnahmen ausreichend finanziert sind, dürfen neue Maßnahmen hinzukommen.

#### 6.1.6 Sinnvolle und gerechte Steuerpolitik

Wir sind entschlossen, die finanzielle Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger zu verringern und gleichzeitig eine effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Daher werden wir keine Steuern erhöhen und keine neuen Steuern einführen. Stattdessen streben wir eine gerechtere Verteilung der Steuerlast an.

Der Steuerertrag muss immer im Verhältnis zum Aufwand der Erhebung stehen. Die Stadt Köln nimmt im Jahr 2024 über 3,2 Milliarden Euro an Steuern und Schlüsselzuweisungen ein. Gleichzeitig gibt es Bagatellsteuern, wie beispielsweise die Tanzabgabe – eine Untergruppe der Vergnügungssteuer –, deren Kosten der Erhebung in keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Darum sprechen wir uns für die Abschaffung der Tanzsteuer aus. Eine Abschaffung würde auch die Existenz der Kölner Clubszene unterstützen.



Mit der Reform der Grundsteuer sind die Werte für Ein- und Zweifamilienhäuser, aber auch von Mietwohnungen stark gestiegen. Hier darf es nicht zu einer verdeckten Steuererhöhung kommen. Darum wollen wir den gesenkten Hebesatz beibehalten, so wie es die Landesregierung für Köln vorgeschlagen und der Rat auf Initiative der FDP beschlossen hat.



Wir werden die Hundesteuer so gestalten, dass das Halten von Hunden aus dem Tierheim im ersten Jahr nach der Anschaffung steuerfrei ist. Darüber hinaus soll die Hundesteuer linear mit der Anzahl der gehaltenen Hunde steigen.

Mit diesem Programm setzen wir uns insgesamt für eine gerechte Steuerpolitik ein. Die Gebühren werden wir im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung stabil halten.

#### **6.1.7 Professionalisierung der Fördermittelakquise**

Wenn Fördermittel, die von Land, Bund und EU bereitgestellt werden, maximal ausgeschöpft werden, wird der städtische Haushalt bei gleicher Aufgabenwahrnehmung weniger stark belastet. Die Stadt muss sich professioneller aufstellen, um diese Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen. Köln und die Region sind in Brüssel, wenn es um die Fördermittelakquise geht, schlecht aufgestellt.

Oftmals weiß die Stadt gar nicht, welche Fördermittel sie in Brüssel beantragen kann. Darum sollten wir die Region Stuttgart als Vorbild nehmen und für Köln und die Region in Brüssel ein Büro zur Fördermittelakquise einrichten. Ein solches Büro kann den Zugang zu europäischen Akteuren und Netzwerken vereinfachen. Die Vorteile wurde bereits durch ein Gutachten bestätigt, das die Verwaltung in Folge eines von der FDP eingebrachten Antrags einholte.

#### **6.1.8 Schuldenbremse ins Kölner Stadtrecht**

Die Gemeindeordnung verpflichtet die Kommune zum Haushaltsausgleich, die Aufwendungen dürfen also die Erträge nicht übersteigen. Ohne die Corona-Krise hätte es Dank des Einflusses der Kölner FDP ab 2023 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden gegeben. Dafür machen wir uns weiter stark! Wir müssen alles daransetzen, wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Nur so können solide Finanzen erreicht und Handlungsspielräume eröffnet werden.

Wir wollen darum die Schuldenbremse im Kölner Stadtrecht verankern, um dieses Bekenntnis trotz der jüngsten Herausforderungen (Pandemie, Erderwärmung und Klimawandel, Krieg, Migration, Energiesicherheit) zu demonstrieren.

#### **6.1.9 Jährliche Schuldentilgung in Höhe von mindestens 100 Mio. Euro**

Die Einnahmen der Stadt sind so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Trotz bester wirtschaftlicher Gesamtlage führt die Stadt bislang kaum Kredite zurück. Wir wollen eine generationengerechte Finanzwirtschaft der Stadt. Dazu gehört auch das Zurückführen von Verbindlichkeiten, damit nachfolgende Generationen nicht mit Schulden belastet werden, von denen sie selbst keinerlei Nutzen mehr haben.

### 6.1.10 Green Bonds

Green Bonds sind eine marktwirtschaftliche Finanzierungsoption, die die nachhaltige Transformation der Stadt in Richtung Klimaneutralität unterstützt. Auf Initiative der FDP wurde Anfang 2024 in Köln der erste Green Bond mit 150 Millionen Euro zur Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung der Klimaneutralität aufgelegt. Green Bonds können in Form von Schuld-scheindarlehen an institutionelle Anleger bzw. Anleihen für ein breiteres Publikum aufgelegt werden.

Anders als bei Kommunalkrediten besitzen diese Finanzierungsoptionen einen festen Zinssatz und haben für die mittelfristige Finanzplanung eine bessere Planungssicherheit. Aufgrund der hohen Nachfrage bei Kapitalanlegern können kommunale Green Bonds mit einer Verzinsung unter dem Marktzins aufgelegt werden. Damit ist die Kapitalaufnahme günstiger als beim Kommunalkredit.

### 6.1.11 Städtische Finanzen nachvollziehbar erklären

Der Kölner Haushalt umfasst mehr als 6 Milliarden Euro. Das Zahlenwerk wird in drei Bänden dargestellt, jedoch fehlt eine nachvollziehbare und einfache Erklärung des städtischen Haushalts. Insbesondere wurden die transparenten und leicht nachvollziehbaren Schaubilder der Entwicklung des Haushaltes über 15 bis 20 Jahre hinweg gestrichen. Diese transparenten Schaubilder sollen zukünftig wieder in den Haushaltsplänen Berücksichtigung finden.

## 6.2 Verwaltung

### 6.2.1 Prozessmanagement und verbesserter Personaleinsatz in der Verwaltung

Der Einsatz städtischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist häufig ineffizient, da Aufgaben und deren Priorisierung nicht eindeutig definiert und deren Erfüllung nicht fortlaufend gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kritisch überprüft wird.

Wir wollen eine effiziente Verwaltung. Dazu müssen die Strukturen gestrafft und die Aufgabenerfüllung fortlaufend gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überprüft werden. Nach erfolgter Aufgabenkritik (siehe oben) müssen daher konsequent die Art der Aufgabenwahrnehmung und die zugrundeliegenden Prozesse überprüft werden. Dabei sind die Verantwortungsstrukturen eindeutig zu definieren und zu regeln.

### 6.2.2 Personalgewinnung

Ausgeschriebene Stellen können häufig nicht qualifiziert neu besetzt werden, da die Vorgaben für die tarifliche Eingruppierung zu engmaschig sind. In vielen Bereichen ist die angebo-



tene Vergütung nicht mehr marktüblich. Zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – aber auch um bestehendes Personal zu halten – müssen daher alle Anreize, die tarifrechtlich möglich sind, genutzt werden.

Dazu gehören für uns attraktive Leistungszulagen und Leistungsprämien, die Möglichkeit zur Auszahlung von Überstunden, Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, mobiles Arbeiten sowie die Schaffung eines insgesamt attraktiven Arbeitsumfeldes. Angesichts des Fachkräftemangels ist dies wichtiger denn je.

### 6.2.3 Effektives Projektmanagement und Controlling für Investitionen

Die Quote der tatsächlichen Investitionen gegenüber den bewilligten ist gleichbleibend gering, auch unabhängig von im Haushalt vorgesehenen Erhöhungen. Im Ergebnis scheitern In-

vestitionen in Zukunftsprojekte nicht an fehlenden Mitteln, sondern an den fehlenden Möglichkeiten zu deren effektivem Einsatz. Wir begrüßen die Einführung eines internen Bauinvestitionscontrollings, das dazu beiträgt, Abweichungen vom geplanten In-



vestitionsvolumen offen zu legen, und erwarten, dass das städtische Projektmanagement bei Bauprojekten weiterentwickelt wird.

### 6.2.4 Zentrale Buchführung für die städtische Finanzwirtschaft

Die Prüfungen der Jahresabschlüsse führten in den letzten Jahren zu so gravierenden Einwendungen, dass das Testat der Prüfung nur eingeschränkt erteilt werden konnte. Einbußen in der Qualität der Buchführung und teilweise erhebliche Rückstände waren in Teilen durch nicht hinreichend ausgebildetes Personal, das zudem in unterschiedlichen Ämtern beheimatet war, begründet. Wir begrüßen daher, dass die Verwaltung die Forderung des Rechnungsprüfungsamts nach einer zentralen Buchhaltung mit entsprechend geschultem Personal umgesetzt hat. Der eingeschlagene Weg soll weiterverfolgt werden.

### 6.2.5 Einbringung der Jahresabschlüsse

Nach den Vorgaben der Gemeindeordnung müssen die städtischen Jahresabschlüsse jeweils bis zum 31. März des Folgejahres aufgestellt und anschließend den politischen Gremien vorgelegt werden. Mit der Einbringung der Jahresabschlüsse ist die Kämmerei in Verzug, der Jahresabschluss 2020 wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss beispielsweise im März 2023 vorgelegt. Dieser Rückstand ist aufzuholen, die Jahresabschlüsse sind zeitig vorzulegen. Zeitnah ein Bild der finan-

ziellen Verhältnisse zu haben ist auch für die Aufstellung der Haushaltspläne von Bedeutung.

#### **6.2.6 Städtische Gebäudewirtschaft ausgliedern**

Öffentliche Bauvorhaben der Stadt werden viel zu langsam umgesetzt. Eine Kostenplanung kann bei dieser langen Zeitdauer gar nicht eingehalten werden. Gleichzeitig fehlt das nötige Fachpersonal, da in der privaten Wirtschaft mehr gezahlt wird. Wir begrüßen die bereits eingeleiteten Schritte wie die Gründung der Schulbau-GmbH. Dieser Weg soll konsequent fortgesetzt werden: Eine komplette Ausgliederung der Gebäudewirtschaft aus der Verwaltung würde sie handlungsfähiger machen.



# Gutes Morgen für Köln

**Köln 2030 – unsere Vision  
für unsere Stadt**

**Die Stadt, die rechnen kann**



## 7. Die nachhaltige, lebenswerte Stadt



**Wir wollen Köln nachhaltig weiterentwickeln. Dazu gehört die Reduktion von klimarelevanten Emissionen genauso wie die Steigerung der Lebensqualität durch ökologisch sensible Stadtgestaltung.**

**Für eine schnelle Vermeidung fossiler Treibstoffe wollen wir den Kölner Individualverkehr zukunftsfest aufstellen durch ein wirklich flächendeckendes Ladenetz sowie ein**

**besseres und vernetzteres ÖPNV-Angebot. Der Radverkehr braucht ein bequemes und geschlossenes und sicheres Wegenetz. Den Stadtraum wollen wir von parkenden Autos entlasten, indem wir Quartiersgaragen anbieten.**

**Nachhaltigkeit verstehen wir auch wirtschaftspolitisch als zentrales Entwicklungsfeld unserer Stadt. Neue Technologien, smarte Lösungen und die damit verbundenen Arbeitsplätze von morgen sollen in Köln entstehen. In einem Köln mit lebenswertem Stadtraum, neutraler Klimabilanz und einer Wirtschaft der Zukunft.**

### 7.1 Natur und Grün

Wir wollen ein grünes Köln. Für uns Liberale ist Naturschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Grün muss erfahrbar sein. Deswegen sprechen wir uns gegen Zugangs- und Nutzungsverbote zu Natur- und Landschaftsschutzgebieten aus. Stattdessen müssen wir die Menschen sensibilisieren und die Umweltbildung stärken. Für uns haben alle ein Recht auf Naturgenuss.

Die öffentlichen Parks sollen Treffpunkte für Menschen sein. Grillen und Sport soll an geeigneten Stellen möglich sein. Dazu müssen aber auch flächendeckend Wasserspender, Mülleimer und Toiletten in Grünanlagen eingerichtet werden. Wir fordern:

1. Verstärkte Umweltbildung anstelle von Verboten.
2. Das Recht auf Naturgenuss soll durch verstärkte Umweltbildung vor Ort erhalten bleiben.
3. Kontrollen mit Zugangsverboten zu Naturschutzgebieten sind im Hinblick auf die Umwelt-Sensibilisierung nicht zielführend.
4. Grillen und Sport in Parks müssen erlaubt werden und/oder bleiben, damit die städtischen Grünflächen durch die Kölnerinnen und Kölner zur Erholung nutzbar sind
5. Kommerzielle Fitnesskurse und botanische Führungen sind im öffentlichen Grün gegen Zahlung einer Nutzungsgebühr erlaubt,
6. Die Sauberkeit in Grünanlagen muss erhöht und Wasserspender, Toiletten und ausreichend Abfalleimer müssen installiert werden.

## 7.2 Bäume

Bäume sind ein Kernaspekt städtischer Klimapolitik. Daher müssen wir nicht nur Straßenbäume, wo immer möglich, erhalten, sondern auch nachpflanzen. Bei Sanierung und Neubauplanungen gilt für uns: Keine Straße ohne Grün. Besonders der Kölner Westen hat großes Potenzial für Aufforstung. Bei diesen Pflanzungen sollen vorwiegend klimaresiliente Bäume verwendet werden. Zudem muss die Stadt Fassaden- und Dachbe-

grünung bei Privaten fördern und bei den eigenen Gebäuden konsequent umsetzen.

## 7.3 Wasser

Der Rhein, die Kölner Seen und Bäche oder Wasserspielplätze: Wasser ist zentral für die Stadtökologie und ein wichtiger Erholungsaspekt. Wir wollen die Kölner Bäche, wo möglich, renaturieren, wieder an die Oberfläche führen und schützen. Auch wenn die Wasserqualität sich in Köln verbessert hat, wollen wir die Sauberkeit in Rhein und Seen verbessern.

## 7.4 Flächen

Wir müssen dem Flächenverbrauch entgegentreten, vor allem durch Entsiegelung. Hier hat Köln ein großes Potenzial. Vor allem Schulhöfe zeigen noch heute viel Beton und wenig grün. Auf dem Weg zu einem zukunftsfähigen Flächenmanagement fordern wir die Einrichtung eines zentralen Flächenregisters für Köln, in dem der Bodenrichtwert zusammen mit der ökologischen Bewertung der Flächen ausgewiesen wird. So kann durch ein regionales Flächenzertifikatesystem wirklich ökologisch geplant und Flächen ausgeglichen werden.



### 7.5 Umweltbußgeldkatalog

Als FDP fordern wir die Schaffung eines Umwelt-Bußgeldkataloges, um Fehlverhalten in Bezug auf Umweltverschmutzung (z.B. wilder Müll) besonders zu ahnden, um sowohl den Stellenwert einer sauberen Umwelt hervorzuheben, als auch zukünftige Ordnungswidrigkeiten zu vermeiden.

Kommunale Verschönerungsprogramme sollen dahingehend verwendet werden, dass ökologisch sinnvolle Projekte unterstützt werden.

### 7.6 Umwelttechnologien

Steigende Anforderungen an den Umwelt- und Klimaschutz bieten viele Chancen für die Wirtschaft. Dabei setzen wir auf die Innovationskraft des Wettbewerbs. Innovative Ansätze und neue Technologien sind der wesentliche Motor des Klimaschutzes. Durch mehr Effizienz können Ressourcen und Energie gespart, Emissionen reduziert und die Lebensqualität verbessert werden – nicht nur auf dem deutschen Markt. Wir denken auch an die Sicherung des Exports. Köln sollte sich daher gezielt als Standort für innovative Umwelttechnologien vermarkten und Startups in diesem Bereich besonders fördern. Hieraus können große Synergieeffekte gewonnen werden und zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstehen. Wir fordern eine besondere Förderung von GreenTech, um die Transformation unserer städtischen Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit zu stärken.

### 7.7 Mehr Lebensqualität durch Umwelt- und Klimaschutz

Investitionen in den Umweltschutz sind Investitionen in die Lebensqualität der Kölnerinnen und Kölner. Eine wachsende Stadt darf sich nicht auf dem Status Quo ausruhen, sondern muss stetig weiter in die Umwelt investieren und Regeln anpassen. Diese Investitionen schaffen ein lebenswertes Umfeld und halten die Belastungen durch Emissionen und Lärm für Menschen, Pflanzen und Tiere möglichst gering. Wir müssen auf bekannte und unbekannte Risiken der zu erwartenden klimatischen Veränderungen durch lokale Minderung von Emissionen und Vorsorge beim Stadtklima reagieren.

### 7.8 Klimanotstand bekämpfen

Auch wenn der vom Rat beschlossene Klimanotstand von uns als Symbolpolitik betrachtet wird, muss Köln konkrete Maßnahmen ergreifen, die Emissionen zu reduzieren und die Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen.

#### **Dazu macht die FDP Vorschläge:**

Klimaschutz ist ein Teil nachhaltiger Stadtentwicklung. Nachhaltige Entwicklung fängt in Köln und in den Veedeln an. Köln will bis 2050 klimaneutral sein und schon bis 2030 die Treibhausgasemissionen halbieren. Dafür hat die Stadt einen Fahrplan erstellt, wie diese Ziele tatsächlich erreicht werden können. Diese ist vor allem im Klimaplan der Stadt erkenntlich. Die Finanzierung ist jedoch realitätsfern. Es fehlt an klaren Prioritäten, um schnellstmöglich CO<sub>2</sub> einzusparen und die Stadt für den



Klimawandel vorzubereiten. Darüber hinaus soll sich die Stadt am Greenhouse Protokoll orientieren, um für die Bürgerinnen und Bürger größtmögliche Transparenz zu gewährleisten. Die FDP fordert die Herauslösung der Aufgaben der Klimaschutzplanung aus der Verwaltung und der Rheinenergie AG in eine Klimaförderungsgesellschaft, die zunächst der Stadt und der Rheinenergie gemeinsam gehört, für den besten Weg, Tempo bei Klimaschutzplanung und Klimaschutz-Controlling aufzunehmen und dafür das notwendige Personal zu gewinnen.

Die FDP fordert Investitionen in Umweltbildung, neue Technologien und Anreize für vorbildliches Verhalten. Umweltschutz braucht Kooperation. Die Wärme- und Wasserstoffüberschüsse aus der Industrie rund um Köln sind Chancen, durch Partnerschaften unnötigen CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu vermeiden. Die stadteigenen Betriebe sollen mit Unternehmen in Partnerstädten Projekte durchführen, die zu einer Einsparung von CO<sub>2</sub> führen und die auf die Klimabilanz aller Beteiligten anteilig angerechnet werden. So können wir durch vertrauensvolle Zusammenarbeit über offene Grenzen hinweg unser Klimaziele erreichen.

### **7.9 Maßnahmen für ein besseres Stadtklima**

Die Stadt Köln steht vor der Herausforderung, mehr Wohnraum schaffen zu müssen. Wir brauchen Bauformen, die für die steigenden Temperaturen im Sommer geeignet und zugleich möglichst klimaneutral sind. Wir wollen zum Beispiel das (serielle)

Bauen mit Holz fördern. Wie bei der Ernährung sollten Baustoffe aus der Region kommen.



Bei Stadtplanung und Baugenehmigung muss vorgesorgt werden, dass Aufheizung im Sommer vermieden wird. Das “Grün-HochDrei”-Programm zur Förderung der Begrünung von Dach-, Fassaden- und Hofflächen ist richtig, muss aber ergänzt werden, z.B. durch Gutscheine für die Beurteilung der Statik eines Daches. Das ist genauso wichtig wie die Förderung von Sonnenenergie auf unseren Dächern. Auch kleine Dächer wie Garagen, Vereinsheime und Bushaltestellen müssen berücksichtigt und gefördert werden. Bei jeglichen städtischen Baumaßnahmen soll eine Neuplanung oder Ertüchtigung mit Solaranlagen erfolgen. Besonders nicht überdachte Flächen wie Parkplätze von Discountern oder die städtischen Park-and-Ride-Plätze (P&R) eignen sich besonders, um große Flächen mit Solaranlagen zu realisieren.



Einige Feldfrüchte lassen sich unter Photovoltaikmodulen anbauen. Dies soll auf Ackerflächen der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie ermöglicht werden.

Zudem wollen wir die Offenlegung von Bächen und offene Wasserflächen in dicht besiedelten Teilen der Stadt fördern und so Kühlung bei großer Hitze erreichen. Wir wollen, dass Entsiegelung bei der Abwassergebühr und Eigenkompostierung bei der Abfallgebühr berücksichtigt werden. Analog dazu soll der Erhalt von örtlich wichtigen Bäumen, Baumgruppen und Gehölzen auf Privatgrundstücken bei den Grundbesitzabgaben und der Pacht berücksichtigt werden.

#### **Weiter fordert die FDP:**

1. Die Baum-Kompetenz der Verwaltung muss in den Stadtbezirken gestärkt und den Menschen zugänglich gemacht werden, beispielsweise durch öffentlichen Zugang zum vorhandenen städtischen Baumkataster.
2. Parkplätze müssen mit Bäumen oder Solarpaneelen beschattet werden.
3. Versiegelter Boden heizt sich stark auf und fördert Überschwemmungen. Vorschläge aus den Stadtteilen, wo Asphalt durch wassergebundene Oberflächen ersetzt werden könnte, sollen gesammelt und umgesetzt werden.
4. Weitere KVB-Trassen und Haltestellendächer müssen begrünt werden.
5. Nachhaltige Innovationen sollen bei Investitionen bevorzugt werden, wenn sie eine Chance haben, sich einmal wirtschaftlich selbst zu tragen. Dazu gehören Radwege und Lärmschutzwände, die Strom erzeugen oder aus Altplastik hergestellt werden. Die Stadt braucht ein Gremium, das das fachlich bewertet.
6. Solarenergie, Nah- und Fernwärme sollen forciert ausgebaut werden.
7. Umweltfeindliche Steinwüsten in Wohngebieten wollen wir durch eine Vorgartensatzung verhindern.
8. Brachflächen sollen hinsichtlich einer qualitativen Aufwertung oder für Energiepflanzen über AVG oder Rheinenergie geprüft werden.
9. Öffentliche Plätze sind durch Begrünung und Beschattung – notfalls in Großkübeln und Hochbeeten – als Wohlfühlraum zu gestalten. Betonwüsten ohne Aufenthaltsqualität müssen begrünt werden.
10. Monokulturen sind zu vermeiden; eine Pflanzen-Vielfalt erhöht die langfristige Resistenz des Stadtgrüns.
11. In städtischen Parks und Grünanlagen soll die biologische Vielfalt durch Anbau alter, bedrohter Pflanzen- und Baumarten gefördert werden. Blumenwiesen sollen Lebensräume für Insekten bieten. Landwirte, die beim Schutz des Grundwassers mit den Wasserwerken organisiert zusammenarbeiten, sollen bei der Pacht städtischer Flächen Priorität bekommen.

### 7.10 Schadstoffausstoß und Lärmbelästigung verringern

Verkehrspolitik gelingt nur durch Kooperation mit dem Umland – da sind Kompromisse notwendig. Der Kölner Verkehr ist zu entspannen, Schadstoffausstoß und Lärmbelästigung sind zu verringern. Die EU hat gerade die Verschärfung der Grenzwerte für die Luftqualität eingeleitet; das stellt Köln vor neue Herausforderungen. Weniger Lärm und bessere Luft führen dazu, dass die Wohnqualität in der Nachbarschaft steigt und damit auch der Wert der Immobilien. Der Zusammenhang zwischen Immobilienwert und Abstand zum Grün ist nachgewiesen. Wenn das



Leben in der Stadt attraktiver wird, hat das auch Einfluss auf die Verkehrsdichte.

Neben der Vermehrung von Stadtgrün und der Begrünung von Fassaden und Dächern, die helfen, Schadstoffe aus der Luft zu filtern, sehen wir großes Potential für die Ein-

sparung von Stickstoffoxiden (NOx) und Ruß in der Sanierung von Gebäuden und emissionsarmen Neubauten. Auch müssen Pilotprojekte wie textile Luftfilter an Fassaden ausgebaut werden.

Fließender Verkehr verursacht weniger Schadstoffe als Stop-and-go. Deswegen sind Pfortnerampeln, die den Verkehr stau-

en und in die Wohngebiete umleiten, grundsätzlich abzulehnen. Forderungen nach Fahrverboten für ältere Autos oder Einführung einer Citymaut sind unsozial. Sie treffen besonders diejenigen, die sich kein neues Auto leisten können und die keine zusätzlichen Gebühren für die Benutzung von Straßen bezahlen können. Mit solchen Forderungen fördert man die Spaltung zwischen Köln und den Menschen, die hier leben und arbeiten. Die Menschen brauchen Alternativen zum Auto, die vergleichbares Tempo und Sicherheitsgefühl geben. Alternativen für eine intelligente Verkehrsführung sind:

1. Der ÖPNV muss zuverlässig sein und braucht preiswerte und verständliche Tarife. Die Menschen müssen die Zeit im ÖPNV nutzen können und brauchen dazu Internet-Empfang und als Anreiz WLAN, dessen Nutzung im Fahrpreis inbegriffen ist.
2. Die Park-and-Ride-Möglichkeiten müssen ausgebaut werden, um den Menschen aus dem Kölner Umland attraktive Alternativen anzubieten, nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren.
3. Das Schienennetz der KVB muss jährlich erweitert werden, auch über die Stadtgrenzen hinaus.
4. Sichere, beleuchtete Fahrradwege müssen zügig ausgebaut werden. Moderne Technik erlaubt es, die Nebenwirkungen auf Insekten gering zu halten.

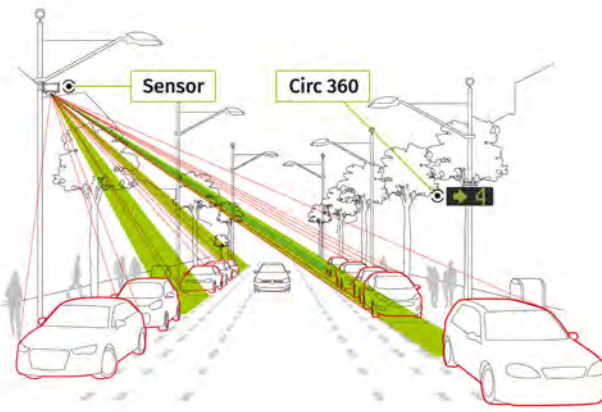
Nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Transport von Produkten brauchen wir schadstoffarme Alternativen:

1. Der Lieferverkehr muss entzerrt werden, um den Verkehrsfluss aufrecht zu halten. Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sollen für den Lieferverkehr gefördert werden, z. B. durch Privilegien bei Lieferzeiten.
2. Die Rheinschiffe, die in Köln anlegen, müssen mit Landstrom versorgt werden, um den Einsatz von Dieselmotoren zu verringern. Wo Landstrom zur Verfügung steht, muss eine Pflicht zur Nutzung des Landstroms eingeführt werden – mit im Vergleich zu Diesel angemessenen Kosten. Köln hat kein Interesse, dass Schiffe aus Köln vertrieben werden.

### 7.11 Digitalisierung im Straßenverkehr

Auf der Basis von punktuellen Messwerten und darauf basierenden Simulationen wird über Navigationssysteme eine intelligente Lenkung des Verkehrs zur Schadstoffreduktion möglich.

Dazu gehören intelligente Ampelschaltungen, die Staus und damit Abgase vermindern. So kann der Verkehr situationsgerecht gesteuert und die Eingriffe können reduziert werden. Sensoren an Parkplätzen können die Bele-



gung erfassen und Autos per App gezielt zu den freien Plätzen lotsen. So kann der Parksuchverkehr verringert und damit Abgase reduziert werden.

### 7.12 Smart City für Klimaschutz

Die Lärminderungsplanung beruht ausschließlich auf berechneten Daten. Es gibt kein Lärm-Messnetz. Die Lärm-Messwagen messen nur bei kurzfristigen Überschreitungen. Umgekehrt gibt es für Luftschadstoffe wie Stickoxide und Staub zwar lokale Messungen, aber kein digitales Modell, das Aussagen über die Teile Kölns macht, in denen nicht gemessen wird. Für die Klimaemissionen (CO<sub>2</sub>, aber auch Methan und Lachgas) gibt es nur grobe Schätzungen.

Messen und Rechnen gehören in der digitalen Welt zusammen: Wir brauchen Messpunkte für Lärm in der Stadt. Auch bei den Klimagasen brauchen wir satellitengestützte Messungen von Emissionen wie CO<sub>2</sub>, Feinstaub, Methan etc. statt Schätzungen.

Die Umweltdaten können mittels dezentraler Mess-Einrichtungen aufgenommen und mit dem Funknetzstandard LoRAWAN abgerufen und verarbeitet werden. Hierfür muss das LoRAWAN-Netz ausgebaut werden. So ergeben sich beispielsweise minutengenaue digitale Karten der Luftschadstoffe und Lärmbelastungen. Die Messungen zur Validierung der berechneten Daten schaffen Glaubwürdigkeit und die Grundlage für präzisere Maßnahmen.

Unser langfristiges Ziel ist, dass Sensoren die lokale Umweltbelastung beobachten, Programme der künstlichen Intelligenz (KI) ein digitales Gesamtbild der Stadt errechnen und damit sowohl die Ampelschaltungen als auch die Navigationsgeräte so mit Informationen versorgt werden. Wir erwarten eine weitere Verschärfung von Grenzwerten und damit eine Verbesserung der Lebensqualität und des Wertes der Immobilien an heute belasteten Teilen der Stadt. Die Einhaltung der neuen Grenzwerte lässt sich durch ein digitales Bild der Belastungssituation in der Stadt und intelligente Steuerung besser erreichen als durch drastische Verbote, die wir ablehnen.

### 7.13 Modernisierung der Abfallwirtschaft

Es wird angestrebt, die Verträge zwischen Stadt und AWB so zu verändern, dass sie der Nachfrage der Menschen nach Dienstleistungen nach Bedarf stärker entsprechen. Wir sind überzeugt, dass moderne intelligente Planungssoftware flexibleren Service möglich machen kann. Dazu gehören mehr Flexibilität beim Abfuhrhythmus der grauen Tonne (je nach Jahreszeit und Abholbezirk), bei Hol- und Bringservice, beim Wechsel bei der Straßenreinigung zwischen Anwohner und AWB und die Wahlfreiheit bei der Biotonne. Wir halten auch eine Überprüfung der Qualität der Wertstoffe in den gelben, blauen, Glas- und Biotonnen nach Abholbezirk für notwendig, um durch Umweltbildung gezielt zu reagieren und zu vermeiden, dass sich das Sortieren von Menschen, die das zu Recht ernst nehmen, durch Fehlwürfe anderer nicht lohnt.

Die Abfallwirtschaftsbetriebe sollen alle öffentlichen Mülleimer mit Sensoren ausrüsten, die ihre Füllhöhe mitteilen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedarfsgerecht leeren können und dabei unnötige Fahrten und damit Kraftstoff und Abgase sparen können.



### 7.14 Die Stadtverwaltung soll Vorbild beim Umweltschutz sein

Die öffentliche Verwaltung hat eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger. Um dieser Funktion gerecht zu werden, fordert die FDP:

1. Die Energieversorgung für die städtischen Gebäude und Infrastruktur soll klimaneutral erfolgen.
2. Der Fuhrpark der Stadt soll auf Fahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen – bevorzugt Wasserstoff oder e-Fuels aus der Region – umgestellt werden.
3. Ziel muss die weitgehend papierlose Verwaltung sein, denn Reduzierung von Papierbedarf heißt Reduzierung des Ressourcenbedarfs.
4. Die Stadt baut normalerweise sparsam nach Bundes- und



Landesrecht. Einzelne Neubauten der Stadt sollen zeigen, was technisch möglich ist. Die Stadt soll Erfahrungen mit innovativen Technologien sammeln und zur Nachahmung kommunizieren.

### 7.15 Köln soll Wasserstoff-Modellregion werden

LKWs, Busse und andere schwere Nutzfahrzeuge müssen umweltfreundlicher werden. Die Busse der KVB fahren derzeit mit Batterieantrieb, die der benachbarten RVK mit Wasserstoffantrieb. Ursache sind die Anstiege im Vorgebirge. Brennstoffzellenfahrzeuge sind auch bei Lokomotiven erprobt verfügbar. Die Stadtwerke Köln sollen sich um den Vertrieb von überschüssigem Wasserstoff aus der Region für den Betrieb von schweren Nutzfahrzeugen (Busse, Müllfahrzeuge, Lokomotiven, Schiffe der HGK) kümmern. Die Stadt soll hierbei auch Entwicklungspartner der Industrie bei der Erprobung neuer Technologien sein.

### 7.16 Fernwärmenetz entwickeln

Deutschland braucht einen Modernisierungsschub, um international mithalten zu können. Industrie und Gewerbe müssen ihre Anlagen modernisieren und das ist auch im Privatbereich notwendig. Dabei ist die Stadtverwaltung gesetzlich verpflichtet, durch eine gute Planung der Wärmeversorgung die Menschen zu unterstützen. Der städtisch kontrollierten Rheinenergie kommt dabei durch das Angebot an Nah- und Fernwärme, von Strom (für dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen) und

von Gas mit einem kontinuierlich bis 100% steigenden Anteil von Wasserstoff eine wichtige Rolle zu.

### 7.17 Masterplan Grün zur Stärkung des Grüngürtels umsetzen

Ohne frische Luft wird gesundes Leben in der Innenstadt extrem schwer. Gesunde Erwachsene kommen mit Hitze und belasteter Luft relativ gut zurecht. Kranke, sehr junge und alte Menschen dagegen haben damit Probleme. Deshalb respektiert die FDP bei der Stadtplanung die Wege der frischen Luft in die Stadt. Die Frischluftschneisen der regionalen Klimavorsorgestrategie müssen im Regionalplan, in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen gesichert werden. Der Grüngürtel muss erhalten und im Norden und Osten entsprechend dem Masterplan Grüngürtel von 2012 entwickelt werden. Eingriffe sind im Kölner Gesamtsystem zu kompensieren, eine räumliche Nähe zum Eingriff hat für uns gegenüber anderen Zielen (Frischluft, Biotopvernetzung, Erholung) bei der Kompensation von Eingriffen geringere Priorität.



### 7.18 Tieren in Köln eine Heimat geben

Die wachsende Stadt muss auch den Lebensraum von Wildtieren berücksichtigen. Wenn dieser Raum reduziert wird, muss dies kompensiert werden. Gleichzeitig müssen die Menschen in Köln genug Platz für ihre Haustiere haben; die Freilaufflächen für Hunde müssen erhalten bleiben. Tierheime brauchen kontinuierliche Unterstützung und stabile Rahmenbedingungen. Wir halten ein drittes Tierheim in privater Trägerschaft, unterstützt durch die Stadt, für notwendig.

Wir möchten die Finanzierung der Kölner Tierheime sichern, indem die Stadt Köln eine Bezuschussung in die langfristige Finanzplanung aufnimmt. Zudem fordern wir eine Befreiung von der Hundesteuer für Bürgerinnen und Bürger, die Hunde aus dem Tierheim adoptieren.



Um der Taubenproblematik Herr zu werden, wünschen wir uns die Ausweitung von betreuten Taubenschlägen, wie z.B. an der KVB-Haltestelle Hansaring, um so nachhaltig und langfristig die Taubenüberpopulation zu reduzieren.

Bei städtischen Begrünungsprojekten soll besonders auf die Anpflanzung von Wildblumen geachtet werden, um dem Insektensterben entgegen zu wirken.

### 7.19 Artenvielfalt erhalten

Wir kennen das Problem von Neophyten und Neozoen, also nicht heimischer Tier- und Pflanzenarten, die sich in unserer Stadt ausbreiten. Wir wollen eine städtische Strategie zum Schutz der heimischen Arten, die den Artenschutz für nicht-heimische Tier- und Pflanzenarten beachtet.

### 7.20 Verstärkte Umweltbildung anstelle von Verboten

Der bereits beschränkte Zugang zu Naturschutzgebieten wird durch die Ordnungsbehörden unter dem Vorwand des Naturschutzes zunehmend untersagt. Ordnungsbehördliche Kontrollen verderben vielen Ausflüglern grundlos ihr Naturvergnügen. Die Naturbegeisterung für Rhein, Königsforst und Co. sollte jedoch durch die zielgerichtete Aufklärungsarbeit der Verwaltung gefördert werden. Rücksichtnahme und Naturschutz aus Einsicht sind besser als Verbote. Kontrollen mit Zugangsverboten zu Naturschutzgebieten sind im Hinblick auf die Umwelt-Sensibilisierung nicht zielführend. Das Recht auf Naturgenuss soll durch verstärkte Umweltbildung vor Ort erhalten bleiben, digitale Lernmethoden in der Natur müssen von Uni-Pilotversuchen zur Normalität werden.

### 7.21 Abwasser

In Köln gibt es ein großes Potential für die Wärmegewinnung aus Abwasser. Dieses wollen wir anhand der Potentialkarte der Stadtentwässerungsbetriebe (STEB) heben. Diese Möglichkeit muss auch Bauherren und Eigentümern in Köln bekannt und nutzbar gemacht werden, um unsere bestehenden Ressourcen nachhaltiger zu nutzen.

### 7.22 Green Bonds - Klimaschutz braucht Geld

Green Bonds sind eine marktwirtschaftliche Finanzierungsoption, die eine nachhaltige Transformation der Stadt in Richtung Klimaneutralität unterstützt. Auf Initiative der FDP wurde Anfang 2024 der erste Green Bond in Köln mit 150 Mio. Euro extra für den Klimaschutz aufgelegt. Green Bonds können in Form von Schuldscheindarlehen an institutionelle Anleger bzw. Anleihen für ein breiteres Publikum aufgelegt werden. Anders als bei Kommunalkrediten besitzen diese Finanzierungsoptionen einen festen Zinssatz und geben für die mittelfristige Finanzplanung eine wichtige Planungssicherheit. Durch die große Nachfrage bei Kapitalanlegern bei kommunalen Green Bonds kann die Schuldverschreibung/Anleihe mit einer Verzinsung unter dem Marktzins aufgelegt werden. Damit ist die Kapitalaufnahme günstiger als beim Kommunalkredit.

### 7.23 Entsiegelung der Stadt vorantreiben

Wir fordern Unterstützung für Eigentümer von Privatgrundstü-

cken, um Entsiegelungsprojekte durchzuführen und somit zur Verbesserung der ökologischen Qualität und zur Reduzierung von Überflutungsrisiken beizutragen. Dies könnte durch finanzielle Zuschüsse, steuerliche Anreize oder technische Beratung erfolgen, um die Umwandlung von versiegelten Flächen in grüne und durchlässige Bereiche zu fördern.

### 7.24 Aus der Ahrtal-Katastrophe lernen - Wege zur Schwammstadt

Starkregenereignisse werden häufiger aufgrund des Klimawandels. Neben dem klassischen Klimaschutz braucht es daher auch eine klimaangepasste Infrastruktur und damit eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Schwammstadt-Strategie, die darauf abzielen, urbane Räume widerstandsfähiger gegenüber Starkregen und Überschwemmungen zu machen:

1. Integration von Schwammstadt-Konzepten in die Stadtplanung: Die Stadtverwaltung sollte die Integration von Schwammstadt-Konzepten in die städtebauliche Planung verpflichtend machen, um die Versickerung von Regenwasser zu fördern und Überschwemmungen zu reduzieren.
2. Ausbau von Grünflächen und Versickerungsflächen: Wir fordern den verstärkten Ausbau von Grünflächen, Parks und Versickerungsflächen, um Regenwasser auf natürliche Weise zurückzuhalten und abzuleiten.

3. Anpassung von Infrastruktur und Gebäuden: Wir fordern die Anpassung von Straßen, Gehwegen, Gebäuden und anderen Infrastrukturen, um Regenwasser zu absorbieren und zu speichern, z.B. durch die Integration von begrünten Dächern, Regenwasserspeichern und durchlässigen Belägen.
4. Schaffung von Schwammstadt-Netzwerken: Wir fordern die Schaffung von Schwammstadt-Netzwerken, die verschiedene Stadtteile miteinander verbinden und den natürlichen Wasserkreislauf fördern, um die Auswirkungen von Starkregenereignissen auf die gesamte Stadt zu reduzieren.
5. Retentionsräume: Die FDP will die Anlage von weiteren Retentionsräumen, bei denen gezielt geflutet werden kann, um Überschwemmungen zu verhindern oder abzumildern.
6. Bürgerbeteiligung und Sensibilisierung: Wir wollen verstärkte Bürgerbeteiligung und Sensibilisierungskampagnen, um das Bewusstsein für die Bedeutung von Schwammstadt-Maßnahmen zu stärken und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an entsprechenden Projekten zu fördern.

### 7.25 Sommer in der Stadt – gewappnet gegen Hitzeinseln

Um die Hitze im Sommer zu reduzieren und ihre negativen Auswirkungen auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und die Umwelt zu minimieren, braucht es einen Maßnahmenkatalog gegen Hitzeinseln:

1. Identifikation von Hitzeinseln durch KI und Durchführung eines Pilotprojekts mit der TH Köln und privaten Investoren in Kalk als besonders von Hitze betroffenen Veedel.
2. Erhöhung des Grünanteils: Durch die Schaffung von Parks, Grünflächen, Baumpflanzungen und begrünten Dächern können die Oberflächentemperatur gesenkt und das Mikroklima verbessert werden, indem Grünflächen Feuchtigkeit verdunsten und Schatten spenden.
3. Verbesserung der Gebäudeeffizienz von städtischen Gebäuden: Durch die Verwendung von hochreflektierenden Materialien für Gebäudefassaden und Dächer, die Installation von Dachbegrünungen, die Verbesserung der Wärmedämmung und den Einsatz von Sonnenschutzvorrichtungen kann die Gebäudehitze reduziert werden.
4. Luftdurchlässigkeit und Versickerung: Es braucht mehr durchlässige Oberflächen und Versickerungsflächen wie durchlässige Pflasterungen und Regenwasserversickerungsanlagen in der Stadt. Wir wollen vor allen Dingen private Eigenheimbesitzer durch einen Anreiz motivieren, etwa ihre Vorgärten zu entsiegeln.





5. Blaue Infrastruktur – mehr Wasserelemente und -flächen: Die Schaffung von Wasserflächen wie Brunnen, Teiche und künstliche Seen sieht nicht nur gut aus. Wasserflächen können die Lufttemperatur durch Verdunstung senken und die städtische Umgebung abkühlen. In Fußgängerzonen wollen wir durch Nebelsprühanlagen wie in Wien im Sommer für Abkühlung sorgen. Auch wollen wir überprüfen lassen, ob etwa die Strunde in Köln-Mülheim oder auch andere Bäche in Köln freigelegt werden können.
6. Sensibilisierung für die Gefahren von Hitze: Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger für die Auswirkungen von Hitze in städtischen Gebieten und die Förderung von Maßnahmen zur Anpassung an extreme Hitzeereignisse, wie die Einrichtung von Hitze-Warnsystemen und die Schaffung von öffentlichen Kühlzentren, ist von entscheidender Bedeutung, um Hitzetote zu vermeiden.

### 7.26 Netzausbau vorantreiben

Um eine Dekarbonisierung in allen Bereichen der Stadt zu ermöglichen, sind moderne und leistungsfähige Energienetze notwendig. Dafür muss das Netz ausgebaut und digitalisiert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Stadt als Konzessionsgeber, Mehrheitseigentümer des Netzbetreibers und Genehmigungsbehörde dafür einsetzt, dass der Netzausbau gemäß dem überragenden öffentlichen Interesse umgesetzt wird. Hierfür soll schnellstmöglich auf die Errichtung neuer

Schaltanlagen mit dem Gas Schwefelhexafluorid verzichtet werden.

### 7.27 ÖPNV

#### 7.27.1 Die FDP ist DIE U-Bahn Partei – Ost-West-Achse in den Tunnel

Eine Metropole braucht einen entsprechenden ÖPNV. Wir fordern als einzige konsequent seit 15 Jahren, die Ost-West-Achse zu untertunneln. Insbesondere die Linie 1 der KVB ist zu Stoßzeiten überfüllt. Es werden dringend mehr Transportkapazitäten benötigt. Da auf der Strecke zwischen Heumarkt und Neumarkt aber nicht nur die 1, sondern auch die 7 und 9 verkehren, fährt dort heute schon alle zwei Minuten eine Bahn in jede Richtung – insgesamt jede Minute eine. Kürzere Taktzeiten sind damit nicht möglich. Daher fordern wir, die Schienen der KVB vom Heumarkt bis Melaten unterirdisch zu führen.



Trotzdem muss der Blick über den Innenstadt-Tellerrand hinaus geworfen werden: So schafft eine direkte Verbindung des Frechener Astes an die Ost-West-Achse durch einen Tunnel unter

der Dürener Straße eine massive Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Frechen und bei einer möglichen Verlängerung der Strecke bis nach Kerpen.

Ohne einen verlässlichen ÖPNV ist eine Verkehrswende nicht möglich. Unsere Vision für den ÖPNV: Jede Person in Köln soll innerhalb von fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV haben.

Durch das erfolgreiche Deutschland-Ticket ist der ÖPNV eine günstige Alternative zum PKW geworden. Doch von dieser müssen auch alle profitieren können, nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner der innerstädtischen Bezirke.

### **7.27.2 Die Verkehrswende braucht mehr Schiene – Ausbau des ÖPNV hat Priorität**

In den letzten 5 Jahren sind 0 km KVB-Schiene dazukommen, in den letzten 10 Jahren gerade einmal 600 m. Die KVB wird täglich von vielen Menschen als Hauptmobilitätsmittel genutzt. Wenn wir uns wünschen, dass noch mehr Menschen den ÖPNV nutzen, müssen wir auch so ehrlich sein und benennen, dass dieser an seine Kapazitätsgrenzen kommt. Es braucht daher einen weiteren Ausbau des vorhandenen Angebots. Um die Flexibilität und Kapazität der bestehenden Strecken-Infrastruktur zu erhöhen, soll die bestehende Zugsicherung von festen Raumabständen zu wandernden Raumabständen geändert werden.

### **7.27.3 Weiterer Ausbau des Streckennetzes – vor allen Dingen für Außenbezirke**

Dass aufgrund fehlender finanzieller Mittel keine weiten Ausbauprojekte in den nächsten 5 bis 10 Jahren geplant werden könnten, sehen wir sehr kritisch. Vor allen Dingen den Außenbezirken wird teilweise seit Jahrzehnten eine Anbindung versprochen. Wir erwarten, dass weitere Ausbauprojekte geplant werden, damit – wenn Land und Bund Fördermittel zur Verfügung stellen – wir bereits Planungen in der Schublade haben und nicht wie in der Vergangenheit Fördermittel z.B. nach Hamburg und München gehen und Köln leer ausgeht.

### **7.27.4 Städteübergreifenden Verkehr ausweiten – mehr Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen**

Kölns Staus beruhen unter anderem auch auf der Masse an Fahrzeugen, die täglich nach Köln pendeln. Damit auch für diesen Personenkreis der Umstieg auf den ÖPNV attraktiv wird, dürfen die Bahnen der KVB nicht an der Stadtgrenze Kölns enden. Wir wünschen uns mehr Zusammenarbeit mit den umliegenden Kommunen. Dies würde auch den Druck auf den Kölner Wohnungsmarkt senken.

### **7.27.5 Attraktivität der Haltestellen**

Wir fordern die Schaffung attraktiver Haltestellen im öffentlichen Nahverkehr, um mehr Menschen für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen. Dies umfasst die Gestaltung von Haltestellen mit

moderner Infrastruktur, angenehmen Wartebedingungen, guter Anbindung und barrierefreiem Zugang.

### 7.27.6 Sicherheit im ÖPNV

Einer der Gründe, warum z.B. ältere Personen, Frauen oder queere Menschen den ÖPNV meiden, ist das Thema Sicherheit. Wir fordern daher:

1. die Einführung von Technologien zur Prävention von Vandalismus und Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie z.B. die Entwicklung von Apps für mobile Endgeräte, die es Fahrgästen ermöglichen, schnell und einfach verdächtige oder gefährliche Situationen zu melden und Hilfe anzufordern.
2. die Erhöhung der Präsenz von Sicherheitspersonal in Bussen, Bahnen und an Haltestellen sowie verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei zur Durchsetzung von Sicherheitsmaßnahmen etwa an den Haltestellen Neumarkt, Ebertplatz und Appellhofplatz.
3. die Implementierung von innovativen Beleuchtungskonzepten und Designelementen an Haltestellen und in Fahrzeugen, um das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu verbessern und potenzielle Gefahrensituationen zu minimieren.

### 7.27.7 Barrierefreiheit im ÖPNV

Alle Haltestellen für Hochflurbahnen, die bisher nicht barrierefrei sind, müssen in Zukunft barrierefrei werden. An wichtigen U- und S-Bahn-Stationen müssen beschleunigt Aufzüge eingebaut werden.

### 7.27.8 Massiven Ausfall von Bussen und Bahnen beseitigen

Der Hauptgrund für ausfallende Verbindungen im ÖPNV ist die schlechte Personalsituation der KVB. Wir fordern eine breiter aufgestellte Personalstrategie. Die KVB sollen sowohl Studierende als auch Geflüchtete verstärkt in ihre Personalplanung aufnehmen.

Wir fordern eine verbesserte Notfallplanung und -kommunikation seitens der Verkehrsunternehmen, um auf Ausfälle von Bahnen und Bussen effektiv zu reagieren. Dies beinhaltet die rechtzeitige Benachrichtigung der Fahrgäste über Ausfälle, die Bereitstellung von Ersatzverkehr und alternativen Routen sowie die regelmäßige Wartung und Instandhaltung von Fahrzeugen und Infrastruktur, um Ausfälle zu minimieren.



## 7.28 Fahrrad

### 7.28.1 Fahrradschnellstraßen wie in Kopenhagen – schnell und sicher

Wir wollen ein geschlossenes Radwegesystem und speziell ausgewiesene Routen für den Fahrradverkehr, die darauf ausgelegt sind, eine schnelle, sichere und effiziente Fahrt für den Radverkehr zu ermöglichen.

Diese speziellen Routen sollen durch bauliche Maßnahmen wie breite Radwege, getrennte Fahrspuren für Fahrräder und Fußgängerinnen und Fußgänger, wenige Kreuzungen mit dem Autoverkehr sowie Vorfahrtsregelungen den Fahrradverkehr priorisieren. Dies soll die Nutzung des Fahrrads auch sicherer machen.

### 7.28.2 Mehr Fahrradabstellflächen – weniger Fahrrad-leichen

Es soll bedarfsorientiert eine größere Anzahl an Radabstellanlagen und Fahrradständern im gesamten Stadtgebiet errichtet werden, nicht ausschließlich an U-Bahn-Haltestellen.

Zudem wollen wir die Fahrradnutzung durch sichere Abstellmöglichkeiten, z.B. durch die Schaffung von überdachten Fahrradparkplätzen, die vor Witterungseinflüssen schützen, fördern.

Hierzu braucht es aber auch eine regelmäßige Überwachung und Entfernung von Fahrrädern, die offensichtlich verlassen oder beschädigt sind, um Platz für aktive Nutzerinnen und Nutzer freizugeben.

### 7.28.3 Mehr Bike-Sharing Anlagen

Die FDP fordert den Bau von Bike & Ride-Stationen sowie von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit privaten Investoren oder der Deutschen Bahn.

Das Angebot an Leihfahrrädern durch die KVB soll auf die gesamte Stadt Köln ausgeweitet werden. Hierzu wünschen wir uns eine Mindestanzahl an Bikesharing-Stationen für jeden Stadtbezirk - es braucht insbesondere mehr Stationen in den Randbereichen (in den nicht-flexiblen Zonen), um ein Umsteigen zwischen den nachhaltigen Verkehrsmöglichkeiten so einfach wie möglich zu machen.



## 7.29 Fußgängerinnen und Fußgänger

Fußgängerinnen und Fußgänger sind die vulnerabelste Gruppe im Straßenverkehr und dürfen – vor allen Dingen mit Hinblick auf die alternde Gesellschaft – nicht vergessen werden.



Wir fordern eine verstärkte Berücksichtigung von Fußverkehrsbelangen in Stadt und Verkehrsplanung, um die Bedürfnisse von Fußgängerinnen und Fußgängern besser zu berücksichtigen und ihre Mobilität zu fördern.

Wir fordern für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern:

1. Installation von Beleuchtung an Fußgängerüberwegen und in Fußgängerzonen und Parks, um die Sichtbarkeit von Fußgängerinnen und Fußgängern bei schlechten Lichtverhältnissen zu verbessern.
2. Flächendeckenden Einsatz von Technologien wie Fußgängerampeln mit akustischen Signalen für Sehbehinderte und taktilen Bodenmarkierungen an gefährlichen Stellen, um Fußgängern bei der sicheren Überquerung der Straße zu helfen.
3. Integration von Fußgängersicherheit in die städtebauliche Planung, um Fußgängerzonen zu schaffen und die Wege zwischen Wohngebieten, Schulen, Geschäften und öffentlichen Verkehrsmitteln sicherer zu gestalten. Beispiele dafür sind die Schulstraßen und mehr Verkehrsinseln.
4. Die Durchführung von regelmäßigen Verkehrskontrollen und Durchsetzung von Verkehrsregeln, um sicherzustellen, dass PKW- und Fahrradfahrerinnen und -fahrer die Vorrangregeln für Fußgängerinnen und Fußgänger respektieren und Fußgängerwege frei von Hindernissen sind.

5. Wenn möglich eine bauliche Trennung von Fahrrad- und Fußgängerverkehr.
6. Eine Lösung für die Mindestgehwegbreite und die Außen-gastronomie: Es ist wichtig, dass die Sicherheit und Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger gewährleistet ist und dass die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, Geschäfte und der lokalen Gemeinschaft insgesamt berücksichtigt werden. Wir wünschen uns allerdings flexible Lösungen, um etwa beengte Situationen wie auf der Aache-ner Straße im Belgischen Viertel für alle Beteiligten fair zu gestalten.

### 7.30 Nachhaltige individuelle Mobilität

#### 7.30.1 Mehr Lademöglichkeiten für E-Autos

- Kooperationen mit Unternehmen: Die Stadt soll verstärkt mit Unternehmen kooperieren, um deren Parkplätze für die Installation von Ladesäulen zur Verfügung zu stellen. Dies gilt sowohl für öffentliche Parkplätze als auch für Parkplätze von Unternehmen. So können Flächen, die insbesondere nachts brachliegen, sinnvoll genutzt werden.



- Bessere Koordinierung und Planung: Köln soll eine koordinierte und langfristige Planung für den Ausbau der Ladeinfrastruktur entwickeln, um eine effiziente Nutzung der Ressourcen sicherzustellen und Engpässe zu vermeiden. Hierdurch sollen geplante Ladestellen auch schneller genehmigt werden.
- Innovative Ladeinfrastruktur wie beispielsweise Ladebordsteine oder Ladelaternen können Ladeinfrastruktur ermöglichen mit weniger Platzbedarf als herkömmliche Ladesäulen.

### 7.30.2 Vertrieb von Wasserstoff

Die Stadtwerke Köln sollen sich um den Vertrieb von überschüssigem Wasserstoff für den Betrieb von schweren Nutzfahrzeugen (Busse, Müllfahrzeuge, Lokomotiven der HGK) kümmern.

### 7.30.3 ParkPilot – smartes Parkleitsystem stadtwweit ausrollen



Durch den Einsatz des ‚ParkPilot‘ wird unnötiger Verkehr aufgrund der Parkplatzsuche reduziert, der Schadstoffausstoß verringert und dadurch die Energieeffizienz und Lebensqualität in der Stadt gesteigert. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner profitieren von einer entspannteren Verkehrssituation.

Wir wollen das System stadtwweit ausrollen und an die Laterne-masten bringen, damit Autos in ganz Köln durch die angebrachten LED-Displays in Echtzeit zum nächsten Parkplatz gelotst werden können.

### 7.30.4 KVB ISI beibehalten und ausbauen – Nachtverkehr bedarfsgerecht gestalten

- Die Stadt soll das On-Demand-Systeme ISI für den öffentlichen Nahverkehr beibehalten und, sobald die finanzielle Möglichkeit besteht, auch ausbauen.
- Die KVB soll ein intelligentes Nachtkonzept einführen, welches allen – von Berufstätigen bis hin zum Partypublikum – auch nachts einen sicheren Transport ermöglicht. So wollen wir insbesondere die Nachfrage nachts oder am Wochenende bedienen, wenn die Menge der Fahrgäste für Busse nicht ausreicht.

### 7.31 Nachhaltig Bauen – liberale Strategien für den Kölner Wohnungsmarkt

Die Kölner Liberalen erkennen das große Spannungsfeld zwischen Wohnraummangel und dem Erhalt von Freiflächen als Frischluftschneisen und Stadtgrün an. Auch das Ziel, möglichst kostengünstig zu bauen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, steht im Konflikt mit der Idee, vermehrt nachhaltige Materialien und Bauweisen zu nutzen.

Beim Thema Wohnen scheint Köln vor einem unlösbaren Dilemma zu stehen. Dennoch nehmen wir uns der Aufgabe an, als Partei der Mitte auch einen Mittelweg bei der Frage einer nachhaltigen Wohnungsbaupolitik zu finden. In dieser ideologisch verhärteten Debatte wollen wir pragmatische Lösungen anbieten.

### 7.31.1 Flächenschonendes Bauen - Bauen in die Höhe

Im Vergleich mit anderen Metropolen erscheint Köln eher niedrig gebaut. Köln hat derzeit nur neun Gebäude, die die Hundertmetermarke überschreiten, davon nur zwei, der Kölnturm im Mediapark und das KölnTriangle in Deutz, aus diesem Jahrtausend. In vier der Kölner Ü100-Hochhäuser wird gewohnt, die weiteren, darunter auch die beiden Jüngsten, sind reine Bürobauten. Köln tut sich traditionell schwer mit Hochhäusern und in den letzten 30 Jahren waren Investitionen in Hochhausprojekte unattraktiv. Doch Wohnhochhäuser könnten in der Frage des nachhaltigen Wohnens eine Schlüsselkomponente sein: Klimaangepasstheit, Energieeffizienz sowie Flächenschonung lassen sich in dieser Bauform am leichtesten realisieren.

Daher braucht es ein verbindliches und verlässliches Hochhauskonzept für die gesamte Stadt, um die politische Entscheidungsfindung und die Planungsprozesse erheblich zu vereinfachen und zu beschleunigen. Dieses Konzept soll dabei nicht nur die Innenstadt und den äußersten Stadtrand in Neubau-

gebieten betreffen, sondern auch in Gebieten mit mittelhoher Bebauung Anwendung finden. Zudem stehen wir der Idee, einen Hochhausring außerhalb der Dompufferzone zu realisieren, sehr positiv gegenüber.

### 7.31.2 Nachverdichtung

Für die aktuellen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt gibt es wohl keine nachhaltigere Antwort als die Bestandsnutzung von Gebäuden. Nachverdichtung und Nutzung des Bestands spielen in Zukunft also eine wichtige Rolle. KI ermöglicht das Aufdecken von Grundstücken und Gebäuden mit Nachverdichtungspotenzial.

Am Anfang steht dabei die Analyse des Bestandes an Flächen. Jedoch darf die Stadt dabei nicht nur unbebautes kommunales Eigentum in Betracht ziehen, sondern bestehende Flächen, die kaum bebaut, eingeschossig oder ungenutzt sind, besonders berücksichtigen.

Durch dieses Flächenrecycling können bestehende Flächen höher ausgelastet werden. Grundsätzlich ist der Wohnraumdruck



so hoch, dass die Stadt die Anreize für die Privatwirtschaft und private Eigentümerinnen und Eigentümer massiv ausbauen und erhöhen muss. Wir halten die Vergabe von Bauland ausschließlich auf Basis von Erbpachtverträgen jedoch für falsch und ein großes Investitionshemmnis.

Neben unseren bestehenden Forderungen zum Baulückenschluss muss, wo möglich, aufgestockt werden. Auf Kölner Dachböden und Flachdächern besteht ungenutztes Bauland.

Jene Flachdächer, welche nicht für Aufstockung geeignet sind, sollen jedoch mit Photovoltaikanlagen und/oder Dachbegrünung versehen werden. Hierzu muss die Stadt die Förderung und Beratung viel breiter aufstellen.

Nach dem Vorbild von Wirtschaftsförderung und Startup-Centern soll die Stadt die Stabsstelle für Wohnungsbau deutlich ausbauen und vor allem in dem Bereich Dachausbauten, Aufstockungen etc. verstärken, durch sämtliche nötige Behördengänge führen, um Privaten auch kleine Wohnbauprojekte schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Hierdurch erhoffen wir uns vor allen Dingen im Bereich der Aufstockungen neue Potenziale zu erschließen. Die bereits durch die FDP durchgesetzte qualitative Bauberatung muss auf alle Wohnbauprojekte unabhängig von der Größe ausgeweitet werden. Die Bauaufsicht soll vor allem in Fällen des § 34 Baugesetzbuch eher zugunsten des Antragstellers bzw. neuen Wohnraums denken.

### 7.31.3 Ökologische Flächennutzung

Neben der bereits von uns beschlossenen ökologischen Baulandanalyse und geänderten Kompensationsflächenauswahl müssen wir feststellen, dass die Planung von weiteren neuen Stadtteilen auf der „Grünen Wiese“ nicht immer mit dem Stadtklima vereinbar ist. Deswegen müssen den vorgenannten Maßnahmen höchste Priorität eingeräumt werden.

Neubausiedlungen, die überwiegend mit Ein- und Zweifamilienhäusern geplant werden, stehen einer verantwortungsvollen Städteplanung entgegen. Wir wollen neue Wohnraumgebiete auch effizient planen, indem eine sozial durchmischte, hochgradige Verdichtung angestrebt wird. Besonders sollte der Aspekt des suffizienten Wohnens, also der Schaffung und Nutzung von passgenauen Angeboten (z.B. Wohnen auf kleinem Raum für Senioren und junge Menschen in Ausbildung) berücksichtigt werden.

Eine Aufwertung von alten Industrieflächen, wie des von der FDP lang geforderten Deutzer Hafens, sind jedoch gute Beispiele, wie ungenutzter städtischer Raum dem Wohnungsbau zugutekommen kann, wobei wir die soziale Durch-





mischung dieser neuen Stadtteile durch einen Anteil an öffentlich geförderten Wohnungsbau ausdrücklich begrüßen.

Besonders ökologisch ist die hybride Nutzung von Gebäuden. Bei Neubau- und Sanierungsprojekten soll Mischnutzung zwischen Wohnen und Gewerbe oder Kultur sowie Tag-/Nacht-nutzung oder in Form von Multifunktionsgebäuden eingeplant werden. Zudem befürworten wir flexible Umwidmungsmöglichkeiten, um nicht genutzte Bürogebäude etwa in Wohnraum umzufunktionieren.

Ineffiziente Nutzungen von Flächen müssen der Vergangenheit angehören. Besonders eingeschossige Gewerbebauten in nicht integrierten Einzellagen, wie etwa bei Supermarktketten üblich, sollen in Köln nicht mehr genehmigt werden. Dementsprechend müssen auch Bebauungspläne überarbeitet werden.

Zudem muss die Einrichtung von Retentionsflächen in Bauvorgaben für private wie öffentliche Flächen gefordert und Maßnahmen wie Entsiegelung finanziell gefördert werden.

#### **7.31.4 Digitalisierung und Bauen**

Als Digitalisierungspartei ist den Kölner Freien Demokraten klar, dass eine nachhaltige Stadt zwangsläufig smart sein muss. Früher klar getrennte „Ökosysteme“ wie Mobilität, Wärme und Strom müssen miteinander verschmolzen werden. Hierbei

muss die Stadt durch Pilotprojekte, bestenfalls in Kooperation mit den Kölner Hochschulen, Vorreiterin werden.

Wir fordern ein Sonderprogramm „Digitalisierung des Bauamtes“ als primär zu digitalisierendes Amt. Die digitale Bauakte soll schnellstmöglich auf alle Bauvorhaben ausgerollt werden.

#### **7.31.5 Günstigeres Bauen**

Wir fordern die Etablierung eines Baukosten-TÜVs. Dabei sollen neue und bestehende Regelungen einer Kosten-Nutzen-Analyse unterworfen werden. Dadurch können ineffiziente Vorgaben entfallen. Besonders relevant sind Sonderregelungen mit hohem Verwaltungsaufwand, die de facto kaum Anwendungsfälle finden. Besonders gilt dies für Kölner Sonderregeln, die bestehende europäische und deutsche Gesetzgebung zusätzlich verschärfen.

Wir fordern auch für größere Baugebiete serielles Bauen mit Holz. Dazu müssen die hohen Baustandards auf Landes- und Bundesebene angepasst werden, besonders in Bezug auf den Geschosswohnungsbau.

#### **7.31.6 Lebenswerte Veedel für alle**

Soziale Mischung lässt sich am einfachsten im Neubau auf der „grünen Wiese“ oder auch auf Stadtbrachen verwirklichen. Vor allen Dingen letztere Flächen muss Köln dementsprechend ent-

wickeln (lassen). Dabei fehlen in deutschen Großstädten insbesondere günstige Appartements unter 45 qm. Städtisches Bauland darf in Köln nicht weiterhin nur an Höchstbietende vergeben werden, die an den Bedürfnissen Kölns vorbeiplanen.



### 7.31.7 Schnelleres Bauen

Auch die Stadtverwaltung selbst muss verbindliche Vorgaben und Ziele für ihr eigenes Handeln ausgeben, die mehr als bloße Lippenbekenntnisse sind. Die Verwaltung muss sich selbst verpflichten, eine bestimmte Anzahl an Baugenehmigungen pro Jahr zu erteilen, statt sich zu rühmen, wie viele Bauanträge in Quartieren mit sogenannter Milieuschutzsatzung abgelehnt wurden. Zudem soll die Stadt sich, ähnlich wie in Hamburg, verpflichten, eine Mindestanzahl an Wohnungen pro Jahr fertigzustellen.

### 7.31.8 Lebensqualität und Wohnen

Eine moderne und nachhaltige Stadt besteht nicht aus Innenstadt und umgebenden Schlafstädten, sondern muss eine Mischung aus gesellschaftlichem Leben und guter Anbindung an Bildungs-, Gesundheits-, Mobilitäts- und Kulturangebote sein. Durch Bebauungspläne sollen auch kulturelle Nutzungen gesichert werden. Daher sind sie wichtige Instrumente der nachhaltigen Quartiersentwicklung, der Raum für verschiedenste Nutzungen vorsehen kann, wie Freizeitanlagen, Dachgärten und Urban Gardening.

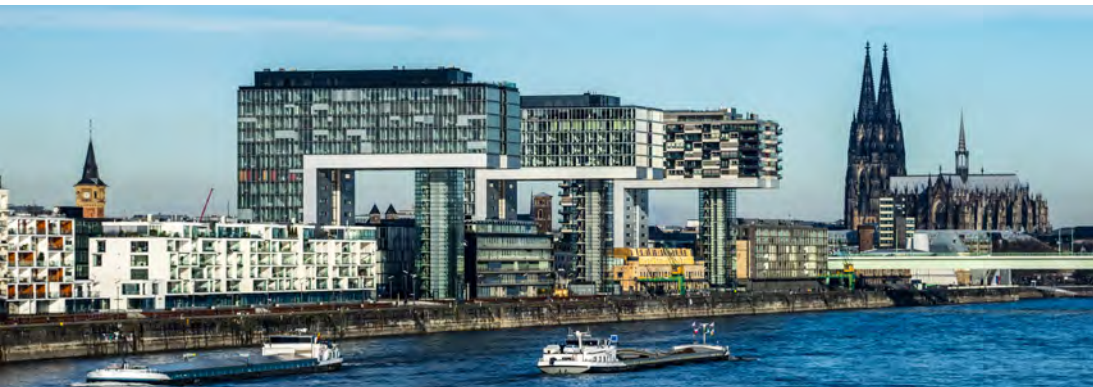
Auch ein attraktives ÖPNV-Angebot trägt zu einer lebenswerteren Stadt bei, da dieser Menschen in allen Lebenslagen Mobilität ermöglicht. Perspektivisch treten wir beispielsweise dafür ein, dass jeder Haushalt innerhalb von 500 m eine Anbindung an den ÖPNV hat.

Sogenannte Hitzeinseln senken im Sommer nicht nur die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger, sondern stellen auch eine gesundheitliche Gefahr für vulnerable Gruppen dar. Abhilfe können hier technologische Innovationen schaffen: Sensoren und KI können Temperaturschwankungen und für Hitzeinseln anfällige Gebiete heutzutage frühzeitig erkennen und darüber hinaus Gegenmaßnahmen simulieren.

### 7.31.9 Emissionsneutrales / ökologisches Wohnen

Wir wollen den Ausbau der Photovoltaik in Köln ausweiten und beschleunigen. Dazu müssen zuvorderst städtische Liegenschaften nachträglich mit PV-Anlagen versorgt werden und gesetzliche Hürden abgebaut werden, um beispielsweise Mieterstrom zu vereinfachen. In Zeiten hoher Energiepreise ist das eigene Stromerzeugen mit kleinen PV-Anlagen besonders attraktiv. Zudem sollte Köln sich aufgrund mangelnder Flächen für Windkraft ambitionierte Ziele im PV-Ausbau setzen und nichts Geringeres als Solarstadt Nr. 1 werden.

Emissionseinsparungen fangen jedoch schon beim Bau an. In Köln müssen Möglichkeiten des lokalen Baustoffrecyclings geschaffen werden, um die Wiederverwendung von Beton zu ermöglichen, die nur vor Ort sinnvoll ist. Grundsätzlich sollen öfter bestehende Grundmauern erhalten werden, anstatt Gebäude vollständig abzureißen und neu zu bauen.



# Gutes Morgen für Köln

Köln 2030 – unsere Vision  
für unsere Stadt

**Die nachhaltige, lebenswerte Stadt**

## Fotonachweis / Impressum

ADEPT Grafik Vivid Vision  
29 (rechts), 37 (links)

Adobe Stock  
4; 6; 9; 15; 17; 18; 19; 20; 21; 21; 22; 24;  
25; 25; 26; 27; 30 (rechts); 32; 35; 39;  
42; 43; 47; 48; 56; 63; 64; 67; 70; 72;  
73; 78; 81; 83; 84; 85; 89; 99; 101; 103;  
104; 105; 106; 112; 113; 116; 121; 123;  
139; 140

Anne Frank-Zentrum, Berlin  
66

Biber Happe  
5; 8; 12; 13; 14; 16; 23; 29 (links); 30  
(links); 31; 33; 34; 38; 44; 55; 57; 58;  
59; 60; 61; 62; 65; 69; 71; 79; 87; 91;  
93; 98; 117; 119; 125; 126; 127; 129;  
134; 135; 136

CC0 1.0  
74, Tanja-Denise Schantz

CC BY-SA 3.0  
37 (rechts), Howi; 46 (links), 75, Super-  
bass; 54, Biber-  
baer; 95, Beos6; 110, Thomas Wolf

CC BY-SA 4.0  
1, KölnTourismus, Christoph Seelbach;  
94, 115, Raimond Spekking; 130, Toh-  
ma (talk)

cleverciti  
124

European Space Agency  
46 (rechts)

Ford Köln  
40

Gemeinfrei  
53; 102

iStock  
3; 11; 28; 49; 97 (links); 111; 118

Stephan Wieneritsch  
97 (rechts)

Kölnmesse Gamescom, Marvin Ruppert  
10; 45

KVB Köln, Christoph Selbach  
50; 51; 132; 133

Moderne Stadt GmbH  
137

ritschratsch-klick.de  
108

Stadt Köln  
7

**FDP-Kreisverband Köln**  
**Breite Straße 159**  
**50667 Köln**

Fon 0221 253725

Fax 0221 253724

[info@fdp-koeln.de](mailto:info@fdp-koeln.de)

[www.fdp-koeln.de](http://www.fdp-koeln.de)

